

# Sozialistische Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

C D E

## Der Verrat besiegelt!

Parteivorstand der SPD propagiert Hindenburg

### SPD-Proleten, aufgewacht!

Nach langem Zögern hat der sozialdemokratische Parteivorstand endlich die Sprache gefunden. Er hat definitiv die Parole ausgegeben, die von einzelnen Führern der Partei — vom „linken“ Loebe bis zu den ultrarechten Sollmann, Heilmann und Konsorten — schon längst in öffentlichen Versammlungen ziemlich unzweideutig verkündet worden war: die Parole an die SPD-Mitgliedschaft,

#### am 13. März für Hindenburg zu stimmen!

Was viele sozialdemokratische Arbeiter noch bis heute für unmöglich hielten, ist zur Tatsache geworden: die SPD-Führung hat an der proletarischen Klasse einen neuen folgenschweren Verrat begangen, einen Verrat, der in seinen Ausmaßen nur mit der Burgfriedenspolitik in den Kriegsjahren verglichen werden kann. Der 27. Februar 1932 ist ein neuer 4. August 1914: rückhaltlos hat die immer noch größte Parteiorganisation der Arbeiterschaft die Kapitulation vor der Bourgeoisie vollzogen; rückhaltlos hat sie sich dem Klassenfeind in den Arm geworfen!

Mit erbärmlichen Phrasen versucht der SPD-Vorstand gegenüber dem deutschen Proletariat den wahren Charakter seiner Entscheidung zu bemänteln. Der Aufruf des Parteivorstandes, den der „Vorwärts“ am Sonnabend früh veröffentlicht, stellt ein Meisterwerk politischer Demagogie dar. So sehen die „Argumente“ der SPD-Führung aus:

„Hitler statt Hindenburg, das bedeutet: Chaos und Panik in Deutschland und ganz Europa, äußerste Verschärfung der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosennot, höchste Gefahr blutiger Auseinandersetzungen im eigenen Volke und mit dem Ausland.

Hitler statt Hindenburg, das bedeutet: Sieg des reaktionärsten Teils der Bourgeoisie über die fortgeschrittenen Teile des Bürgertums und über die Arbeiterklasse, Vernichtung aller staatsbürgerlichen Freiheiten, der Presse, der politischen, gewerkschaftlichen und Kulturorganisationen, verschärfte Ausbeutung und Lohnsklaverei.“

Und das wagt die Sozialdemokratie zu behaupten, nachdem unter dem Protektorat Hindenburgs und unter freundlicher Tolerierung der SPD

die kärglichen Arbeiterlöhne durch Notverordnung noch weiter gekürzt, die Unterstützungssätze gesenkt, das Tarifrecht zerschlagen, die Betriebsratswahlen unterdrückt, das Demonstrationsrecht für das Proletariat aufgehoben, die revolutionär-sozialistische Presse geknebelt wurde!

Als Schutzwall gegen den Faschismus wird von der SPD derselbe Hindenburg gepriesen, der als Steigbügelhalter Brüning und Groeners die faschistische Entwicklung der Notverordnungsdiktatur zu verantworten hat.

Als „unparteiisch“ wird derselbe Hindenburg gefeiert, der — in seiner Eigenschaft als Reichspräsident! —

den unerhörten Raubzug der Fürsten auf das Portemonnaie des deutschen Proletariats mit Begeisterung gutgeheißen hat!

Der sozialdemokratische Parteivorstand baut auf das schwache politische Gedächtnis der Arbeiterschaft. Aber in diesem Fall dürfte sich die Rechnung als eine Fehlspekulation erweisen. Das Proletariat hat die „Errungenschaften“ des Hindenburg-Brüning-Regimes zu sehr am eigenen Leibe verspürt, als daß es sich darüber hinwegtäuschen lassen würde. In zunehmendem Maße hat das Proletariat begriffen,

daß das Schiff Hindenburg-Brüning in gerader Richtung auf das „Dritte Reich“ lossteuert.

Wenn der SPD-Vorstand jetzt die Devise prägt: „Jede Stimme, die gegen Hindenburg abgegeben wird, ist eine Stimme für Hitler“, so wissen die Arbeitermänner es besser:

Jede Stimme für Hindenburg bedeutet eine Stimme für Hitler, denn Hindenburg ist der Repräsentant des halbfaschistischen Brüning-Kabinetts! Jede Stimme für Hindenburg bedeutet die Aufrechterhaltung des kapitalistischen Wirtschaftswahnsinns! Jede Stimme für Hindenburg bedeutet ver-

schärfte Lohnraub, verschärfte Arbeitslosigkeit!

Und darum ist für die gesamte klassenbewußte Arbeiterschaft Deutschlands die Entscheidung am 13. März klar vorzeichnet:

alle Stimmen für Thälmann, für den Kandidaten der klassenbewußten Arbeiterschaft!

In diesem Augenblick muß das proletarische Klasseninteresse über dem Parteiinteresse stehen. Alle taktischen Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Arbeiterschaft haben zurückzutreten vor der Aufgabe, gegenüber dem kaiserlichen Generalfeldmarschall und dem Führer des deutschen Faschismus

die Macht der geeinigten Arbeiterklasse zu demonstrieren.

Sozialdemokratische Arbeiter, erkennt das Gebot der Stunde! Gebt dem Parteivorstand die Antwort! Quittiert den Klassenverrat eurer Führer

durch Massenaustritte aus der Sozialdemokratie und aus der eisernen Front des Kapitalismus!

Folgt den Losungen der Sozialistischen Arbeiterpartei! Kommt zur roten Klassenfront! Erkämpft Seite an Seite mit dem Heer der revolutionären Sozialisten das Ende des Elends, den Sturz der kapitalistischen Gesellschaft, den Triumph der proletarischen Revolution!

### KPD-Zentrale sabotiert Einheitsfront

Trotzdem die Zentrale der KPD aus parteiegoistischen Gründen ablehnte, mit den anderen auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes stehenden proletarischen Gruppen einen gemeinsamen proletarischen Klassenkandidaten aufzustellen, hat die Sozialistische Arbeiterpartei im Interesse der jetzt notwendig zu bildenden proletarischen Klassenfront die Parole ausgegeben, bei der kommenden Reichspräsidentenwahl für den von den Kommunisten aufgestellten Kandidaten zu stimmen und die ganze Aktionskraft der Partei einzusetzen für die Durchsetzung eines proletarischen Klassenkandidaten.

Der Parteivorstand der Sozialistischen Arbeiterpartei hat nach seinem Beschluß mit der Zentrale der KPD verhandeln wollen darüber, wie im Interesse der erfolgreichen Durchführung der Präsidentenwahl und im Interesse der dabei zu schaffenden aktionsfähigen Klassenfront überall im ganzen Reich gemeinsame Wahlkampf-ausschüsse gebildet und gemeinsame Aktionen durchgeführt werden sollen. Der Parteivorstand der Sozialistischen Arbeiterpartei hat sich bei seinem Schritt nur von dem Gedanken leiten lassen, daß es jetzt darauf ankomme, auch die Reichspräsidentenwahl zu einer Aktion für die Schaffung der proletarischen Klassenfront auszuwerten. Die Zentrale der KPD hat abge-

lehnt, mit uns in Verhandlungen über die von uns angeregten Fragen einzutreten. Die Zentrale der KPD hat dadurch den Beweis erbracht, daß ihr das Parteiinteresse höher steht als das Klasseninteresse, daß sie keinen ernsthaften Willen zur Bildung der proletarischen Klassenfront hat, und daß sie heute genau so wie der SPD-Apparat zu einem Hemmschuh für die von allen Proletariaten ohne Unterschied der Partei von unten gewollte Einheitsfront geworden ist.

Diese parteiegoistische, der Einheitsfront feindliche Haltung der Zentrale der KPD wird uns nicht abhalten, mit verstärkter Energie jetzt von unten an die Bildung der Klassenfront auch zur Durchführung der Reichspräsidentenwahl heranzugehen.

Die Aufgabe unserer Parteigruppen, unserer Funktionäre in den Betrieben, in den Massorganisationen und bei den Erwerbslosen ist es jetzt, überall in allen Orten im Sinne der vom Parteivorstand der SAP herausgegebenen Parole Aktionsausschüsse zur Durchführung der Präsidentenwahl für den Arbeiterkandidaten zu schaffen, und dort, wo diese Aktionsausschüsse nicht zu erreichen sind, gemeinsame Versammlungen für die Wahl des auch von uns empfohlenen Kandidaten durchzuführen, außerdem in eigenen Versammlungen zur Wahl des Reichspräsidenten

### Preisgabe der RGO?

Berlin, 28. Februar 1932.

Die Kommunistische Partei kündigt eine neue taktische Schwenkung an. In der Freitagsnummer der „Roten Fahne“, also mit einer ganz erheblichen Verspätung, wird berichtet über eine vom 20. bis 23. Februar abgehaltene Tagung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei. Aus dem umfangreichen Bericht, aus dem wir erfahren, daß die KPD immer noch nicht vollständig bolschewisiert ist, ragt ein Gedanke hervor; ein Gedanke, der in verschiedensten Wendungen immer wiederkehrt: Das Versagen der kommunistischen Arbeit in den Gewerkschaften und im Betriebe. Zwei Stellen aus dem Bericht zeigen das besonders drastisch:

„Zwischen den objektiv günstigen Verhältnissen und der tatsächlichen Entfaltung des revolutionären Klassenkampfes durch die Partei und die revolutionären Massenorganisationen, wie auch vor allem der RGO, besteht nach wie vor ein Mißverständnis“...

... Aber das alles ändert nichts daran, daß es vor allem Schwächen und Mängel in unserer Arbeit sind, Schwächen im Kampf gegen die SPD und den Hitlerfaschismus, in der Arbeit in den Betrieben, der Streikkräftung und Auslösung von Streiks, an der innergewerkschaftlichen Front und unter dem Millionenheer der Erwerbslosen, die die größere Steigerung der Kampfkraft unserer Partei und der Massen hemmen.“

Wir haben dieses Versagen der kommunistischen Arbeit in der Praxis an dieser Stelle immer wieder festgestellt; haben immer wieder festgestellt, daß die Kommunistische Partei die Aufgabe, die sie sich gestellt hat: Aufgabe der Revolvierung der proletarischen Massen nicht hat erfüllen können. Nun, da nicht wir, sondern Ernst Thälmann es gesagt hat,

(Fortsetzung auf der zweiten Seite)

mit eigenen Rendnern und in allen Versammlungen mit Diskussionsrednern den Standpunkt der SAP für Schaffung der Klassenfront zu betreiben.

In den nächsten Wochen bis zum 13. März müssen alle unsere Parteimitglieder mit aller Energie und Leidenschaft gegen alle Widerstände in allen Orten für unsere Parole: „Schaffung der Einheitsfront auch bei der Reichspräsidentenwahl“ eintreten und mit aller Kraft und mit Unterstützung der kommunistischen Arbeiter gegen die Sabotage der Einheitsfront ankämpfen.

Berlin, den 25. Februar 1932.

Parteivorstand der Sozialistischen Arbeiterpartei  
Max Seydewitz Kurt Rosenfeld

### Anträge zum Parteitag

Die Frist zur Einbringung der Anträge für den Reichsparteitag der SAP am 26. März ist bis zum 18. März verlängert worden. Anträge, die bis zu diesem Termin nicht eingegangen sind, können nicht mehr berücksichtigt werden.

Der Hauptvorstand der SAP

(Fortsetzung von der ersten Seite)  
muß es wohl wahr sein. Die „Rote Fahne“ berichtet darüber:

„Mit vollem Recht konnte Genosse Thälmann in seinem Schlusswort darauf hinweisen, daß die Partei in der Vergangenheit zwar eine richtige Generallinie, richtige Beschlüsse, eine richtige strategische Orientierung hatte, daß aber in der praktischen Durchführung der Beschlüsse, in der praktischen Anwendung der strategischen Orientierung die entscheidenden Hauptschwächen unserer revolutionären Arbeit gegeben sind.“

Wir haben aber auch die Ursachen der Unfruchtbarkeit der kommunistischen Politik hier stets klar aufgezeigt, die nicht nur in der Durchführung, sondern auch in den Beschlüssen selbst wurzelt. Insbesondere haben wir stets darauf hingewiesen, daß die RGO-Politik, die Arbeit an der innergewerkschaftlichen Front, wie die Kommunisten sich ausdrücken, zur dauernden Unfruchtbarkeit verurteilt muß. Liest man in dem ersten der angeführten Zitate den Hinweis auf das Versagen der RGO, so könnte ein solcher Hinweis aus kommunistischem Munde die Hoffnung wecken, daß man innerhalb der KPD allmählich die Ursachen des eigenen Versagens zu begreifen beginnt. Unterstützt könnten diese Hoffnungen noch werden durch den folgende Satz des Berichts der „Roten Fahne“:

„In den Mittelpunkt der praktischen Aufgaben der Partei stellte Genosse Thälmann die unbedingte Notwendigkeit, eine umfassende, schnelle und kühne Wendung auf dem Gebiete der Betriebsarbeit zu vollziehen.“

Das klingt wahrhaftig nach einem Dämmern der Vernunft. Die Praxis wird zeigen müssen, wie weit diese Hoffnung sich als berechtigt erweist. Zwar wird uns gewöhnlichen Sterblichen die Richtung dieser „kühnen Wendung“ vorenthalten. Aber der gesamte Zusammenhang deutet in jene Richtung, die wir nannten: Es wird sich aber jetzt vor allem zeigen müssen, ob nicht wiederum (oder vielmehr: jetzt erst tatsächlich) das gilt, was Thälmann in dem vorletzten von uns gebrachten Zitat sagte: daß die KPD zwar richtige Beschlüsse faßt, aber in deren praktischer Durchführung versagt. Sollten nämlich jene bisher noch so sorgfältig geheimgehaltenen Beschlüsse tatsächlich eine Revision der RGO-Politik bedeuten, dann wird die Kommunistische Partei sehr bald vor die Frage gestellt werden, ob sie eine solche Revision durchzuführen überhaupt in der Lage ist, ohne ihren heutigen Funktionärstab, der mit und in dieser Politik groß geworden ist, so vor den Kopf zu stoßen, daß alle weiteren Aktionen für die KPD überhaupt unmöglich werden. Schwankungen zu beschließen ist leichter, als sie durchzuführen.

Aber all das geht noch von der günstigen Voraussetzung aus. Es ist auch durchaus möglich, daß die ganze Schwenkung tatsächlich gar keine ernsthafte Preisgabe der verfehlten kommunistischen Taktik bedeutet, sondern nur das Beziehen einer neuen Parolenfront. Es wird an den kommunistischen Funktionären selbst liegen, von ihrer Partei eine tatsächliche Schwenkung zu fordern, ein Schwenkung, die notwendig ist, um die Kommunistische Partei aus ihrer hoffnungslosen Isolierung in Gewerkschaften und Betrieben herauszubringen. Und der erste Schritt dieser Schwenkung heißt:

Preisgabe der RGO!

## Crispien verboten!

Berlin, 27. Februar 1932.

Der SPD-Reichstagsabgeordnete Arthur Crispien, der jene von der SPD oft bereute Äußerung tat: „Ich kenne kein Vaterland, das Deutschland heißt!“ hat nunmehr infolge dieser Äußerung ein Verbot des nationalsozialistischen „Angriff“ ausgelöst.

Der „Angriff“ druckte dieser Tage die starke Bemerkung Crispiens nach, worauf jetzt der Polizeipräsident einen Zusammenhang der Äußerung mit Hindenburg zum Anlaß nahm, den „Angriff“ auf 6 Tage zu verbieten.

## Curtius und Kardorff aus der DVP-Fraktion ausgeschieden

Der Pressedienst der Deutschen Volkspartei teilt mit, die Reichstagsfraktion der DVP habe davon Kenntnis genommen, daß die Abgeordneten Dr. Curtius und von Kardorff an der Abstimmung über den volksparteilichen Mißtrauensantrag nicht teilgenommen hätten. Dadurch seien sie in Folgewirkung des Fraktionsbeschlusses automatisch aus der Fraktion ausgeschieden.

Im Zusammenhang damit scheint sich eine Sezessionsbewegung innerhalb der DVP zu entwickeln.

## Wahlvorbereitung

Der Reichsminister des Innern hat durch Verordnung bestimmt, daß die Stimmlisten und Stimmkarteln für die Reichspräsidentenwahl vom 3. bis 6. März auszulegen sind. Die Gemeindegewalt kann die Auslegung schon früher beginnen lassen.

## „Der Fall Bullerjahn“

Wegen Platzmangels kann die nächste Fortsetzung erst in der Dienstagnummer erscheinen.

# Reichstagsende

Berlin, 27. Februar 1932

Gegen Schluß der Freitag-Sitzung kam es im Reichstag noch zu einem

### Betriebsanfall der Sozialdemokraten.

Bei der Abstimmung über den kommunistischen Antrag auf Aufhebung des Reichswehrrerlassens gab der größte Teil der sozialdemokratischen Fraktion zunächst rote Nein-Karten ab. Nach Eingreifen des Fraktionsvorsitzenden wurde die Abstimmung für ungültig erklärt, weil die SPD sich geirrt hatte. Sie stimmte daraufhin geschlossen mit Ja.

Wenn der Leithammel nicht aufpaßt, dann tut die Herde im gewohnten Trott das, was ihr in der bisherigen Marschlinie zu liegen scheint. Das wäre gewesen, Herr Groener auch diesen — wenn auch harmlosen — Schmetz zu ersparen.

Schließlich kam es noch zu einem Zwischenspiel, als der kommunistische Abgeordnete Jaddasch darauf hinwies, daß

den verschütteten Bergarbeitern der Carstengrube für die Dauer der Verschüttung der Lohn verweigert worden sei.

Reichsarbeitsminister Stegerwald erklärte, die Verschütteten hätten den vollen Schichtlohn erhalten. Er mußte sich aber von Jaddasch darüber belehren lassen, daß lediglich der Lohn für je eine Schicht täglich, aber nicht der volle Stundenlohn gezahlt worden

ist. Darauf wurde der kommunistische Antrag auf Zahlung des vollen Lohns für die unter der Erde verbrachte Zeit angenommen.

Gegen 19 Uhr abends vertagte sich das Haus auf unbestimmte Zeit.

### Wie Sozialdemokraten abstimmen

Als bezeichnenden Beitrag zu der sozialdemokratischen Sowohl-als-auch-Politik wollen wir noch einiges über die Abstimmungen der Zollgesetze nachtragen. Die SPD stimmte für den kommunistischen Antrag auf Aufhebung der Butterzollerhöhung, sie stimmte aber für Ausschluß-Ueberweisung, d. h. praktisch gegen den Antrag auf Aufhebung der Zollnotverordnung vom 1. Dezember, die ja nur das Rahmengesetz für alle Zollerhöhungsgesetze ist, und enthielt sich bei der Abstimmung über die Aufhebung der Zollnotverordnung vom 18. Januar vorsichtshalber der Stimme, wodurch der Antrag zu Fall kam.

Die SAP hat in diesen drei Fällen, die sachlich gar nicht zu trennen sind, selbstverständlich für die Beseitigung aller Zollerhöhungsgesetze gestimmt.

Treu deutsch, wie die SPD nun einmal ist, hat sie nicht gegen den deutschen nationalen Antrag, der bei allen öffentlichen Bauten lediglich Verwendung deutscher Baustoffe verlangt, gestimmt.

## Neues aus Fern-Ost

### Kiangwan erobert?

Schanghai, 27. Februar 1932.

Die Japaner behaupten, Kiangwan nach kurzem, aber lebhaftem Kampfe eingenommen zu haben. Nach heftiger Artilleriebeschuss, teilen sie weiter mit, sei ihre Infanterie zum Sturm auf die chinesischen Gräben vorgegangen und habe die Chinesen aus Kiangwan gedrängt.

★

### Neue Truppentransporte unterwegs

Schanghai, 27. Februar 1932.

Wie verlautet, sind zwei weitere japanische Divisionen auf dem Wege zum Kriegsschauplatz. Drei neue Divisionen sollen in Japan mobilisiert worden sein. Obwohl geglaubt wird, daß schon jetzt mehr als die Hälfte der japanischen Luft- und Seestreitkräfte eingesetzt sind, sollen neue japanische Flugzeuggeschwader nach China unterwegs sein. Man befürchtet unter diesen Umständen, daß die vom Kampf bereits verwüstete Zone in den bevorstehenden Kämpfen einen weit größeren Umfang annehmen werde.

★

### Zivilbevölkerung räumt Schanghai

Washington, 26. Februar 1932.

Im Staatsdepartement wurde heute bekanntgegeben, daß man nunmehr die Räumung des Fremdenviertels in Schanghai ernsthaft in Erwägung ziehe. Bisher hatte man hier stets darauf bestanden, daß es den Ausländern nicht zugemutet werden könnte, die internationale Niederlassung zu verlassen. Inzwischen aber ist durch Entsendung gewaltiger japanischer Truppenmassen eine Situation entstanden, in der man es für besser hält, die Zivilbevölkerung aus Schanghai abzutransportieren, anstatt sie weiterhin einer Lebensgefahr auszusetzen. Man betonte hier heute, daß die Lage sich noch nicht zu einem derartigen „Notstand“ entwickelt habe, daß die Räumung sofort erfolgen müsse, man habe aber alles vorbereitet, so daß die amerikanischen

Behörden in Schanghai den Abzug der amerikanischen Zivilbevölkerung ohne weitere Anweisungen von Washington jederzeit sofort veranlassen können.

★

### Japanischer Uebergriff auf Sowjetgewässer

#### Scharfe Erklärung der „Iswestija“

Moskau, 27. Februar 1932.

Gegen den Beschluß des Präsidiums der Seiyuakai-Partei, daß japanischerseits gegenüber der Sowjetunion die Fragen der Fischereizonen und des Rubelkurses von Grund aus entschieden und damit die Rechte und Interessen Japans in den nördlichen Gewässern sichergestellt, auch Maßnahmen zu ihrem entsprechenden Schutz getroffen werden müßten, wendet sich „Iswestija“ in scharfen Ausführungen.

Wenn diese Meldung, so schreibt das Blatt, über den Beschluß des Präsidiums der Seiyuakai richtig ist, so stellt sie sich die Aufgabe, die Tatsachen zu entstellen. Die Behauptung, daß die Zahl der von den Japanern ausgebeuteten Fischereireviere stark abgenommen hat, entspricht nicht den Tatsachen. Im Gegenteil, ihre Zahl nimmt von Jahr zu Jahr zu, und gegenwärtig beträgt der Anteil des japanischen Fischereigewerbes in den Sowjetgewässern 58 Prozent gegenüber 42 Proz. im Sowjet-Fischereigewerbe. Was die angebliche unrichtige Festsetzung des Rubelkurses anbetrifft, so kann nach Aufgabe des Goldstandards durch Japan und des starken Rückganges des Yen-kurses nur davon die Rede sein, daß der festgesetzte Aktienkurs der Kamtschatka-Aktiengesellschaft, der in vollwertigem Yen berechnet wurde, revidiert, d. h. der Kurs im Zusammenhang mit dem Kurssturz des Yen erhöht wird. Die Rechte Japans in bezug auf den Fischfang werden durch die von Japan und der Sowjetunion unterzeichnete Fischereikonvention bestimmt. Augenscheinlich handelt es sich hier auch nicht um das Fischereigewerbe, sondern darum, daß einige Kreise Japans anfangen, Appetit zu bekommen, und nach den Erfahrungen in der Mandchurei und in Schanghai ihr Glück in den Sowjetgewässern versuchen wollen.

## Keine Biersteuerermäßigung

### Regierung verschärft Streiklage

Berlin, 27. Februar 1932.

Wie die Telegraphen-Union erfährt, wird in Kreisen der Reichsregierung zur Zeit ernstlich der Gedanke erwogen, die praktisch bereits beschlossene Herabsetzung der Biersteuer wieder rückgängig zu machen, da angesichts der Entwicklung in der Bierstreikfrage sich die Voraussetzungen für die Senkung der Biersteuer ändern würden.

Verhandlungen, die zwischen Vertretern des Gastwirts-gewerbes und dem Reichsfinanzminister stattfanden, ergaben gleichfalls, daß die Regierung die Biersteuer nicht senken wird.

Wie wir aus Altona erfahren, ist damit zu rechnen, daß auch für Schleswig-Holstein ein unbefristeter Bierstreik beschlossen werden wird.

## Kampf um den Brotpreis

Berlin, 27. Februar 1932.

Die Reichsregierung läßt erklären, daß eine Erhöhung der derzeitigen Brotpreise nicht in Frage komme. Daran würden auch die Verhandlungen nichts ändern, die zur Zeit mit den Interessenten geführt würden.

Bei dieser Meldung handelte es sich offensichtlich wieder um eine der bekannten Beruhigungspillen.

Das Bäcker-gewerbe erläßt gleichzeitig eine Erklärung, in der darauf verwiesen wird, daß die Regierung ihre Versprechungen, Maßnahmen zur Senkung des Mehlpreises zu ergreifen, nicht erfüllt habe. Zum Schluß dieser Erklärung heißt es: „Wir haben kein Interesse an hohen Brotpreisen. Wir senken sofort wieder, aber erst wollen wir den tatsächlichen Beweis statt ewiger Versprechungen. Aus teurem Mehl kann man kein billiges Brot backen.“

Es ist also nicht damit zu rechnen, daß die Erhöhung des Brotpreises ausbleibt.

## Das Generalziel

In der bevorstehenden Präsidentenwahl geht es um das Generalziel, den Faschismus zu schlagen. Um dieses Generalziel zu willen stimmen wir für Hindenburg. (Reichstagsrede des SPD-Abg. R. O. B. M. A. N. N.)



Wie die SPD mit dem erzielten General den Faschismus schlagen wird — darauf sind wir wirklich neugierig.

## Streng legal!

### Nazi-Schwarzhandel mit Waffen aufgedeckt

Worms, 27. Februar.

Der Uhrwarenhandler und Optiker Hack in Osthofen konnte überführt werden, einen umfangreichen unerlaubten Handel mit Waffen betrieben zu haben. Eine Durchsuchung seiner Wohnung und Geschäftsräume ergab, daß Hack in kurzer Zeit mehr als 100 Pistolen verkauft hat. Man fand bei ihm noch 50 Pistolen und mehr als 1000 Schußmunition. Die Polizei stellte 50 Abnehmer des Hack fest, darunter fünf Großabnehmer. Die Abnehmer des Waffenhändlers sind, wie das Polizeiamt mitteilt, Mitglieder und Anhänger der NSDAP, darunter einige SA-Führer und eine große Anzahl SA-Leute. Die Waffen wurden u. a. nach Frankfurt a. M. und Ludwigshafen geliefert.

### Auch Oesterreichs Faschisten rüsten

Wien, 27. Februar 1932.

Hier hat sich unter dem Namen „Faschistische Partei Oesterreichs“ eine Vereinigung gebildet, die auch eine faschistische Legion gründen will und aus Mitgliedern des früheren Heimatbundes besteht.

## Zitat verboten!

### Was man nicht sagen darf

Berlin, 27. Februar 1932.

Die pazifistische Wochenzeitung „Das Andere Deutschland“ ist auf die Dauer von drei Monaten — bis zum 26. Mai — verboten worden.

Das Verbot wird damit begründet, daß die Zeitung in ihrer heutigen Nummer aus dem „Echo de Paris“ detaillierte Angaben über den unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführten Landesverratsprozeß Kreiser-Ossietzky zitiert hat. „Die gesamten Ausführungen“, so heißt es in der Begründung des Verbots, „gefährden im höchsten Grad die öffentliche Sicherheit und Ordnung.“

Ob die zuständigen Stellen eigentlich nicht bedacht haben, daß durch dieses Verbot, wie durch den ganzen Prozeß, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit erst recht auf die kritisierten Mißstände in der deutschen Luftfahrt gelenkt wird?

★

### Merkwürdige Ausreden

WTB. verbreitet dazu die folgende, zweifelhafte von der Bendlerstraße inspirierte Auslassung:

„Das „Echo de Paris“ hat mehrere Artikel über die Verhandlungen des Reichsgerichts gegen Kreiser und von Ossietzky gebracht, die, wie festgestellt wird, in wesentlichen Teilen falsch sind. So sind die Aussagen der Sachverständigen des Reichsverkehrsministeriums und des Reichswehrministeriums zu durchsichtigen Propagandazwecken verfälscht, und es sind den beiden Herren Aussagen untergeschoben worden, die sie nie getan haben. Ebenso sind die wesentlichsten Teile der Urteilsbegründung falsch wiedergegeben. Auf Einzelheiten einzugehen, verbietet die gesetzliche Schweigepflicht.“

Der stellvertretende sowjetrussische Handelsvertreter Genkin ist von seinen Amtsgeschäften in Deutschland entbunden worden.

Zum Parteitag der SAP.

# Programm-Entwürfe

## I. Vorschlag von Klaus Zweiling und Fritz Sternberg

2. Fortsetzung und Schluß

### III. Die Krise der Arbeiterbewegung

#### 1. Der Reformismus.

Die Gesamtheit der gesellschaftlichen Beziehungen erzeugt auch in den unterdrückten Klassen immer von neuem die Elemente der Ideologie der herrschenden Gesellschaftsordnung. Wie jede herrschende Klasse setzt überdies die Bourgeoisie ihre ganze Macht in Gesellschaft und Staat ein, um die unterdrückte Klasse, das Proletariat, ideologisch an die Schranken der herrschenden Gesellschaftsordnung zu fesseln. Erziehung und Kultur, Schule, Hochschule, Kirche, Kino, Radio, Zeitungen, Vereinswesen werden in den Dienst dieser Aufgabe gestellt. Teilweise werden sogar ideologische Ueberreste einer durch die bürgerliche Revolution bereits zertrümmerten Gesellschaft konserviert, so die Ideologie der junkerlichen Feudalzeit bei bestimmten Landarbeiterschichten. Demgegenüber lösen die inneren Widersprüche der kapitalistischen Wirtschaft und der von ihnen bedingten gesellschaftlichen Entwicklung, in deren Verlauf sich ihre Widersprüche fortlaufend verschärfen, die revolutionäre Bewußtseinsbildung im Proletariat aus, formen es ideologisch in fortschreitendem Maße zur Klasse.

Beim Betreten der gesellschaftlichen Bühne befreit der Kapitalismus die von ihm ausgebeutete Klasse von Leibeigenschaft und Hörigkeit und gewährt ihr in seiner Aufstiegsmöglichkeit den Schein der bürgerlichen Freiheit. Die außerordentlich hohen Profite in der Zeit der imperialistischen Expansion sind von einer verhältnismäßig günstigen Lage auf den Arbeitsmärkten begleitet gewesen, so daß das Proletariat, dessen gewerkschaftliche Organisationen immer stärker wurden, eine Verbesserung seines Lebensstandards sich erkämpft hat, ohne daß dadurch während der Aufstiegszeit des Kapitalismus die Tendenz zum Fall der Profite bereits entfesselt, ja ohne daß die phantastische Steigerung der Profite irgendwie fühlbar gehemmt wurde. Auf diesem sozialen und ideologischen Boden wird der Reformismus zu der die Arbeiterklasse beherrschenden Ideologie, d. h. der Verzicht auf die revolutionäre Sprengung der bürgerlichen Ausbeutergesellschaft, die Beschränkung auf Lohnkämpfe und den Kampf um soziale Reformen im Rahmen des kapitalistischen Privateigentums an den Produktionsmitteln.

In Deutschland, das ursprünglich nicht zu den kapitalistischen Staaten zählte, die sich weite Ausbeutungsgebiete monopolisieren konnten, das obendrein die Unfreiheiten der Feudalperiode bis tief in das kapitalistische Zeitalter hineinschleppt, tritt die moderne Arbeiterbewegung ursprünglich revolutionär auf. Sobald aber der in den Einheitskriegen politisch und wirtschaftlich mächtig fundierte deutsche Kapitalismus seine stürmische Aufwärtsentwicklung antrat und sich reiche Gebiete des Weltmarkts zu erobern anschickte, wurde die fortbestehende revolutionäre Ideologie der deutschen Arbeiterbewegung in fortschreitendem Maße von einer reformistischen Praxis unterhöhlt, die zum offenen Durchbruch kam, als im imperialistischen Krieg von 1914 das deutsche Kaiserreich für die Neuverteilung der Ausbeutungsgebiete der Welt in den Krieg zog. Die Sozialdemokratie wurde zur entscheidenden Stütze des Krieg führenden Imperialismus. Nach dessen Zusammenbruch übernahm sie die Führung der bürgerlichen Konterrevolution. Unter ihrer Führung wurden die revolutionären Strömungen, die aus Krieg und Zusammenbruch hervorgewachsen waren, erdrückt oder blutig niedergeschlagen. Die Arbeitsgemeinschaft der sozialdemokratisch geführten Gewerkschaften mit dem Unternehmertum, die offene und versteckte Koalitionspolitik der Sozialdemokratischen Partei ermöglichten erst die Erhaltung der bürgerlichen Klassenherrschaft und die Wiederherstellung der kapitalistischen Ausbeutergesellschaft, indem sie proletarische Kräfte banden, die sonst der bürgerlichen Ausbeutergesellschaft hätten gefährlich werden müssen. Zur Durchführung dieser Politik zerstörte der Reformismus die Ueberparteilichkeit der proletarischen Massenorganisationen, versuchte die revolutionären Strömungen in ihnen und die Arbeiterdemokratie auszurotten und trieb die Organisationen dadurch der Spaltung entgegen.

Als die führende Kraft der kapitalistischen Konterrevolution und des kapitalistischen Wiederaufbaus verwich die SPD untrennbar mit dem kapitalistischen Staat. Die sozialdemokratische Ideologie von Volksgemeinschaft und Volksstaat arbeitete zugleich der faschistischen Ideologie in Deutschland vor.

In noch hervorragenderem Maße gilt das von der Außenpolitik der SPD. Wie im Kriege die imperialistische Armee, so unterstützt sie nach dem Kriege die neuen imperialistischen Rüstungen, die Aufstellung von Freikorps, Grenzschutzbanden und die technische Ver vollkommnung der Reichswehr mit einem Riesenaufwand von Mitteln. Sie fördert die imperialistische Völkerbundspolitik und die internationale Verständigung der imperialistischen kapitalistischen Gruppen, die in Wahrheit nur die Fronten des neuen imperialistischen Krieges vorbereiten. Wie der Haß gegen die proletarisch-revolutionären

Bewegungen wesentliche Triebfeder ihrer nationalen Politik, ist der Haß gegen die russische Revolution und die Sowjetunion wesentliche Triebfeder ihrer internationalen Politik.

In Deutschland erlebte der Reformismus mit der kapitalistischen Aufstiegsphase nach dem Abschluß der Inflation noch einmal einen Altbewerbsommer, der die Theorie der Wirtschaftsdemokratie, aufgebaut auf der Theorie von der Ueberwindung der kapitalistischen Krisengesetzlichkeit durch die kapitalistischen Monopole, hervorbrachte. Mit der Abstiegsepoche des Kapitalismus bricht jedoch die objektive Grundlage des Reformismus, das ansteigende Lohnniveau der Arbeiterschaft zusammen. Die katastrophale Krise des niedergehenden Kapitalismus und ihre politischen Folgen enthüllen den vollständigen Zusammenbruch der reformistischen Theorien. Ihm folgt der politische Bankrott. Die enge Verwachsenheit mit dem kapitalistischen Staat — die Verkörperung der Politik von zwei Jahrzehnten — macht eine politische Kurschwengung der SPD als Folge des offensichtlichen Zusammenbruchs ihrer wirtschaftlichen und politischen Theorien unmöglich. Sie deckt daher die furchtbarsten Ausbeutungsmaßnahmen der Bourgeoisiediktatur, bereitet damit dem Faschismus den Weg und flüchtet sich vor dem theoretischen Zusammenbruch in die Ph. se der Schuld der Reparationszahlungen an der Krise. Damit betritt sie den Boden der politischen Pseudothorie des Faschismus. Mit dieser Entwicklung aber muß die SPD schließlich in einen offenen Widerspruch geraten mit den Interessen der in ihren Organisationen zusammengeschlossenen Arbeitermassen.

Durch die reformistische Führung sind die wichtigsten Klassenorganisationen des Proletariats, die Gewerkschaften, zu den Fundamenten des kapitalistischen Wiederaufbaus geworden. Auf der Stinnes-Legienischen Arbeitsgemeinschaft beruhte die Noske-Diktatur, die das Kapital wieder fest in den Sattel setzte. Die Zustimmung der Gewerkschaften zu den Ermächtigungsgesetzen gab der Seekt-Diktatur das Fundament und leitete den kapitalistischen Aufbau der Rationalisierungsepoche ein. Der Block der freien und bürgerlichen Gewerkschaften ist die Massen-Grundlage der Brüning-Diktatur.

Unter dieser Führung wurden die Gewerkschaften unfähig, der rasch vordringenden Kapitalmacht Widerstand zu leisten, die mit der Krise katastrophale Formen annehmende Einschränkung der proletarischen Lebenserhaltung abzuwehren. Darüber hinaus versuchte auch die reformistische Gewerkschaftsführung mit dem kapitalistischen Staat, insbesondere durch die Unterwerfung der Gewerkschaften unter die Schlichtungsdiktatur des Staates, und damit wurden die Gewerkschaften zu Abwehrorganisationen gegen die die kapitalistische Gesellschaft bedrohenden revolutionären Strömungen im Proletariat.

Die aufwühlende Wirkung der kapitalistischen Niedergangskrise macht jedoch trotzdem die in den Gewerkschaften gesammelten Millionenmassen zu einer täglich drohenden Gefahr für den Bestand der kapitalistischen Gesellschaft. Die Bourgeoisie muß fürchten, daß die in ihnen zusammengeballte Klassenkraft sich über die Köpfe der reformistischen Führung hinweg im revolutionären Kampf entladen könnte. Darum rüstet sich die Bourgeoisie, die Gewerkschaften im faschistischen Terror zu zertrümmern. Darum muß aber auch die Arbeiterklasse mit aller Gewalt die Gewerkschaften verteidigen, indem sie von den Fesseln der reformistischen Politik befreit. In der Krise der Niedergangperiode mit fünf Millionen Dauererwerbslosen und ihrer beispiellosen Kapitalkonzentration. In der Periode der offenen Bourgeoisiediktatur ist kein Raum mehr für den reformistischen Einsatz der Gewerkschaften. Umso größer ist aus den gleichen Gründen das politische Gewicht der Gewerkschaften. Nur im Einsatz zum revolutionären Kampf kann die Aktionsfähigkeit der Gewerkschaften wiedergewonnen und damit ihr Zerfall oder ihre Zertrümmerung abgewehrt werden.

Daher hat die revolutionäre Partei die Pflicht, in systematischer, entschlossener revolutionärer Arbeit in den Gewerkschaften ihren Kurswechsel zu erkämpfen, gestützt auf die durch die Krise erfolgende revolutionäre Aufwühlung der proletarischen Massen. Dagegen muß die von der kommunistischen Partei durchgeführte Gründung „Roter“ Gegen gewerkschaften mit dem gleichzeitigen Ziel der Zertrümmerung der freien Gewerkschaften entschieden abgelehnt und kompromißlos bekämpft werden.

#### 2. Die Internationale.

Die 2. Internationale ist heute eine lose Vereinigung von nationalistischen Parteien. Jede steht auf dem Boden des bürgerlichen Kapitalismus, nicht seine Ueberwindung. Jede nicht auf dem Boden des bürgerlichen Staates, den sie auch gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung verteidigt. Jede nimmt in den internationalen Interessenkämpfen des Proletariats Partei für die eigene kapitalistische Klasse und versucht, für die Arbeiterklasse oder einzelne ihrer Schichten Vorteile zu erreichen im Bunde mit der eigenen nationalen Bourgeoisie gegen fremde Konkurrenten, statt im internationalen Kampf gegen die gesamte kapitalistische Klasse die gemeinsamen

Interessen des Proletariats zu verteidigen.

Die 2. Internationale spiegelt zur Zeit — in Friedenszeiten pazifistisch verbrämt — die Interessengegensätze der kapitalistischen Welt wieder. Den rückständigen Völkern gegenüber verfiert die 2. Internationale grundsätzlich die Politik der kapitalistischen Herrenvölker. Unter dem Vorwand allgemeiner kultureller Interessen verteidigt sie die kapitalistische Herrschaft in den Kolonien, ist sie nur zu solchen Reformen in den Kolonien bereit, die die Vorherrschaft der Unterdrückten nicht in ihren Grundlagen treffen. Wo Sektionen dieser Internationale regierende Parteien sind, sind sie Träger der Unterdrückungspolitik, kommandieren sie die Feldzüge gegen den Befreiungskampf der unterdrückten Völker. Die 2. Internationale ist also eine Stütze des Kapitalismus, sie muß bei neuen Entladungen des Weltimperialismus wieder in ihre Bestandteile zerfallen wie 1914. Sie ist in ihrem Wesen konterrevolutionär, der Anschluß einer revolutionären Partei an sie kommt deshalb nicht in Frage.

Die kommunistische Internationale hat ihren Ursprung in der siegreichen Revolution des russischen Proletariats und den linken Strömungen in der Arbeiterbewegung in der Kriegszeit. Ihr Verdienst ist die Sammlung der großen Erfahrungen des revolutionären Kampfes zur Herausarbeitung der Grundsätze der revolutionären Arbeiterbewegung.

Die kommunistische Internationale hat jedoch in unserer Zeit tiefer Zerrüttung der kapitalistischen Gesellschaft, des vollkommenen Bankrotts der reformistischen Theorie und Praxis und der Radikalisierung großer Arbeitermassen sich als unfähig zur Führung des Proletariats erwiesen. Sie befindet sich in einer schweren Krise, die sich äußert in geistiger Verwirrung und schweren politischen Fehlern, in Spaltungen, organisatorischem Zerfall, Rückbildung zur Sekte in den einen, Aktionsunfähigkeit in allen Sektionen der kapitalistischen Länder.

Die Hauptursache dieser Entwicklung ist das Führermonopol der kommunistischen Partei der Sowjetunion in der kommunistischen Internationale. In der Periode der Herausbildung der kommunistischen Parteien hatte das Uebergewicht der russischen Partei eine die Entwicklung fördernde Wirkung. Sie ist seit Jahren zu einem Hemmnis geworden. Seit Jahren steht an der Spitze der KPR eine Führergeneration, die wenig vertraut ist mit den Bedingungen, unter denen der Machtkampf vorbereitet werden muß in solchen Ländern, wo die reformistische Arbeiterbewegung über starke, auf alte Tradition gestützte Arbeiterorganisationen verfügt. Dazu kommt, daß die Schwierigkeiten des sozialistischen Aufbaus dazu geführt haben, die Internationale in den Fraktionskämpfen der Sowjetunion auszuspielen. Das bewirkt die Einsetzung gefügiger Leitungen in den einzelnen Sektionen von oben, die Einführung einer Disziplin, die nicht den Bedürfnissen des Kampfes entspricht, sondern auf bürokratischem Zwang beruht, in der fast vollkommenen Vernichtung jeder Kritik durch die Mitgliedschaft. Das Ergebnis ist die fortschreitende Erstarrung der kommunistischen Internationale in einer fehlerhaften Politik und die Zersetzung ihrer Sektionen.

Unter diesen Verhältnissen sieht sich die SAP genötigt, sich von jedweder internationalen Bindung fernzuhalten, bis es gelingen wird, das klassenbewußte Proletariat zu einer wirklich leistungsfähigen Internationale zu vereinigen.

#### 3. Die Kommunistische Partei Deutschlands

Mit besonderer Schärfe haben sich die Fehler der kommunistischen Internationale in der KPD ausgewirkt. Sie wird von beständigen Führerkrisen heimgesucht, die weniger den inneren Verhältnissen der Partei entspringen als vielmehr von den kommunistischen Internationale in sie hineingetragen werden. Die Partei wird beherrscht von einem bürokratischen Zentralismus, der über die Köpfe der Mitgliedschaft hinweg entscheidet, jede Kritik und jeden Widerstand von unten erstickt.

Die Politik der KPD ist nicht von dem Gedanken geleitet, die gesamte Arbeiterklasse im Kampf zu vereinen, sie sucht nicht die Gewerkschaften und die anderen proletarischen Massenorganisationen für die revolutionären Aufgaben zu erobern, sondern betreibt die Spaltung dieser Organisationen, schwächt damit die Arbeiterklasse und verhindert die Loslösung der Massen vom Reformismus. Unfähig, größere Massen in Bewegung zu setzen, wird sie — um den revolutionären Schein zu wahren — gezwungen, ihre Organisationen isoliert von den Massen in noch nicht ausgereifte Kämpfe zu führen, die dadurch notwendig putschistischen Charakter annehmen. Diese Niederlagen führen zu weiterer Entmutigung und Schwächung der Arbeiterklasse. Wenn auch unter den Wirkungen der Krise und des Massenelends die Anhängerschaft der KPD wächst, bleibt diese Partei doch aktionsunfähig. Statt einen entschlossenen Kampf gegen den Faschismus durch die Herstellung der proletarischen Einheitsfront vorzubereiten, läßt sich die KPD in dem Bestreben, aus ihrer Isolierung herauszukommen, in einen Konkurrenzkampf mit den nationalsozialistischen kleinbürgerlichen Agitationsmethoden und -lösungen ein. Dies zeigt sich in einem Führerkult, der zu marxistischen Auffassungen in

schreiendem Widerspruch steht; in der ungeheuerlichen Uebertreibung der Bedeutung der Reparationslasten für die wirtschaftlichen Zustände in Deutschland; in nationalbolschewistischen Auffassungen, wie sie zutage treten in dem nationalen und sozialen Befreiungsprogramm, in der Scheringerpropaganda für den nationalistischen Revanchekrieg und in der Beteiligung am reaktionären Volksentscheid in Preußen. Diese Politik bereitet dem Faschismus den Weg und ist der Schrittmacher eines neuen 4. August. Sie bedeutet die Aufgabe wichtiger marxistischer Grundsätze, muß zur weiteren Zersetzung der Partei führen und macht ihren Zusammenbruch fast unvermeidlich.

#### 4. Die Aufgabe der Sozialistischen Arbeiterpartei

Die Ueberwindung der Spaltung des Proletariats setzt die Ueberwindung der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Ideologien im Proletariat und die Ueberwindung des Einflusses ihrer Träger voraus. Sie kann nur im Verlauf der revolutionären Kämpfe selbst geschehen, deren Auslösung trotz der bestehenden Spaltung die wichtigste politische Tagesaufgabe in der katastrophalen Niedergangskrise des Kapitalismus ist. Zu diesem Zweck muß die revolutionäre Vorhut des Proletariats alle reifsten Angehörigen der Klasse in einer neuen Organisation sammeln, die keine von den Interessen des ganzen Proletariats getrennten Interessen vertritt, sondern immer nur das Interesse der proletarischen Gesamtbewegung, deren Aufgabe es ist, stets dem Proletariat die zielklare Führung im politischen Klassenkampf zu geben.

Diese neue Organisation ist in Deutschland die Sozialistische Arbeiterpartei.

Anknüpfend an die Traditionen des Kommunistenbundes, der Ersten Internationale, des linken Flügels der II. Vorkriegsinternationale; aufbauend auf den Erfahrungen der russischen Revolution von 1917 und der deutschen von 1918 erklärt die Sozialistische Arbeiterpartei es für ihre Aufgabe, die Grundauffassungen des revolutionären Marxismus, die von Marx kommunistisch genannt wurden, zu vertreten und in ihrer politischen Praxis auf die jeweilige geschichtliche Situation anzuwenden. Dabei bleibt bis zum endgültigen Erfolg ihr Hauptziel die Mobilisierung des Proletariats zum revolutionären Sturz der kapitalistischen Gesellschaft und die Organisation der sozialistischen Gesellschaft durch die proletarische Diktatur. Insbesondere ist es ihre Aufgabe, in der Periode des drohenden Faschismus die Arbeiterklasse zum Sieg über Faschismus und Kapitalismus zu mobilisieren und zu führen, bevor der Faschismus die proletarischen Organisationen zertrümmert.

Die SAP steht auf dem Standpunkt, daß sie ihre Einsicht in die geschichtliche Entwicklung und in die Aktionsnotwendigkeiten des Tages der Mehrheit des Proletariats nicht aufzwingen kann. Sie muß im Tageskampf gegen die realen politischen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft und in der grundsätzlichen Propaganda der Endziele die Köpfe der proletarischen Mehrheit erobern. Sie ist sich dabei bewußt, daß je schärfer die kapitalistischen Widersprüche sich zuspitzen in Krise und Krieg, umso rascher die Mobilisierung des Proletariats zum revolutionären Endkampf möglich und notwendig wird.

An Stelle der Parteidiktatur bürokratischer Organisationsapparate über die Mitglieder der reformistischen Partei und der offiziellen Kommunistischen Partei; an Stelle des Bürokratismus, der mit der Parteidemokratie zugleich das selbständige Denken der Mitglieder und damit ihre Initiative und Aktionsfähigkeit erstickt, setzt die Sozialistische Arbeiterpartei einen lebendigen Organismus, der in der Aktion diszipliniert geführt und zentral geleitet wird, aber zugleich die Leitung einer dauernden Kontrolle durch ihre Mitglieder unterstellt.

Die Sozialistische Arbeiterpartei geht bei ihrer Politik davon aus, daß ihre Aktion niemals die Aktion der proletarischen Klasse ersetzen kann, daß die Mehrheit des Proletariats in einem Lande mit hochentwickeltem Proletariat und stark organisierter Arbeiterbewegung nur durch eine Politik gewonnen und geführt werden kann, die auf dem Wege über ein gemeinsames Kampfprogramm aller sich bekämpfenden Arbeiterorganisationen die Einheitsfront der Klasse für gemeinsame Tagesziele herstellt und so den Endkampf um die Macht vorbereitet.

Ein so starkes, so geschultes, so erfahrenes Proletariat wie das deutsche braucht nicht erst durch die Hölle der faschistischen Diktatur hindurch, um seine Fesseln abzuwerfen. Durch jene Hölle, der das Versagen der reformistischen und der kommunistischen Führung in der Krise des Monopolkapitalismus das deutsche Proletariat entgegentreiben läßt. Als die Vorhut der revolutionären Einheit der proletarischen Klasse sieht die Sozialistische Arbeiterpartei ihre Aufgabe darin, die Basis zu schaffen, auf der gegen den Block der Bourgeoisie mit dem Faschismus der Arbeiterblock geschmiedet wird und so den Sieg des Proletariats über die kapitalistische Gesellschaft wie die Erneuerung der Internationale auf revolutionärer Grundlage vorzubereiten.

#### IV. Die Aufgaben der proletarischen Diktatur

Die revolutionäre Partei hat nach der Eroberung der politischen Macht die Durchführung des Sozialismus in Angriff zu nehmen. Die Machtausübung liegt dabei in der Hand von Organen, die aus der Wahl der arbeitenden Bevölkerung in Stadt und Land hervorgehen. Wie in Rußland 1917 und vorübergehend in Deutschland 1918 müssen die Arbeiter- und Bauernräte die Legislative und Exekutivbefugnisse in sich vereinen und diktatorisch die Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Wirtschaftsform durchführen.

Da nur die lebendige Initiative des Proletariats selbst seine Klassenherrschaft ermöglicht und sichert, ist weitestgehende Selbstverwaltung für alle Körperschaften des deutschen Reiches notwendig. Zu diesem Zwecke müssen die gegenwärtigen Einzelstaaten aufgehoben und eine neue Gliederung Deutschlands nach wirtschaftsgeographischen Zusammenhängen vorgenommen werden.

Die Sozialisierung beginnt damit, daß in zentrale oder kommunale Gemeinwirtschaft übernommen werden:

die landwirtschaftlichen Großbetriebe und alle Forsten;

die industriellen Großbetriebe, die Bergwerke und das gesamte Verkehrswesen;

der Außenhandel, die Banken und das Versicherungswesen;

der gesamte bebaut und unbebaut Grundbesitz in den Städten;

Hausbau und Wohnungsanweisung;

die Zuführung der Produkte an den Verbraucher.

Kleinbetriebe aller Art bleiben vorläufig im Rahmen der planwirtschaftlichen Gesetze selbständig.

Die Landgemeinden haben durch Urabstimmung zu entscheiden, wann sie von der einzelbaulichen Betriebsweise zur Kollektivwirtschaft übergehen wollen.

Den Gewerkschaften wird unter Wiederherstellung der Arbeiterdemokratie in ihren Reihen auf Grund der Bedarfsermittlung durch die Gemeinden die Arbeitsverteilung auf die industriellen Betriebe, sowie deren Leitung und Leberwachung überwiesen.

Zum Schutz dieser diktatorischen Maßnahmen der Organe des sozialistischen Gemeinwesens werden aus dem Proletariat und unter seiner dauernden Kontrolle richterliche und polizeiliche Körperschaften geschaffen. Das Verfahren ist grundsätzlich öffentlich und kontradiktatorisch, um jede willkürliche polizeiliche Schreckensherrschaft auszuschließen.

Das gesamte Heilwesen wird gemeinwirtschaftlich betrieben. Krankenhäuser und Heilstätten jeder Art werden in Landes- oder Gemeindebetrieb genommen. Aerzte und Apotheker sind Angestellte des Gemeinwesens.

Der Unterricht ist unentgeltlich für alle Kinder. Aus der allgemeinen Volksschule rücken sie auf in die zur höheren Ausbildung bestimmten Fachschulen, einschließlich der Universitäten, unter Berücksichtigung des gesellschaftlichen Bedarfs, sowie der individuellen Neigung und Befähigung.

Die Ursachen für die kapitalistisch und konfessionell bedingten Entartungserscheinungen in Ehe und Geschlechtsleben müssen systematisch bekämpft werden. Die Eheschließung ist grundsätzlich nur standesamtlich. Die Ehe muß jederzeit auf Verlangen eines Teils lösbar sein. Kinder — gleichgültig, ob eheliche oder uneheliche — werden auf Kosten des Gemeinwesens aufgezogen. Eine Frau — gleich, ob verheiratet oder nicht — wird eine gewisse Zeit vor wie nach der Entbindung auf Kosten des Gemeinwesens erhalten. So wird das Geschlechtsleben vor jeder üblen Beeinflussung durch das Unterhaltsbedürfnis bewahrt und die Frau aus der sexuellen Abhängigkeit vom Mann befreit.

Die sozialistische Gesellschaft hat im Gegensatz zum kapitalistischen Ausbeuterstaat Anspruch auf die zur Erhaltung des Gemeinwesens erforderliche Arbeitsleistung aller Arbeitsfähigen. Die persönliche Freiheit des einzelnen darf jedoch nur beschränkt werden,

soweit es das Interesse der sozialistischen Gesellschaft erfordert.

Die Religionsgemeinschaften sowie andere kulturelle Vereinigungen jeder Art werden geduldet, doch werden ihnen keinerlei Zwangsbefugnisse gegenüber ihren Mitgliedern belassen; auch behalten sie keinerlei obrigkeitliche Funktionen, noch dürfen ihnen irgend welche Subventionen aus Mitteln des Gemeinwesens zufließen. Die neuen gesellschaftlichen Beziehungen im Staat der proletarischen Diktatur, unterstützt durch seine Erziehungsmethoden und staatlich geförderte Propaganda, werden überdies in fortschreitendem Maße die Voraussetzungen für jede Art religiösen Aberglaubens beseitigen.

Der deutsche Rätestaat wird sich bemühen, friedliche Beziehungen zu allen anderen Staaten aufrechtzuerhalten, doch wird er, um gegen die auf die Dauer unvermeidlichen Überfälle kapitalistischer Staaten geschützt zu sein, die Bewaffnung des klassenbewußten Proletariats durchführen. Mit der Union der Sowjetrepubliken wird der deutsche Rätestaat die engste Verbindung eingehen, um sich mit ihr gemeinsam gegen etwaige Angriffe kapitalistischer Staaten verteidigen zu können und um die beiderseitigen wirtschaftlichen Bedürfnisse nach einem gemeinsamen Plan zu regeln.

#### V. Das Aktionsprogramm

##### 1. Die Einheitsfront.

Zwischen dem Endkampf um die Eroberung der Macht und der heutigen Phase des Kampfes der Arbeiterklasse hat die revolutionäre Partei die Aufgabe, die gespaltenen Teile der Arbeiterklasse in den Tageskämpfen zusammenzuführen und in der Richtung auf die revolutionäre Machteroberung zu orientieren.

Die richtige Wahl der jeweils wirksamsten Tageslosungen, die den breitesten Schichten der Arbeiterklasse und gegebenenfalls auch sozial benachbarten Schichten gemeinsam sind; heute die Propaganda, morgen die Aktion für Uebergangslösungen wird die proletarische Einheitsfront entstehen lassen, die aus der heutigen Ohnmacht der Arbeiterklasse hinausführt, die Spaltung überwinden hilft und die Mehrheit der Arbeiterklasse für die revolutionäre Partei und ihr Programm gewinnt. Die Partei muß dabei durch alle Durchgangsstadien und Kompromisse, die nicht durch sie, sondern durch den Gang der historischen Entwicklung hervorgerufen sind, hindurch klar ihr Endziel sehen und es standig verfolgen. In den Massenaktionen großer Teile der Arbeiterklasse für Tagesziele, Tageslosungen und Uebergangslösungen lernen die Arbeiter durch eigene Erfahrung, über den bloßen Tageskampf im Rahmen des bürgerlichen Staates und der kapitalistischen Gesellschaft hinauszugehen. Das deutsche Proletariat kann bei der heutigen raschen Entwicklung aller Gegensätze, bei der Bedrohung durch den Sieg der faschistischen Konterrevolution, mit seinem Kampf nicht warten, bis alle revolutionären Arbeiter in einer Massenpartei vereinigt sind. Die reinen Parteifaktionen, wie sie von der SPD und dem Reichsbanner (letzthin zur „Eisernen Front“ renoviert) im Rahmen des bürgerlichen Staates und von der KPD und der RGO (sogenannte „Rote Front“) mit scheinrevolutionären Parolen, aber isoliert von der großen Masse des Proletariats immer wieder aufgezogen werden, müssen wirkungslos verpuffen.

Nur Aktionen, in denen planmäßig die Angehörigen der ganzen Arbeiterklasse, vor allem die Mitglieder der großen überparteilichen Klassenorganisationen, auf dem Boden des Klassenkampfes zusammengefaßt werden, können zum Erfolg führen. Die proletarische Einheitsfront um ein gemeinsames antifaschistisches Kampfprogramm von Tagesforderungen ist die dringendste Notwendigkeit der gegenwärtigen Situation. Diese Einheitsfront bedeutet keine Verwischung grundsätzlicher Gegensätze oder verschiedener taktischer Auffassungen, sie bedeutet deren klare Austragung bei Anerkennung der Notwendigkeit einer strengen Aktionsdisziplin in den kommenden Kämpfen.

2. Tageslosungen.

Für die täglichen und unmittelbaren Kämpfe der Arbeiterklasse beschränkt sich die

Sozialistische Arbeiterpartei nicht einfach auf ein Mindestprogramm willkürlich zusammengesetzter Forderungen, sondern propagiert ein System von Forderungen, die die Gesamtheit der elementarsten Bedürfnisse des Proletariats umfassen. Da ihre Durchführung und Erreichung unter den heutigen gesellschaftlichen Verhältnissen im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft nicht möglich ist, wird der erfolgreiche Kampf um diese Forderungen umschlagen in den Kampf um die Macht.

Die unmittelbare, zentrale Aufgabe ist der Kampf gegen den Faschismus und die Brüningdiktatur, die ihm den Weg bereitet. Nur dann, wenn diesem Kampf ein politisches Programm zugrunde liegt, wird er auch die wehrhafte Front des Proletariats herstellen, zu deren Vorbereitung die Sozialistische Arbeiterpartei den Sozialistischen Schutzbund planmäßig unter zentraler Leitung fordert und ausbaut.

Unter den gegebenen geschichtlichen Bedingungen, in einer Periode, in der die Parlamente durch die Diktatur des Artikels 48 außer Wirksamkeit gesetzt sind, in der durch einfaches Regierungsdekret entscheidende Teile der sozialen Gesetzgebung beseitigt und Millionen von Sozialrettern ihrer Unterstützung beraubt werden, in der das Tarifrecht durch einen Federstrich zum großen Teile abgeschafft und der Lohn- und Gehaltsabbau mit einem Schlag für das ganze Proletariat verfügt wird — in einer solchen Periode müssen alle bisher üblichen parlamentarischen und nurgewerkschaftlichen Aktionen — so notwendig und wichtig in Sonderfällen besonders die letzteren als Elemente der Entfaltung der Klassenaktivität sein mögen — in ihrem unmittelbaren Ergebnis für die Klasse wirkungslos bleiben. Auch Teileraktionen werden nur in Ausnahmefällen zu Teilerfolgen führen. Immer notwendiger wird die Klassenaktion und immer krasser enthüllt sich der Schaden aller eigenbrüderischen und parteigegensätzlichen, zur Isolierung von der Masse führenden Tendenzen im Proletariat.

##### 3. Das Kampfprogramm.

Die Aufgabe der Sozialistischen Arbeiterpartei ist es, jede brennende Tagesforderung bei der Sammlung der Klasse gegen den Faschismus zu verwenden. Es kann sich dabei ebensowohl handeln um Lohnfragen, wie um die Verstaatlichung oder Enteignung einzelner Industrien, zum Beispiel stillgelegter Betriebe oder der unter der parasitären Wirtschaft von Unglücksfällen heimgesuchten Bergwerke; es kann sich dabei handeln um eine Aktion gegen die Subventionsskandale oder um Mieterfragen und Exmissionen, um die Länge des Arbeitstages oder kulturelle Forderungen. Die Aufgabe der Sozialistischen Arbeiterpartei ist es, bei jeder sich bietenden Gelegenheit entgegen der heutigen Parteizersplitterung und den Parteimanövern jede neuauftauchende Forderung zur Angelegenheit einer, sei es auch nur örtlichen, möglichst aber nationalen Gesamtklasse zu machen. Alle Bezirke und Ortsgruppen der Partei haben die Verpflichtung, selbständig bei jeder Möglichkeit solche Aktionen vorzubereiten und durchzuführen.

Die Sozialistische Arbeiterpartei wird aber auch ihrerseits alle Kraft daransetzen, ein geschlossenes Tagesprogramm zu propagieren, das diejenigen allgemeinen Forderungen in sich vereint, die heute von der Gesamtheit der Proletariats aller Parteirichtungen als die brennendsten Tagesforderungen empfunden und verstanden werden. Die Sozialistische Arbeiterpartei ist sich bewußt, daß diese Forderungen im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft nicht erfüllbar sind. Die proletarischen Massen können jedoch diese Erfahrung nur im Kampfe selbst gewinnen. Mit dem Erwachen dieser Erkenntnis, das von der Sozialistischen Arbeiterpartei in der Aktion selbst planmäßig gefördert werden muß, schlägt der Kampf um das Tagesprogramm um in den Kampf um die Macht. Gleichzeitig soll das Kampfprogramm auch die von der Krise schwer betroffenen und vom Faschismus gearnteten Mittelschichten an die Seite der Arbeiterklasse führen. Seine Hauptpunkte müssen heute sein:

##### 1. Kampf um die Wiederherstellung

der demokratischen Freiheiten für das Proletariat: Aufhebung der arbeiterfeindlichen Notverordnungen; Wiederherstellung der vollen Koalitions-, Versammlungs-, Pressefreiheit bei gleichzeitiger Bekämpfung der konterrevolutionären faschistischen Organisation.

2. Gemeinsame Abwehrfront gegen den Faschismus: Auflösung aller faschistischen Wehr- und Terrororganisationen; Auflösung und Verbot der Parteien und Organisationen, die sie finanzieren; Aufhebung des RFR-Verbotes; Ausbau antifaschistischer Kartelle und der proletarischen Wehrorganisationen zu einer einheitlichen Abwehrfront; Waffenbrüderschaft zwischen Schutzbund, Antifa und Reichsbanner.

3. Sofortige Notmaßnahmen gegen die Verelendung: Aufstellung eines Notprogramms und Arbeitsbeschaffungsplans; gesetzliche Maßnahmen zur Verhinderung weiterer Betriebseinschränkungen und -stilllegungen; Festlegung der 40-Stunden-Maximalwoche bei vollem Lohnausgleich; Nothilfe für die Erwerbslosen und Erhöhung der Unterstützungssätze; Erhöhung der Reallohnne; Sicherung und Ausbau des Tarifrechts; Aufhebung aller Steuern, die das Einkommen und den Verbrauch der breiten Massen belasten; sofortige Aufhebung aller sozialpolitischen Verschlechterungen, insbesondere in der Kranken- und Sozialversicherung; Ausbau des Mieterschutzes; Preiswucherbekämpfung; Aufhebung aller Zölle; progressive Vermögens-, Einkommen- und Erbschaftsteuer, Rückgängigmachung der Steuerherabsetzungen und -erlassungen bei Kapitalisten und vermögenden Rentnern; Enteignung aller Großbetriebe, die ihren öffentlichen und Steuerverpflichtungen nicht nachkommen; Offenlegung der Steuerlisten; rücksichtslose Maßnahmen gegen Kapital- und Steuerflucht; Beseitigung der staatlich garantierten Monopole und Preisstützungen; Subventionsrückzahlungen; Gehalts-herabsetzungen der hohen Staats- und Privatbürokratie; Einstellung aller Zahlungen an Kirchen und Religionsgemeinschaften, an Fürsten und Standesherrn; Einstellung aller Pensionen an ehemalige Offiziere und Minister; Kürzung der übrigen Pensionen auf Höchstpensionen in der Höhe der Arbeitslosenunterstützung; sofortige Streichung aller Ausgaben für Wehretat und Rüstungszwecke; Abschaffung aller Geheimfonds; Erhebung eines Notopfers von Vermögern über 100 000 Mark und bei allen Einkommen über 7000 Mark.

4. Gegen die Ausbeutung der Mittelschichten durch das Großkapital: Enteignung des Landbesitzes der Fürsten und Standesherrn; Auflösung der Fideikomisse; Enteignung der Großgrundbesitzer bei Steuer- und Kreditschulden an den Staat; Pachtherabsetzung; progressive Belastung der Großlandwirte; Annullierung der Steuer- und Kreditschulden der werktätigen Bauern; ihre Einziehung in die Unfalls- und Altersversicherung; Annullierung der Steuer- und Kreditschulden der städtischen Mittelschichten; Uebertragung der Kranken-, Unfalls- und Altersversicherung auf ihre Angehörigen; Aufbesserung der unteren Beamten.

5. Hilfsmaßnahmen für die Gemeinden und Städte: sofortiger Erlaß eines Moratoriums für alle Zins- und Tilgungsleistungen der Gemeinden und Gemeindebetriebe; Streichung aller ihrer Ausgaben für Polizei, Kirchen, bürgerliche, religiöse und faschistische Organisationen; Streichung aller Subventionen, Darlehen, Meliorationsbeiträge für private Unternehmungen; Herabsetzung aller Gehälter und Pensionen wie im Reiche und Aufbesserung der Bezüge der unteren Gemeindebeamten; Streichung aller Notverordnungen und Erhöhung des Gemeindeanteils am Aufkommen aller im Reich zu erhebenden Vermögens- und Besitzsteuern; Moratorium für die Gemeindebetriebe, Erhöhung des Wohlfahrtsetzes und Herabsetzung der Tarife für Kleinabnehmer.

6. Forderungen für die Rettung der werktätigen Jugend:

7. Kampf gegen die Kulturreaktion: Aufhebung der abgeschlossenen und Verhinderung aller geplanten weiteren Konkordatsabschlüsse; vollständige Trennung von Staat und Kirche, Kirche und Schule; Ver-



Copyright by Neuer Deutscher Verlag, Berlin W 8

57. Fortsetzung.

Brücken, die sich mit unvergleichlicher Kühnheit über den Strom spannen, leuchten auf. Zu Bergen sind die Warenlager am Ufer aufgetürmt. Aus tausenden Fenstern leuchtend, spiegeln sich die Schiffe in den Gewässern.

Dann tauchen wieder ganz in Licht gehüllte Wolkenkratzer auf, die Burgen der Gegenwart, aufstrebende Türme, hell leuchtende Kuppeln.

Die Kinos beginnen schon ihre farbigen, Lichter aufzusetzen, und in den Straßen schwillt immer mächtiger das Leben an.

Die Hochbahnzüge sausen dahin wie feuersprühende Schlangen. Aus ihren Fenstern blicken sie alle hinaus. Die kleinen Angestellten, die Arbeiter, die Einwanderer, die kaum ein englisches Wort richtig sprechen können, die alle über ihre Kräfte schreien müssen, sie blicken hinaus und denken voll Stolz: Amerika.

Auch Salvatore zeigt es Ingrid: ist es nicht eine märchenhafte Welt?

„Nie hätte ich gedacht, daß es mir hier jemals gefallen wird. Ich war anfangs krank nach unseren Wäldern und nach Ruhe. Aber es ist es bei uns so still. Und im Sommer bleibt es immer hell. Aber die Helligkeit in der Nacht ist anders als am Tag. Sie ist wie ein durchsichtiger, bläulicher Schleier, der alle Gegenstände einhüllt.“

„Schade, daß wir zurück müssen, an die

Arbeit. Ich würde dich in das Palast-Kino einladen. Etwas so großartiges hast du sicher noch nie gesehen. Ueberall Marmor und Kristalleuchter, und so viel Menschen und Musik und Tanzvorführungen. Aber nächsten, wenn wir frei sind, geh ich mit dir hin.“

„Jetzt fühle ich mich nicht mehr fremd. Jetzt gehöre ich auch schon zu dieser Stadt. Der Gedanke ist mir nicht mehr schrecklich, daß ich immer hier werde arbeiten und leben müssen.“

„Nirgends in der Welt kannst du so viel Wunderbares sehen.“

Sie können jetzt in das Herz der mächtigen Straße sehen. In diesem flammenden, betäubenden, von Menschen wimmelnden Schacht erhebt sich das Hotel.

Umgeben von Speisehäusern und reizenden kleinen Geschäften, die den Appetit anregen. Schmuckgekleidete Negerinnen backen Waffeln, Schokoladenberge werden in wechselndem Licht gerückt.

In einem Schaufenster steht ein weißgekleideter Koch vor einem riesigen Herd, in dem elektrische Glühbirnen glimmen, die in ihrer geschickten Anordnung brennende Kohlen vortauschen. Auf dem Herd aber lagern mächtige goldbraune Gänse und riesige Hammelkeulen, um die Zuschauer in das Geschäft zu locken.

Unweit davon, in einem italienischen Spaghettihaus, brodeln in ungeheuren Kesseln Makaroni. Die Köche, die durch ihr Aus-

sehen und ihre lebhaften Gesten ihre italienische Herkunft ohne weiteres verraten, türmen auf Schüsseln und Teller die Makaroni auf.

In der Austerbarne öffnen in Schweiß gebadete Männer ohne Unterlaß Austern, die die auf hohen Stühlen kauern den Kunden belibeln sollen.

Nebenan werden im Schaufenster Hühner gegrillt und in einer anderen Auslage tanzen rotgesottene Hummern in künstlerischem Arrangement einen Black bottom.

„Das ist eine komische Welt, in der wir leben“, sagt Salvatore, „die gebratenen Tauben fliegen nur den Satten in den Mund.“

„Es ist mir doch lieber, ich gehöre nicht zu den Satten. Weißt du, wir haben keinen Augenblick darüber nachgedacht, was inzwischen im Hotel geschehen ist.“

„Solche Plänkeleien sind nichts Besonderes, die kommen fast alle Tage vor. Einmal aber, wenn es zu einem richtigen Kampf kommt, machen wir alle mit.“

Das Hotel steht jetzt vor ihnen wie eine riesenhafte, ungeheuer, hellerleuchtete Schachtel, in die unzählige Menschen, unzählige Schicksale gepfercht sind, Menschen aus allen Klassen und aus allen Teilen der Welt. Reiche und Arme, Glückliche und Elende. Hier ist alles angehäuft, Hölle und Himmel, Trauer und Glück, Krankheit und Uebermut.

Von der höchsten Spitze des Hotelturmes aus, der über den Dachgarten hinausragt, durchsucht ein Scheinwerfer das Firmament. Er ist so leuchtend, als wolle er die Himmelskörper erblassen machen. Wonach sucht er? Nach etwas Neuem, noch nie Dagewesenem, das man hier auf Erden nicht finden kann?

Salvatore und Ingrid stehen jetzt am Ausgang für das Personal.

„Es ist doch schade, daß wir wieder arbeiten gehen müssen.“

„Ich habe jetzt Hunger und denke nicht gern an unseren Speiseraum.“

„Siehst du, du hättest mehr Kuchen essen sollen.“

„Es gibt hier alles, alles, was man sich nur ausdenken kann, aber nicht für uns.“

Sie werden jetzt von zwei Gestalten fortgeschoben, die aus dem Ausgang herauseilen.

Die eine ist im Kellnerfrack und scheint ziemlich zerknirscht, die andere in Zivil und in um so strahlenderer Laune.

Herr Fish und der „schöne Alex“.

Sie werden von einer dritten Gestalt verfolgt, die ihnen atemlos nachhelft, aber an der Schwelle von Ingrid und Salvatore aufgehalten wird.

„Wohin rennst du denn, Shirley? Was ist denn mit dir?“

Shirley macht keinen weiteren Versuch, den beiden Männern, die an der nächsten Straßenecke vor ihren Augen verschwinden, nachzueilen.

Sie zuckt die Achseln. Wozu auch? Sie weiß ohnehin schon alles, und vielleicht ist es auch besser so.

„Nun, Shirley, bist du inzwischen eine reiche Dame geworden? Muß man vor dir tiefe Verbeugungen machen?“

„Sei nur nicht so spöttisch, ich bin im Gegenteil ganz arm geworden. Man hat mir vorhin meinen Lohn ausgezahlt. Die haben nur darauf gewartet, daß das Personal fortgeht, an die Arbeit oder nach Hause. Frau Magpag hat mir sogar erklärt, man brauche mein Bett noch heute abend.“

„Siehst du, ich habe dir angeboten, ein Zimmer für dich zu suchen, ich wußte, daß es so kommen würde. Aber du warst ja so hochnasig.“

„Fang‘ jetzt nicht wieder an, ja? Ueberdies, du hast dich schnell getröstet.“

„Du wolltest es ja selbst.“

„Bist du mir böse, Shirley?“

„Ach nein, Ingrid; heute morgen daclie ich, es ist der letzte Tag und wirklich, es ist so gekommen. Und doch ganz anders, als ich ahnte.“

**Dortmund-Marten**

„SAP nur Arbeitspferde.“ Die Kommunistische Partei in Marten lud zur Bildung von Wahlausschüssen für die Reichspräsidentenwahl auch die SAP-Genossen ins Lokal Krämer ein. Obwohl wir als SAP-Mitglieder durch den Aufruf des Parteivorstandes in der „SAZ“ mit gleichem Interesse an der Wahl Thälmanns zum Reichspräsidenten beteiligt sind, wollte man uns nur als Arbeitspferde benutzen. Unsere Genossen machten den Vorschlag, Wahlkomitees zu bilden, in welchen kommunistische und SAP-Mitglieder fungieren sollten. Während der Wahlkampagne gedachten unsere Genossen, gemeinschaftlich mit den Kommunisten Wahlversammlungen abzuhalten, in welchen je ein kommunistischer und ein SAP-Genosse das Referat übernehmen sollte. Als Antwort wurde uns von den Kommunisten gesagt, daß sie keinesfalls daran dächten, mit uns gemeinsam Wahlversammlungen durchzuführen. In ihren Versammlungen könnten unsere Genossen in der Diskussion sprechen. Man erklärte, daß die SAP ja hauptsächlich zur Information eingeladen worden sei. Dieser Vorfall zeigt deutlich, von welchem Einheitswillen die kommunistische Partei beseelt ist.

Am Mittwoch hatten SAP und Anarchisten eine Einheitsfront-Versammlung einberufen. Es sprachen in dieser Versammlung Genosse Lohof, Dahlhausen, von der SAP und Genosse Brobitz, Düsseldorf, von den Anarchisten. Genosse Lohof geißelte in seinen Ausführungen sehr scharf, jedoch sachlich, die widersinnigen Bemühungen der SPD zur Bildung der „Eisernen Front“. Er wußte treffend an Hand von Tatsachen zu beweisen, daß die „Eiserne Front“ nichts weiter bedeutet als eine getarnte Faschisierung der Arbeiterklasse. Des weiteren brandmarkte er besonders die kommunistische Haltung zur Einheitsfront. Der anarchistische Redner, welcher den Kommunisten manche Wahrheit zu sagen wußte, betonte, daß es doch auch für die Kommunisten heute endlich an der Zeit sei, über allen Parteiegoismus hinweg eine Einheitsfront der revolutionären Arbeiterklasse zu schaffen. Sehr naiv klangen die Worte des kommunistischen Diskussionsredners Straube: „Wir wollen die Einheitsfront; doch nicht mit euch, weil wir ja schon beim ersten gemeinsamen Schritt uns wieder zerschlagen müßten. Es gibt nur eine revolutionäre Partei in Deutschland, das ist die KPD. Unsere Aufgabe ist es allein, die Massen zu revolutionieren und zur Einheitsfront zu schmieden.“

Trotz alledem marschiert auch hier in Lütgendortmund und Marten die Einheitsfront. Die gestrige Versammlung hat bewiesen, daß ein großer Teil der kommunistischen Arbeiterschaft zur Bildung der Roten Einheitsfront bereit ist.

**Aachen**

Genosse Dr. Fritz Sternberg-Berlin spricht Montag, 29. Februar, 20 Uhr, im Lokal „Neue Welt“, Alexanderstr. 109, über: „Wie wird der Faschismus geschlagen?“ Freie Aussprache.

A. D. 1932. Außer Regierungsrat Hitler, dem die Großindustriellen im Parkhotel hinter geschlossenen Jalousien sein politisches Gebet abhört, gibt es fortschrittliche Menschen hier am Orte, die längst gestorbenen Heiligen noch öffentlichen Dank spenden; man muß hier nun das „Düsseldorfer Tageblatt“ (Zentrumsorgan) sprechen lassen.

Darin findet sich (17. 2.) folgende Annonce, die für sich spricht.

„Dem hl. Judas Thaddäus und dem hl. Antonius öffentlichen Dank für Gebetsvermittlung.“

Es wird höchste Zeit, daß der Rundfunk mit seinen Aetherwellen im Reklamefeld aerartige Danksagungen aufnimmt. Vielleicht haben die Heiligen im Himmel sich schon ein Empfangsgerät mit Lautsprecher angeschafft. Schade ist nur, daß der geistige Urheber der Annonce seinen Namen verheimlicht.

**Frankfurt a. M.**

Bezirk Hessen/Nassau. Es stehen dem Bezirk zum Reichsparteitag nicht zehn, sondern lediglich acht Delegierte zur Verfügung. Wenn mehr als acht Vorschläge gemacht werden, muß Urwahl stattfinden.

Generalversammlung des Einheitsverbandes der Eisenbahner. Am Dienstag hielt der Einheitsverband im neuen Gewerkschaftshaus seine Generalversammlung ab. Einleitend gab der Bevollmächtigte Salomon einen Ueberblick über das abgelaufene Krisenjahr. Er zeigte den Widersinn des kapitalistischen Systems, pries aber zugleich die Politik des ADGB und der SPD, die nicht die geringste Schuld daran haben, daß die Krise vollständig auf dem Rücken der Arbeiterschaft ausgetragen wird. Man müsse eine radikale Verkürzung der Arbeits- und Dienstzeit fordern. Im vergangenen Jahr habe man die Interessen der Eisenbahner trotz aller Schwierigkeiten im Kleinkampf wirksam vertreten. Durch den Schiedsspruch vom 10. Januar habe man eine Arbeitszeitverkürzung von 28 Millionen Stunden im Jahr erreicht. Etwa 40 Prozent aller Eisenbahner arbeiteten jedoch heute noch 9 Stunden und mehr. Den Feierschichtenprozeß verlor der Einheitsverband. Etwa 213.000 Mark erstritt der Verband durch Entlassungs- und Lohnklagen. Der Mitgliederstand ist fast der gleiche wie im Vorjahr. Vor dem Arbeitsgericht wurden eine Reihe Erfolge erfochten. 36 Entlassungsklagen brachten einen materiellen Erfolg von 59.500 Mark. Der Kassenbestand konnte im abgelaufenen Jahre um 1000 Mark erhöht werden. Die Wahlen zeitigten folgendes Ergebnis: 1. Bevollmächtigter: Hermann Salomon, Stellvertreter: Josef Hirtammer, Kassierer: Johann Büttner, Schriftführer: Peter Mai.

Die Eltern protestieren gegen die Zusammenlegung der Schulen. Wie bekannt, werden die Schulen zusammengelegt, was große Nachteile mit sich bringt. Eine Anzahl Elternversammlungen haben zu den Schulabbaumaß-

**Jugend vom Niederrhein tagt**

In Solingen tagte die Bezirkskonferenz des SJV-Niederrhein. An erster Stelle der Tagesordnung stand das Referat des Genossen Reichenbach über den „Weg zur Macht.“

Ausgehend von der Tatsache, daß der Glaube, auf friedlichem, „demokratischen“ Wege zur Macht zu kommen, eine Verkennung der Gesetze gesellschaftlicher Entwicklung bedeute und das Proletariat versklave, erörterte der Referent das Kräfteverhältnis zwischen Bourgeoisie und Proletariat. In dem Maße, wie der wirtschaftliche Boden der kapitalistischen Gesellschaft in Erschütterung komme, versuche der kapitalistische Staat seine Herrschaft um so rücksichtsloser aufrecht zu erhalten. Der politische Ausdruck dieser Verschärfung des Klassenkampfes sei der Faschismus. Der Nationalsozialismus sei der äußerste Flügel der faschistischen Kapitalherrschaft. Jedoch nur in ihm den Faschismus zu sehen, also eine absolute Parteiherrschaft der NSDAP als den letzten Schrecken zu bezeichnen, sei eine irriige Auffassung, die ja auch die Grundlage der Politik des kleineren Uebels sei und die zu verschleiern versuche, daß wir uns jetzt schon mitten unter der Herrschaft des Faschismus befinden. Selbstverständlich würden die Unterdrückungsmaßnahmen ständig sich verschärfen. Die These: Der Faschismus muß geschlagen werden, ehe er zur Macht kommt, hätte also trotz des revolutionären Willens, der dahinter stehe, zwei Gefahren: erstens führe sie zu einer falschen Einschätzung des gegenwärtigen Zustandes und bereite zweitens einer großen Passivität und Resignation den

nahmen Stellung genommen und protestieren gegen die Zusammenlegung der Schulen, so die Elternversammlungen der Mehlberg-Schule, der Günderode-Schule und der Volta-Mittelschule.

Nach einem Bericht des evangelischen Synodalverbandes hat die evangelische Stadt-synode im vergangenen Jahre 1,3 Millionen Mark eingenommen. Ob man das Geld nicht sozialer verwerten könnte?

Rat in allen Unterstützungsangelegenheiten erteilt der Genosse Paul Puls, Vorsitzender der Erwerbslosenkommission, Am Schwimmbad 8, 2. Stock. Sprechstunde jeden Werktag von 9-12 Uhr.

Der Markthallenkrieg. Zwei Tage haben die Standinhaber der Großmarkthalle gestreikt. Sie kämpften um die Herabsetzung der Marktstandpreise. Zwar hatte der Magistrat schon zweimal die Standpreise ermäßigt, aber unter den gegenwärtig schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen werden die Standpreise von den Händlern dennoch als drückend empfunden. Die Großmarkthalle ist ein ausgesprochenes Zuschußbetrieb. Was die Händler weniger bezahlen, muß durch Steuergelder ausgeglichen werden. So rächt sich die Bauwut der Stadt. Die Standinhaber traten Mittwoch früh vollständig leer. Der Lebensmittelhandel kündigte bereits eine Preiserhöhung an. Inzwischen ist der Markthallenstreik beendet worden. Der Dezernent des Wirtschaftsamtbes hat den Marktstandinhabern versprochen, beim Magistrat dafür einzutreten, daß eine gleichmäßige Gebührenermäßigung durchgeführt wird.

Konkurs des Capitol-Theaters. Ueber das Capitol ist der Konkurs verhängt. Die Konkursmasse ist noch nicht einmal groß genug, um die Kosten des Konkursverfahrens zu decken. Die Gläubiger wollen die Gründer und den Aufsichtsrat haftbar machen.

Vom Arbeitsgericht. Sieben Zeitarbeiter der Reichsbahn erhoben Einspruch gegen ihre Kündigung. Sie waren früher Stammarbeiter. Die beklagte Reichsbahnverwaltung bestritt den Klägern das Einspruchsrecht. Sie seien Zeitarbeiter, als solche stünde ihnen kein Einspruchsrecht zu. Der Gewerkschaftsvertreter entzweite, es handle sich darum, ob die Reichsbahn das Recht habe, Zeitarbeiter zu entlassen, ohne daß vorher Feierschichten eingeführt wurden. Die Feierschichten müßten bei der betreffenden Arbeiterkategorie erst durchgeführt werden, bevor die Kündigung in Ordnung sei. Das Gericht stellte sich auf den Standpunkt, daß die Reichsbahn die Kläger entweder weiter beschäftigen oder entlassen müsse. Bevor die Reichsbahn kündigen dürfe, hätte sie das Feierschichtenabkommen durchführen müssen.

**Nürnberg**

„Die Arbeiterschaft steht geschlossen in der „Eisernen Front“! Dem Klassengegner gegenüber steht die Führung der „Eisernen“ Gewehr bei Fuß. Darüber täuscht das rhetorische Feuerwerk aller Kundgebungen gegen den drohenden Faschismus nicht hinweg. Der Tatenlosigkeit gegenüber den randalierenden Horden der Bourgeoisie steht die brutale Gewaltanwendung an den eigenen Klassengenossen gegenüber, um sie zur Einreihung in die bürgerlich-sozialdemokratische „Eiserne Front“ zu zwingen. Die Spontanität dieser Front ist nicht in dem Maße vorhanden, wie es nach außen den Anschein erwecken möchte. Gleichgültig, ja, widerwillig gehen Turnvereins- und Gewerkschaftsmitglieder an die Einzeichnung in die „Eisernen Bücher“. Das läßt sich sehr oft beobachten. Hier helfen die Apparate aller dieser Arbeiterorganisationen kräftig nach. In ihren Versammlungen und Zusammenkünften werden alle Diskussionen über diesen Punkt abgewürgt oder noch öfter verboten, die wahre Meinung der Mitglieder kommt überhaupt nicht zum Ausdruck. Typisches Beispiel hierfür ist die jüngste Mitgliederversammlung des TV „Die Naturfreunde“. Eisern ist diese Arbeiterfront! Jawohl! Aber nicht gegen den Klassenfeind, vor dem blüht man sich und winselt um sein Wohlwollen, sondern gegen die eigenen Klassengenossen. Wer sich den Parolen nicht fügt, der fliegt! Trotzdem

Weg für die Zeit, da die Diktaturmaßnahmen sich weiter verschärft hätten. Das Proletariat sei die Klasse, die die Zukunft repräsentiere, alle ihre Rückschläge und Niederlagen seien nur Etappen auf dem Wege zum Sieg. Dieser fiere aber keineswegs von selbst in den Schoß, sondern müsse durch Entfaltung des Klassenbewußtseins errungen werden. Daß diese Entwicklung sich durchsetzen werde, daß ergebe sich klar aus den Erkenntnissen, die die materialistische Geschichtsauffassung herausgearbeitet habe.

Dem ausführlichen Referat folgte eine lebendige Aussprache. Der Referent konnte zum Schluß feststellen, die Jugend habe bewiesen, daß sie bereit sei, sich mit aller Verantwortung für den Kampf der revolutionären Arbeiterschaft einzureihen.

Die Neuwahlen zeigten folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Heinrich Schrott-Solingen; 2. Vorsitzender Hubert Pütz-Ratingen; Kassierer Willi Häfen-Solingen; Schriftführer Erich Loos-Wuppertal; Beisitzer Friede Stremmel-Wuppertal; O. Brünen-Duisburg.

Zur Reichskonferenz wurde zunächst die Frage des Anschlusses an den Reichsverband der deutschen Jugendverbände diskutiert. Einstimmig vertrat man die Auffassung, daß der Beitritt nicht möglich sei, wenn wir unsere grundsätzliche Meinung verleugnen müßten. Als Delegierte wurden Brünen und Kugusta gewählt.

Unter Bezirksarbeit wurde unter anderem eine Arbeitstour beschlossen, die am 19. und 20. März in Wuppertal-Burghaer stattfindet.

werden unsere Genossen in und außerhalb der Gewerkschaften und Sportvereine um die proletarische Klassenfront arbeiten und kämpfen. — Die SAP ist hier die einzige proletarische Partei, in deren Veranstaltungen die Klassengenossen mit dem anderen Parteibuch ohne Hinderung zu Worte kommen können. Deshalb hinein in unsere Versammlungen und mit uns die Einheitsfront des kämpfenden Proletariats hergestellt! Allen brutalen Verhängungsmitteln der SPD-Apparatur zum Trotz!

**Hamburg**

„Eiserne Front“ oder proletarische Klassenfront? Das ist die Frage, zu der jeder heute Stellung nehmen muß. Genosse A. Busch von SAP spricht darüber in einer öffentlichen Versammlung Mittwoch, den 9. März, in den Eilbecker Bürgersälen (Grüner Saal). Anfang 20 Uhr. Nach dem Referat freie Aussprache.

**Köln**

Bühnenabend der Freien Turnerschaft. Eine Veranstaltung vor vollbesetztem Hause unter Mitwirkung von Erich Weinert, die mit zu den besten in diesem Winter zählt. Schade, daß Weinert nicht Gelegenheit hatte, im Rahmen des Winterprogramms des Bildungsausschusses zu Wort zu kommen. Er hätte verdient, einem noch größeren Kreise von Arbeitern vorzestellt zu werden. Aber das wußten ja gewisse Leute in blindem Parteiegoismus zu verhindern. Wenn Genosse Lunke in seinen Begrüßungsworten sagte, der Abend stehe im Zeichen des Kulturkampfes, so waren diese Worte durchaus treffend gewählt für den weiteren Verlauf des Abends. — Nach einigen Darbietungen der Kinder- und Frauenabteilung kam Weinert zu Wort. Anfangs schilderte er die Schikanen und Verfolgungen, denen er ausgesetzt ist. Und dann folgten seine Gedichte, die mehr sagen als stundenlange Volksreden. Alle Gebiete des heutigen Klassenkampfes, sei es das Hungerdasein des Arbeitslosen, seien es die Notverordnungen in ihren verschiedensten Auswirkungen, seien es die „Kultur“ausgaben des Staates für alte, kitschige Denkmäler vergangener Zeiten, alles wußte er in die richtige Form zu bringen, in die einfache Sprache des Arbeiters, die alle Zuhörer in seinen Bann zog. So vereinigte sich ungekünstelte Ausdruckweise und die feine Form des Vortrags zur vollen Harmonie. Was das Wichtigste aber bei Weinert ist: er wußte die rechten Schlussfolgerungen in seinen Dichtungen zu ziehen und damit einen wichtigen Teil des Klassenkampfes zu erfüllen: seine Zuhörer für diesen zu begeistern. Besonders eindrucksvoll waren „Kriegsausbruch in Berlin“ und „Erzwinet die Amnestie!“. Die ironische Art im „Parlamentarischen Bierabend“, vorgetragen in Berliner Mundart, ließ manchen die Geburtsstätte des „kleineren Uebels“ ahnen. Alle weiteren Vorträge zu besprechen, läßt leider der Raum nicht zu, aber alle waren gut.

**Stareard**

In der letzten Stadtverordnetenitzung lag den Stadtverordneten eine niedliche Rechnung zur Nachprüfung vor. „Einweihungsfeier der Siedlungsschule im Hotel „Prinz von Preußen“. 86 Flaschen Wein 844 M., 9 Flaschen Sekt 45 M., 4 Flaschen Kognak 32 M., 57 Gefacke 285 M., Biere 71 M., 75 Zigarren (à 50 Pf.) 37,50 M., 380 Zigarren (à 30 Pf.) 114 M., 200 Zigaretten 20 M.“ An dieser Sauferei und Fresserei nahm die sozialdemokratische Fraktion vollzählig in Frack und Zylinder teil! Kein Wort der Kritik ist solchen „Arbeitervertretern“ gegenüber scharf genug. Die Quittung auf diese Rechnung wird ihnen die Arbeiterschaft schon geben. — Im Verlauf der Sitzung forderte Genosse Barz (SAP) weiter Aufhebung des Privilegs der Patsantheke für die Belieferung des städtischen Krankenhauses. „Eiserne Front“ verbogen! Der Arbeiter-Radfahrerclub lehnte in der letzten Mitgliederversammlung nach roger Aussprache einstimmig die Hindenburgfront ab und forderte die rote

Einheitsfront. Trotz eines langen Berichts verschweigt die SPD-Presse schamhaft diesen Punkt der Tagesordnung!

**Stralsund**

Die Mitgliederversammlung der SAP nahm einleitend einen Bericht über die bisherige Tätigkeit der Ortsgruppe durch den Genossen Prinz entgegen. Die Stellungnahme zur Unterbezirkskonferenz und zum Bezirksparteitag in Stettin war einmütig. Die Grundsätze für den Ausbau der Organisation in Vorpommern und auch Pommern fanden die Billigung der Versammlung. Als Delegierter für beide Tagungen wurde einstimmig Genosse Prinz gewählt. Anträge, soweit noch notwendig, werden in den Konferenzen nach den Grundsätzen gestellt. Unsere Anregung, ein überparteiliches Wahlkomitee zu bilden, ist leider bis heute noch nicht von der KPD-Ortsleitung beantwortet worden. Möge die Stellungnahme ausfallen wie sie will, wir werden trotzdem alle Kraft zur Erreichung des Zieles einsetzen und dabei immer die Schaffung der Einheitsfront des Proletariats im Auge haben. Auch hier wird die Zeit für uns arbeiten und der Arbeiterschaft die Augen öffnen, wo die wirklichen Anhänger der Einheitsfront zu finden sind. — Die Versammlungen und Schulungsabende werden ab Monat März nun regelmäßig im „Gewerkschaftshaus“ abgehalten. Die Entwicklung der Parteibewegung wird noch mehr beschleunigt werden müssen, damit wir den kommenden Wahlkampf um Preetz auch für uns erfolgreich führen können. Anfang März findet wieder eine öffentliche Versammlung mit dem Genossen Weckerle-Berlin als Referenten statt. Diese werden wir zu einem noch größeren Massenaufmarsch der Arbeiterschaft gestalten, damit unsere Auffassung in weitere Kreise getragen wird. — Unsere Presseerzeugnisse und Literatur sind beim Obmann, Genossen Boy, Böttcherstraße 33, und an dessen Zeitungverkaufsstand, Heiligegeiststraße 22, zu haben.

**Bergen**

Eine lächerliche Strafe erhielt Molkereiverwalter Diederichs. Er hatte unter Mitwirkung seiner Angestellten die Milch ständig mit Wasser verfälscht und sie so in den Handel gebracht. Für diese unerhörte Handlung wurde die geringe Strafe von 100 bzw. 50 Reichsmark verhängt. Diese „Strafen“ reizen ja geradezu dazu, derartige Manöver erneut zu versuchen und die Bevölkerung wissenschaftlich zu betrügen. Hier sollte doch so energisch durchgegriffen werden, damit diese Volksbetrügereien sich nicht wiederholen.

**Demmin**

„Moderne“ Polizei der freien Republik. Unsere Stadt hat eigenartige Polizeibeamte, die scheinbar noch nichts von ihren Aufgaben als „Volkspolizei“, wie es Severing doch immer so schön ausdrückt, erfahren hat. Wegen Körperverletzung im Amt mußten sich die beiden Polizeihauptwachmeister Erich Z. und Wilhelm B. verantworten. Der Anklage liegt folgender Vorfall zugrunde: In der Nacht zum 20. September v. J. war der Fischereigehilfe T. von einem Kartenspiel mit mehreren Freunden zurückgekehrt und befand sich allein auf dem Heimwege. Unterwegs wurde er durch einen Tumult angelockt und blieb in der Nähe der beiden Beamten stehen. Er war nun wohl der Aufforderung zum Weitergehen nicht in dem gewünschten militärischen „Marsch-Marsch-Tempo“ gefolgt und erhielt dafür von dem Beamten Z. eine Anzahl Ohrfeigen und außerdem noch eine Abreibung mit dem bekannten „Polizei-Radiergummi“. Da er dabei natürlich auf die Straße gefallen war, konnte er nun nicht wissen, wer zu ihm eingeschlagen hatte. Auf alle Fälle war die Abreibung so stark gewesen, daß er blutunterlaufene Striemen an den verschiedenen Körperteilen davontrug. Hierfür waren auch einige unparteiliche Zeugen vorhanden. Als der Gerichtsvorsitzende dem Angeklagten Z. die Frage vorlegte, warum er denn den Zeugen geschlagen hätte, da er als einzelner Mensch doch keinem im Wege stand, antwortete der angeklagte Beamte: „Er versperrte mir die Aussicht.“ Darum mußte er also mit dem Gummiknüppel verprügelt werden. Trotz aller Beweise, die so erdrückend waren, bestritten die beiden Beamten doch noch, sich an dem Zeugen vergriffen zu haben. Sie erhielten aber trotzdem nur die geringe Geldstrafe von je 40 Reichsmark. Nun weiß man nicht recht, soll es eine Strafe oder eine Belohnung für diese ungeeigneten „Volkspolizisten“ sein. Beamte, die sich dazu herreißen lassen, harmlose Passanten zu verprügeln, müßten rücksichtslos entfernt werden, denn sie sind eine Gefahr für die Bevölkerung.

**Wolgast**

Ein Verkehrsauto gefändet. Der auf der Strecke Wolgast-Lassan verkehrende große Privatbus des Herrn Erich Lüdtke, Lassan, wurde hier kurz vor der Rückfahrt durch einen Gerichtsvollzieher angesiegt. Da die im Auto sitzenden, mit Rückfahrkarten versehenen Fahrgäste sich weigerten, das Auto zu verlassen, wurden die Passagiere durch zwei Polizeibeamte gezwungen. Der Vorfall verursachte starke Erbitterung und einen großen Menschenauflauf. Heute scheint nichts mehr unmöglich zu sein.

**Jarmen**

Deichbruch. Der von der Peenewiesengenossenschaft zur Melioration der Peenewiesen errichtete Deich ist durch die Wassermassen des infolge anhaltenden Ostwindes über die Ufer getretenen Peeneflusses durchbrochen worden. Die Wiesen sind erheblich überflutet. Die zuständigen Stellen haben sofort eine Untersuchung eingeleitet. Man nimmt an, daß der Deichbruch auf einen grundlegenden Fehler in der Anlage der Linienführung zurückzuführen ist. Das ansteigende Wasser bringt auch unser Städtchen in Gefahr.

# Sportschau der SAZ

## Heute alles zum Hallensportfest

Heute werden die Arbeitssportler des 1. Kreises eine Probe ihres Könnens geben. Auf dem Gebiete der Leichtathletik, Turnen, Spiele und Vorführungen wird die Leistungsfähigkeit unter Beweis gestellt. Die besten Vertreter des 1. Kreises stellen sich einer Elite aus Dresden, Leipzig, Kottbus, Stettin und Guben zum friedlichen, aber harten Wettkampf gegenüber.

Die Kurzstrecken über 75 Meter werden in verschiedenen Klassen gelaufen. Es ist sehr fraglich, ob die Berliner Vertreter Held, Wienicke, Stoll, Traxel u. a. den Auswärtigen wie Höwler-Stettin, Voigtmann und Krüger-Leipzig oder den Dresdener Vertretern eine genügende Fähigkeit entgegenzusetzen können. Bei den Sportlerinnen ist die Olympiateilnehmerin Böhme-Dresden harte Konkurrenz für die Berlinerinnen, von denen Dunke-Osting die Schnellste sein könnte. Ein überraschend großes und starkes Feld hat das 2000-Meter-Mannschaftslaufen aufzuweisen. Mit dem „alten Kämpen“ Maxe Wagner und Knäschke hat „Eiche-Leipzig“ gute Aussichten auf Sieg. Als weitere Anwärter kämen Stettin, ASC und Osting in Frage. In jeder Konkurrenz gute Besetzung.

Den Reigen der Vorführungen eröffnen die Kinder. Dann kommen wechselnd die „Großen“ an die Reihe. Auch die „Neue Richtung“ ist durch den Bewegungsschor vertreten. Die Alterssportler machen Medizinballübungen.

Die Turnerinnen machen ein kleines „Tänzchen“, und die Turner betätigen sich mit einer Vorführung an 8 Barren. Eine Sportgymnastik wird durch FTGB-Süden zu Schau gebracht. Zwischenmengen ein kleines Handballspiel zweier Bezirksmannschaften. Den Abschluß bringt die Freie Turnerschaft Groß-Berlin mit Revue und Chorwerk. Alles in allem eine Auswahl, die man gesehen haben muß.

Die Hauptveranstaltung beginnt um 16 Uhr in der Messehalle am Kaiserdamm. Durch die ungeheure Meldeziffer sind Vorkämpfe notwendig geworden. 10.50 Uhr fangen diese an. Und die Parole: Niemand fehle heute beim Hallensportfest.

## Wie sie lügen!

Im „Rot Sport“ Nr. 8 vom 22. Februar 1932 kann man über das „rote Hallensportfest“ lesen: Am 3000-m-Mannschaftslauf beteiligte sich auch der noch im Bund befindliche ASV Wedding mit einer Mannschaft.

Hierzu wird vom Vorstand des ASV Wedding mitgeteilt, daß keine Mannschaft aus Mitgliedern des ASV Wedding mitgewirkt hat!

## Um die Meisterschaft des IV. Bezirks

Fußball im 1. Kreis

Am heutigen Sonntag findet nur ein wichtiges Treffen statt. Im Entscheidungsspiel um die Bezirksmeisterschaft des 4. Bezirks stehen sich Schöneberg und Waltersdorf in Luckenwalde gegenüber. Schöneberg hat gegen alle Erwartung in der Vorschlußrunde Wilmsdorf geschlagen. Waltersdorf hat den Ehrgeiz, wenigstens die Bezirksmeisterschaft für Luckenwalde zu retten, nachdem die Kreismeisterschaft zum erstenmal nach Berlin gefallen ist.

Von den Freundschafts- und Werbespielen sind uns folgende bekannt geworden:

### Hörsenspiele.

1. Mannschaften. Südost—Britz 88 (Mayn, Oberspree); Hoppgarten—Minerva (Rätz, Lichtenb. I); DL-Wusterh.—Eiche-Bohnsdorf (Risse, Osten); Neuruppin—Frohe Stunde (Wittstock); B. S. V. 31—Lichtenberg II (Wilde, Südost).

2. Mannschaften. Südost—Britz 88 (Lichtenberg II); Zda.—Wacker 2 (Pomplun); 12.00; Neuruppin—Frohe Stunde (auslosen); B. S. V. 31—Lichtenberg II (Normania).

### Werbespiele in Dolgenbrodt.

Storkow 1—A. S. V. Neukölln (Bäcker) 15.00; Friedersd. 1—Wacker 30 1 (Bäcker) 13.30; Dolgenbrodt—A. S. V. Neuk. (Gutsche) 12.00; Alt-Stahnsdorf—Storkow 2 (Krüger) 11.30.

### Werbespiele in Wersee.

Herzfelde 1—Kagel 1 (Bengsch) 14.30; Wersee 1—Kagel 1 (Bengsch) 15.15; Wersee 2—Herzfelde 2 (Kagel) 13.00.

3. Bezirk: Aufstiegs spiel. Elstal 1—Werder 1 (Pl.; Stad. Hakenfelde—Spandau (Weber, Eintracht) 14.00.

Pflichtspiel. Eintr.-Dallgow—Elstal 2 (Staaen) 14.00. —Anfang: 1. Männer 15.00, 2. Männer 13.15 Jugend 10.00 Uhr.

## Zwickauer

### Handballprogramm

Turner Crimmitschau—Niederhaßlau 15 Uhr; Leubnitz 1—Werdau 14 Uhr; Stöcken gegen Marienthal 14.30 Uhr; Schedewitz I gegen Planitz II 10 Uhr.

Niederhaßlau II—Wilkau II, Sonnabend, 16.30 Uhr; Reinsdorf II—Wilkau III 14 Uhr; Cainsdorf II—Zwickau II 14 Uhr; Turner Crimmitschau II—Niederhaßlau II 14 Uhr.

Jugend: Planitz—Wilkau 13.30 Uhr in Bockwa; Stöcken—Wahlen (?) Cainsdorf gegen Niederhaßlau 9.30 Uhr.

Knaben: Planitz—Wilkau 10.30 Uhr in Bockwa.

Das Bezirksspiel Plauen—Zwickau ist nicht am 13. März, sondern schon am 6. März.

## Vorrundenspiel um die Mitteldeutsche Fußballmeisterschaft

FSV Rositz—VfK Südwest in Altenburg

Nachdem am 14. Februar auch der letzte der vier Kreismeister im Mitteldeutschen Verband — der Sachsenmeister VfK Südwest — ermittelt worden ist, beginnen am 28. Februar die Spiele um die Mitteldeutsche Meisterschaft.

Als Bewerber treten auf im 2. Kreis FRT Aschersleben, im 4. Kreis VfK Südwest Leipzig, im 5. Kreis FSV Rositz und im 14. Kreis „Eiche“ Hindenburg. Während die Meister vom 2. und 5. Kreis in früheren Jahren schon einmal in diesem Wettstreit — allerdings ohne den großen Erfolg zu erlangen — vertreten waren, nehmen die Meister vom 4. und 14. Kreis zum erstenmal an diesen wichtigen Kämpfen teil. Bei eingehender Betrachtung der vier Kreismeister, bei Berücksichtigung aller ihrer spielerischen Fähigkeiten und Erfolge in letzter Zeit, muß VfK Südwest Leipzig als aussichtsreichster Bewerber unter den vier Favoriten um die Mitteldeutsche Meisterschaft angesehen werden.

Bestärkt wird diese Auffassung durch die vorgenommene Gegenüberstellung der Meister am kommenden Sonntag: in Altenburg FSV Rositz—VfK Südwest Leipzig (Städtische Kampfbahn), in Breslau „Eiche“ Hindenburg—FRT Aschersleben. Daß ein so wichtiges, von allen Städten begehrtes, Vorrundenspiel nach Altenburg gelegt wurde, ist den Bemühungen der Thüringer Kreis- und Bezirksspartenleitungen zuzuschreiben. Damit die Verbandsleitung sowie die beiden Mannschaften von dem Altenburger sportliebenden Publikum einen guten Eindruck mit nach Hause nehmen, ist dem Großkampf ein starker Besuch zu wünschen.

## Organisationsnachrichten

### SAP

Bezirksverband Berlin: Sitzung des erweiterten Bezirksvorstandes Montag, 28. Februar, 19 Uhr, im Sekretariat, Prenzlauer Allee 24.

Ortsgruppe Mitte: Funksprechstunde Dienstag, 1. März, 20 Uhr, bei Lehmann, Bartschstraße 1.

Ortsgruppe Tiergarten: Abt. Weston, Sonntag, 28. Februar, 11 Uhr, treffen sich alle Werbemitarbeiter bei Telchow, Winterfeldtstraße 35. — Mitgliederversammlung Mittwoch, 2. März, 20 Uhr, bei Techt, Stögitzer Str., Ecke Flottwellstraße.

Ortsgruppe Wedding: Neuer Bildungskursus beginnt nicht 1. März sondern Dienstag, 8. März.

Antifaschistisches Kartell Wedding: Jeder Genosse sendet die Adressen aller ihm bekannten Sympathisierenden an E. Nauckes, postlagernd W 56.

Ortsgruppe Friedrichshagen: Zur Zeitungspropaganda Treffpunkt Sonntag, 28. Februar, 10 Uhr, beim Gen. Otto Schulz, Matthesstraße 4, Qu. II. — Mittwoch, 2. März, 19.15 Uhr, im Lokal Krugmann, Memeler Str. 63, Abteilungsabend Thema: Die nächsten Aufgaben. Ref. Gen. Fritz Schmidt.

Ortsgruppe Kreuzberg: Dienstag, 1. März, 19 Uhr, Bildungskursus. — Mittwoch, 2. März, 20 Uhr, Fook-

tionsspreizung, Bockstraße 5. — Freitag, 4. März, 19 Uhr, Mitgliederversammlung im Lokal Look, Schönleinstr. Referat über Parteiprogramm.

Ortsgruppe Charlottenburg: Zur Zeitungsaktion Sonntag, 28. Februar, 10 Uhr, bei Gruning, Pestalozzi, Ecke Fritzsche-Str., Pflichtveranstaltung. — Teilung Ost Dienstag, 1. März, 20 Uhr, gemeinsamer Ausspracheabend bei Thunack, Wielandstr. 4. 2. März, 20 Uhr, außerordentliche Mitgliederversammlung bei Geil, Merseburger Str. 7.

Ortsgruppe Lokal Dörmann, Prinz-Handjery, Ecke Leisingstraße, zur Zeitungsaktion. Alle Genossen zur Stelle

Ortsgruppe Bohnsdorf-Falkenberg: Mitgliederversammlung 1. März, 20 Uhr bei Hady, Pätzstraße. Genosse Aufrecht, Steglitz spricht über Einheitsfront und Präsidentenwahl. Gäste willkommen.

Ortsgruppe Lichtenberg: Die für Montag, 29. Februar, angesetzte Funksprechstunde fällt aus.

Ortsgruppe Weißensee: Mittwoch, 2. März, 20 Uhr, Mitgliederversammlung im Lokal Bobazek, Wilhelmstraße 29 (am Murbachplatz).

Ortsgruppe Pankow: Sonntag, 28. Februar, 17 Uhr, Einweihung des Jugendheims in der Mühlenstraße 77. Alle Mitglieder müssen teilnehmen.

## SJV

Heute, Sonntag, 28. Februar:

### Achtung! Alarm!

Die Gesamtkonzeption des SJV beteiligt sich heute an der Verbeaktion der SAZ. Das neue Jugendheim in der Mühlenstraße 77 ist fertig! Einweihung am Sonntag, dem 28. Februar, 17 Uhr. Musik-Beitrag, Tanz usw. Eintritt 10 Pfg. Erwerblose frei.

Hallensportfest: Heute, 16 Uhr, Ausstellungshallen am Kaiserdamm.

Morgen, Montag, 29. Februar:

Charlottenburg-Mitte: Tagespolitik.

Hansa: Die Frau im Sozialismus.

Köpenick: August Bebel „Roter Aufbau“: Krise und Überwindung des kan. Systems.

Lichtenberg: Tagespolitik.

Mitte Nord: Arbeitsgemeinschaft.

Mitte Süd: Arbeitsgemeinschaft.

Moabit: Die sexuelle Krise der Jugend.

Reinickendorf: Tagespolitik.

Süd-West: Kammerabend.

### Mitteilungen der BL:

Referentenschule: Montag, 10-Minuten-Referate. Jede Gruppe muß vertreten sein.

Tambourkorps: Alle Anfänger und spielfähige Spielleute am nächsten Mittwoch Probe.

Schüler: am Mittwoch, um 17 Uhr, im Sekretariat eine Besprechung.

### Achtung, Arbeiterphotographen

Nur durch planmäßige Arbeit ist der Erfolg gesichert. Solche planmäßige Arbeit betrifft die Photogemeinschaft des Touristen Vereins „Die Naturfreunde“ auf photographischem Gebiet, um ihren Mitgliedern und Freunden Ausgaben und Festschilde bei der Ausübung ihres Sportes zu ersparen. In Arbeitsgemeinschaften wird das technische Können des einzelnen gefördert zum Nutzen der Allgemeinheit.

In diesem Rahmen spricht Genosse Dr. Rudolf am Montag, dem 29. Februar, 20 Uhr, über „Photographie im Hochgebirge“ in einem Vortrag mit Lichtbildern im Heim obengenannten Vereins in der Johannistr. 15. Eintritt ist frei.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil Roland Bcutner; für Inserate Johannes Hoffmann. Verlag: Siebel Zeitungs-Verlagsges. mbH Druck Georg Koenig sämtlich in Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. „SAZ Sozialistische Arbeiterzeitung“ erscheint täglich außer Montags

## Stadt-Theater

Oper u. d. Linden

Sonntag, 28. Februar

20—gegen 22.15 Uhr:

La Traviata

Montag, 29. Februar

20—gegen 22.15 Uhr:

## Bohème

Schauspielhaus

am Gendarmenmarkt

Sonntag, 28. Februar

20—nach 23 Uhr:

Cyrene v. Bergerac

Montag, 29. Februar

20—nach 23 Uhr:

Cyrene v. Bergerac

## Schillertheater

Quälweg, Bismarckstr.

Sonntag, 28. Februar

Montag, 29. Februar

30—gegen 22.45 Uhr:

Die Androske Straße

## Volkstheater

Theat. a. Bismarck

D 1 Norden 2946

Sonntag, 28. Februar

8 und 8 Uhr:

Montag, 29. Februar

8 Uhr:

Fuhrmann Henschel

## Rose-Theater

Große Frankfurter Str. 132

Montag, 28. Februar

3 und 6 Uhr:

Der Bettelstudent

Sonntag, 28. Februar

9 Uhr:

Götter unter sich

Montag, 29. Februar

8.15 Uhr:

Der Bettelstudent

## CIRCUS BUSCH

Int. Wanderzirkus 5840

18gl.: 6 1/2, 8 1/2, 10 1/2

8gl.: 2 1/2, 4 1/2, 6 1/2

## Münz-Theater

Münzstr. 10

Tonfilm-Tageskino

Felix Brassart in

„Der Herr Bürovorsteher“

dazu:

„Schatten der Nacht“

ein Sensationsfilm

Fox tönende Wochenschau

## Theater des Weddings

Müller- Ecke Sellenstraße

„Stürme der Leidenschaft“

mit Emil Jennings, Anna Stea

und das reichhaltige tönende

Beiprogramm

## Pharus Lichtspiele

Müllerstraße 142

K. v. Nagy, W. Fritsch

„RONNY“

dazu:

Ula-Ton-Kabarett

Maria Hey, Hörbiger,

Westermeyer, Dajos Béla

Fox tönende Wochenschau

Anfangszeit: Wochentags 5, 7, 9 Uhr

Sonntags 3, 5, 7, 9 Uhr

## Elysium-Lichtspiele

Prenzlauer Allee 56

Die entzückende Tonfilm-Operette

„Fräulein — falsch verbunden“

mit

Magda Schneider, Joh. Riemann

Auf der Bühne

Georg Bear mit seinem Ensemble

Emelka-Ton-Woche

## Filmpalast Puhlmann

Schönhauser Allee 148

„Mein Herz sehnt sich nach Liebe“ (Der Bellscher)

mit Max Adalbert

Fox tönende Wochenschau

## M \* I \* L \* A

Lichtspiel-Palast

Schönhauser Allee 130

Anny Ondra

in

„Die Fledermaus“

nach der weltberühmten Operette von

Johann Strauß

## Auf der Bühne:

Richard Schwarz

Deutschlands bester Stregreffdichter

Wochentags 5.15 Sonntags 3.15

Kasseneröffnung 1 1/2 Stunde vor Beginn

## Haus Vaterland

Restaurierung

Berlins

BETRIEB KEMPINSKI

## Sachsen

volkshochschule mylau i. v.

montag, den 28. februar, 20 uhr, schloßtheater

gr. kulturfilmvorführung:

„berlin, eine symphonie der großstadt“

und gutes beiprogramm!

auf allen plätzen: mitglieder 50 pf., nicht-

mitglieder 75 pf., erwerbslose 30 pf.

die leitung.

nb.: friebe-vortrag am diensttag!

## Westfalen

Die allerfeinste Butter, den

Besten Käse, Speisequark

kauft man direkt oder in den

Verkaufsstellen der Molkerei

Herrnhut I. Sa.

## Lichtspiele

am Stettiner Bahnhof

Invalidenstraße 127

Tonfilm-Tageskino

Max Adalbert in

„Mein Leopold“

dazu:

„3 Freunde“

ein Sensationsfilm

Fox tönende Wochenschau

## Zwickau

Damen-Schuhe

billig und gut!

LENA

Lack und braune Spangen—Schuhe

schönes Modell . . . . . 4.85

LOTTI

feinfarb. Spangenschuh mit feschler Blattverzierung

5.85

LORE

braune Damen-Schnürschuhe, Original

Goodyear, gedoppelt . . . . . 6.75

## Friedrich Meyer

Reunion Cigarette

Fürst Pückler

1a Qualität rein, mild, nur 5 Pfg.

mit den herrlichen aus Kunstseide gewebten Bildern.

## Werbt Abonnenten!

Weltlichung des gesamten Schulwesens; sein Ausbau auf der Grundlage der Produktionsschule; Ausdehnung der Schulzeit bis zum 18. Lebensjahr ohne Belastung der Eltern; freier Unterricht und Schulverpflegung; Lehrmittelfreiheit; sofortige Aufhebung aller Einschränkungen des Schulbetriebs und der Lehrerentlassungen; Streichung des § 218 des RStGB.

#### 4. Ueberparteiliche Kartelle.

Bei der Propaganda dieser und ähnlicher Tagesforderungen muß die Sozialistische Arbeiterpartei alles daransetzen, überparteiliche Kartelle, Aktionsausschüsse, Einheitskomitees zu schaffen. Nicht ausgedachte neue Organisationsformen, sondern die Zusammenfassung von Vertretungen aller bestehenden Organisationen, soweit sie schon heute bereit sind, den örtlichen Arbeiterblock, die größtmögliche proletarische Einheitsfront zum Zweck gemeinsamer Aktionen zu bilden. Die Aktionsausschüsse, die wirklich proletarische Organisationen, Betriebe, Erwerbslosen-Organisationen usw. verbinden, sind zusammenzufassen; das Ziel muß sein, eine Reichsführung dieser Aktionsausschüsse zu bilden, die eine aktionsfähige Kampflieferung des deutschen Proletariats gegen den Faschismus zu bilden imstande ist. Wenn auch der bürokratische Widerstand der SPD- und KPD-Leitungen heute noch eine solche Zusammenfassung der Klasse mit allen Mitteln zu sabotieren versucht, so muß doch unermüdet und geduldig dieser Widerstand überwunden und von unten auf versucht werden, einen Block aller bestehenden Arbeiterorganisationen, der Parteien, der Splittergruppen, vor allem aber der Gewerkschaften und überparteilichen Massenorganisationen zu bilden.

Die konkrete Aufgabe der Aktionsausschüsse besteht darin, daß unverzüglich und schon heute

1. gemeinsame Demonstrationen und Aufmärsche gegen den Lohnraub, die politische Entrechtung und den Faschismus durchgeführt werden, um das Selbstvertrauen der Arbeiterklasse zu stärken und die Bereitschaft zu weitergehenden gemeinsamen Kampfhandlungen herbeizuführen;

2. durch die Mitglieder aller angeschlossenen Organisationen in Belegschafts- und Gewerkschaftsversammlungen die Bereitschaft geweckt wird zum Streik gegen den Lohnabbau, soweit die notwendigen Vorbedingungen gegeben sind; zum politischen Streik und zum organisierten Schutz der Betriebe, der Arbeiterquartiere, der Veranstaltungen und Einrichtungen der Arbeiterorganisationen — heute im Kampf gegen Ueberfälle und Strafexpeditionen der Faschisten, morgen für den Fall des Eintritts der Faschisten in die Regierung oder für den Fall eines offenen Staatsstreichs;

3. alle Abwehrorganisationen des Proletariats gesammelt werden, und von Betrieb zu Betrieb der Streik gegen die faschistische Machtergreifung, der nur als Generalstreik wirksam sein kann, ideologisch und organisatorisch vorbereitet wird;

4. die Vertreter von Betrieben, deren Belegschaften solche Beschlüsse fassen, den Kartellen angegliedert werden, und die Kartelle ihrerseits die engste Fühlung mit den Betrieben suchen und den Betriebsvertretern einen möglichst großen Einfluß einräumen;

5. Vertreter der Erwerbslosen den Kartellen anschließen und den Erwerbslosen besondere Aufgaben zugewiesen werden;

6. die Kartelle benachbarter Orte und Bezirke untereinander Fühlung nehmen und in geduldiger Werbung unablässig sabotierende oder abseits stehende Organisationen von unten auf und durch persönliche Bearbeitung ihrer Führungen, für die Klassenfront zu gewinnen suchen;

7. in den Kartellen alle Maßnahmen für gemeinsame Aktionen im Einzelnen vorbereitet werden und darüber hinaus ununterbrochen die proletarischen Massen über das Wesen der kapitalistischen Krise und des Faschismus aufgeklärt, das Verständnis für ihre revolutionäre Ueberwindung geweckt, das gemeinsame Kampfprogramm proklamiert und durch jeweils der Aktionsfähigkeit des Proletariats angepaßte Aktionen der proletarische Kampfwille systematisch gesteigert wird.

#### 5. Die Arbeit in den Massenorganisationen.

Neben diesen allgemeinen Aufgaben der Herstellung der Einheitsfront im Kampf gegen den Faschismus hat die Sozialistische Arbeiterpartei in den Gewerkschaften, Sport- und Kulturorganisationen als den wichtigsten Massenorganisationen entscheidende Aufgaben.

Die Freien Gewerkschaften sind das letzte große Bollwerk der Arbeiterklasse als Klasse. Ihre unbedingte Verteidigung und Aktivierung ist eine entscheidende Vorbedingung des erfolgreichen Kampfes gegen Sozialreaktion und Faschismus, gegen die kapitalistische Gesellschaft. Die Tolerierungspolitik und die gewerkschaftliche Praxis der heutigen Gewerkschaftsführung, der planmäßig geführte Kampf der Unternehmer und ihrer Regierung um die Schwächung und Zerschlagung der Gewerkschaften — von der anderen Seite die kommunistische RGO-Politik, drohen die Gewerkschaften aufzubrechen und zu vernichten. Zu ihrer Rettung ist eine Erneuerung und Stärkung von innen her, ein radikaler Kurswechsel der Führung, der nur von den Mitgliedern erzwungen werden kann, nötig. Die Voraussetzungen für diesen Kurswechsel sind trotz der immer weitergehenden Verstrickung der oberen Bürokratie mit dem Staatsapparat heute günstiger als je, die Unzufriedenheit der Mitglieder über die Politik der Tolerierung des Lohnraubes geht bis weit in die Reihen sozialdemokratischer Gewerkschaftsfunktionäre hinein, und immer mehr wird die Bedeutung der Gewerkschaftsopposition für den revolutionären Kampf der Klasse erfaßt, so daß selbst die kommunistische Partei wiederum versuchen mußte, an der „innergewerkschaftlichen Front“ zu arbeiten. Dennoch ist die kommunistische Gewerkschaftspolitik, solange sie gleichzeitig mit der RGO die Spaltung der Gewerkschaften betreibt, zur Unfruchtbarkeit verurteilt und kann die Bildung eines wirklich aktionsfähigen linken Gewerkschaftsflügels nur schädigen.

Die Aufgabe der Sozialistischen Arbeiterpartei ist es, in geduldiger Arbeit in den Gewerkschaften die ehemals in Deutschland so starke revolutionäre Gewerkschaftsopposition wiederherzustellen und so die gewerkschaftlichen Massen zum revolutionären Kampf zu gewinnen. Diese Arbeit muß gemeinsam mit allen oppositionellen Gewerkschaftlern, die gewillt sind, den Kampf gegen den Reformismus

und für die Durchsetzung der revolutionären Taktik zu führen, aufgenommen, und an den aktuellen Aufgaben der Gewerkschaften und der jeweiligen Gesamtsituation orientiert werden. Bei der riesigen Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit ist der nurgewerkschaftliche Kampf, der sich nur gegen den einzelnen Unternehmer oder eine Gruppe von Unternehmern richtet, und sich nur auf einen Betrieb oder einen Teil eines Industriezweiges beschränkt, in den meisten Fällen aussichtslos. Die Verluste an Kampfkraft, die die Gewerkschaften im nurgewerkschaftlichen Lohnkampf hatten, können sie aber durch den revolutionären Einsatz der Organisationen bald zurückgewinnen. Der systematische Kampf gegen den Lohnraub, den Abbau der sozialen Rechte usw. muß heute über den engen gewerkschaftlichen Rahmen hinausführen und zu politischen Kämpfen überleiten. Nicht genügt die schematische Lösung politischer Massenstreiks, es kommt vielmehr darauf an, aus den jeweils gegebenen konkreten Anlässen die politische Massenaktion zu entwickeln, die ohne den Einsatz der Gewerkschaften nicht zur Klassenaktion werden kann. Bei den letzten Wirtschaftskämpfen schon hatte unter Ausnutzung des vorhandenen Streikwillens bei den Gewerkschaftsmitgliedern ein unwiderstehlicher politischer Druck auf die Regierung und den Machtapparat ausgeübt werden können. Gegen die arbeiterfeindlichen Notverordnungen hätten die Gewerkschaften mit einem richtigen Kurs und einer die Klasseninteressen verteidigenden Führung einen gründlichen und für die Ausbeutergesellschaft gefährlichen Widerstand leisten können. Derartige Situationen und Anlässe werden sich bei der heutigen Lage immer rascher wiederholen; es kommt darauf an, diese Gelegenheiten auszunutzen und schon jetzt die Arbeiterklasse und die Gewerkschaften darauf vorzubereiten. In geduldiger Arbeit ist zugleich ein Zusammengehen mit den selbständigen Verbänden (IVFDB usw.) und die Zurückführung der RGO-Mitglieder in die Gewerkschaften, sowie das Eindringen der Gewerkschaften in die Reihen der Unorganisierten vorzubereiten. Diese Aufgabe kann nur der linke Gewerkschaftsflügel, nur eine auf dem Boden der revolutionären Auffassungen stehende Opposition lösen, die sich die unbedingte Kräftigung, Verteidigung und Stärkung der wichtigsten Klassenorganisationen, der Freien Gewerkschaften zum Ziel setzt.

Ähnliche Aufgaben wie in den Gewerkschaften hat die Sozialistische Arbeiterpartei in allen übrigen Massenorganisationen der Arbeiterschaft, vor allem in den Sport- und Freizeitorganisationen, deren unbedingte Erhaltung, Kräftigung und Ausdehnung, deren Revolutionierung und zweckmäßige Eingliederung in die Kartelle und die kämpfende Arbeiterfront erstrebt werden muß.

#### 6. Uebergangsforderungen.

Wenn die Sozialistische Arbeiterpartei in diesem Geiste und in ständiger Verbindung mit ihrem Endprogramm die Tageskämpfe führt, werden bald Situationen entstehen, die dem Endkampf unmittelbar vorausgehen. Auch auf diese Situationen ist das Proletariat vorzubereiten. Uebergangslösungen sind schon heute zu propagieren; ihr Zweck ist, alle, vor

allem die reformistischen Arbeiter nicht nur durch Agitation und Propaganda, sondern durch die eigenen Erfahrungen im Tageskampf um Teilforderungen von der Notwendigkeit der Hinausführung der Tageskämpfe über den Rahmen des bürgerlichen Staates zu überzeugen. Diese Lösungen sind keine sozialistischen Endlösungen. Ihre Durchführung würde jedoch bereits die Grenzen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse überschreiten und die Grundfesten der politischen Macht der Bourgeoisie erschüttern. Auch sie knüpfen an die augenblickliche konkrete Lage der Arbeiterklasse an, müssen von ihr aus entwickelt und näher bestimmt werden.

Zwischen der Februar- und Oktoberrevolution in Rußland war die wichtigste Uebergangslösung die Arbeiterkontrolle der Produktion: die Forderung, daß die Gewinne, Einkommen und Vermögen der großen und größten Banken, der Finanz-, Handels- und Industriemagnaten in die Hände des Volkes übergeben werden; daß die Arbeiter die Kontrolle der Produktion und die Verteilung der produzierten Werte in den Hungergebieten überwachen sollten; daß die Gewerkschaften das Recht der Untersuchung und der Vorlage aller Handels- und Bankbücher und aller Betriebsangaben erhalten; weiter die Kontrolle der Finanz- und Bankoperationen, die Umwandlung der bestehenden Kontrolle in eine vollkommene Regelung der Produktion und der Verteilung durch die Arbeiter; endlich die planmäßige Durchführung der Uebergabe der gesamten Staatsgewalt in die Hände der Sowjets.

Auch in der gegenwärtigen konterrevolutionären Situation in Deutschland kann die Arbeiterklasse angesichts der Verwüstungen der Kriege und der Korruption der Monopolkapitalisten an den im Tageskampf aufgestellten Forderungen die Notwendigkeit der allgemeinen Kontrolle der Produktion durch die Arbeiterorganisationen propagieren und damit den späteren Uebergang von der Defensiv- in die Offensive vorbereiten. Sie muß gleichzeitig in der Verteidigung gegen den Faschismus als Uebergangslösung die Wehrhaftmachung und die Bewaffnung des Proletariats fordern und auf den politischen Generalstreik vorbereiten.

\*

Indem die Sozialistische Arbeiterpartei diese Aufgaben erfüllt, gestützt auf die in diesem Programm entwickelten marxistischen Grunderkenntnisse; indem sie von diesen Erkenntnissen aus — stets auf das revolutionäre Ziel gerichtet — ihre Aktionen fortlaufend den Veränderungen der gesellschaftlichen Situation anpaßt, hilft sie, das Proletariat reif zu machen zum revolutionären Befreiungskampf, gibt sie ihm in der Revolution die zielklare politische Führung, die nicht gefordert, die nur im Kampfe selbst erworben werden kann.

Diesem Kampfe dient das ganze Wirken der Sozialistischen Arbeiterpartei. Zu diesem Kampfe ruft sie an jedem Tag und in jeder Stunde, indem sie einhämmernd in die Köpfe der Proletarier:

Ihr habt nichts zu verlieren als eure Ketten, aber ihr habt eine Welt zu gewinnen!

## II. Vorschlag von Fritz Lewy und Eduard Weckerle

### Einführung

Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, gestützt auf die Lehren des wissenschaftlichen Sozialismus, dessen Erkenntnisse durch die Erfahrungen eines halben Jahrhunderts bestätigt werden, gibt sich im Bewußtsein der gewaltigen Aufgaben, die dem deutschen Proletariat im Befreiungskampfe der gesamten Arbeiterklasse zufallen, folgendes Programm:

Die Arbeiterklasse steht in einem entscheidenden Wendepunkt. Eine Krise von nie erlebter Wucht durchtobt die Welt und bedroht die gesamte Menschheit mit Untergang. Dutzende von Millionen Menschen sind aus dem Arbeitsprozeß gestoßen, auf anderen Millionen lastet der Fluch der Kurzarbeit, Löhne und Gehälter sind bis unter die Existenznotwendigkeiten gesenkt, die sozialen und politischen Rechte bis zur völligen Entwertung abgetragen. Ein äußerer Wohlstand ist abgelöst durch eine grauenhafte, stets weitere Kreise ziehende Not, jede Existenzsicherheit ist untergraben. Die gerühmte bürgerliche Ordnung hat einem Chaos Platz gemacht. Erbitterter als je scheiden sich die sozialen Klassen und ringen miteinander um die Macht, auf der einen Seite die um den Fortbestand ihrer Herrschaft besorgte Bourgeoisie, auf der anderen Seite das soziale und politische Fesseln geschlagene Proletariat.

Da die politische Macht der herrschenden Klasse nur durch Aufhebung ihrer ökonomischen Monopolstellung gebrochen werden kann, hat das Proletariat die Aufgabe, die kapitalistische in eine neue Ordnung zu überführen, die das Privateigentum an den großen Produktionsmitteln aufhebt, sie in die Hände der Allgemeinheit überführt und damit die Voraussetzung schafft, die kapitalistische Marktwirtschaft durch eine sozialistische Planwirtschaft zu ersetzen.

### I. Die wirtschaftliche Krise.

Die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise unterscheidet sich von allen früheren Krisen nicht nur an Umfang und Dauer, sondern auch durch ihren Charakter. Einmal trifft sie den Kapitalismus in einer Struktur, die ihn den Zugriff zu den früheren Krisenventilen verschließt, da seine Monopolorganisationen ihn der früheren Elastizität beraubt haben, und zum andern hat der Kapitalismus den Scheitelpunkt seiner Entwicklung endgültig überschritten. Der Weltmarkt erweist sich einer weiteren Ausweitung mit den üblichen kapitalistischen Mitteln nicht fähig. Demgemäß sind Krisen heute auch nicht mehr lediglich Prozesse der Anpassung und des Ausgleichs vorübergehender Störungen, sondern in ihnen kommen die dem Kapitalismus innewohnenden Widersprüche — auf der einen

Seite Zwang zur Entwicklung der Produktivkräfte, auf der anderen Zwang zu gesteigerter Ausbeutung der Arbeitskraft — zur vollen unausgleichbaren Entfaltung. Die kapitalistischen Krisen schlagen um in Krisen des kapitalistischen Systems selbst. Der schon im „Kommunistischen Manifest“ von Karl Marx und Friedrich Engels vorausgesehene Zeitpunkt, wo die vom Kapitalismus selbst geweckten Produktivkräfte gegen die kapitalistischen Gesellschaftsverhältnisse, d. h. die Eigentumsverhältnisse rebellieren und somit die kapitalistische Gesellschaftsordnung mit den elementarsten Menschheitsinteressen in einen unverträglichen Widerspruch gerät, ist herangerückt.

Die Krise beschränkt sich nicht allein auf den Bezirk der Industrie, sondern wälzt sich mit fast noch elementarerer Wucht auch über auf die Agrarwirtschaft der ganzen Welt. In der Form der Maschine hat der Kapitalismus sich auch diesem Wirtschaftsbezirk unterworfen und das Schicksal der Landwirtschaft mit dem eigenen unlösbar verbunden. Auch hier darum dieselbe Erscheinung wie in der Industrie: ungeheurer gesteigerter Produktivität bei gleichzeitig schrumpfenden Märkten, weil die Menschheit der notwendigen Kaufkraft zur Erzeugung der Produkte entbehrt. Die Menschheit wird von ihrem eigenen Reichtum erdrosselt. Ihre Not ist nicht ein Resultat des Mangels, sondern des Ueberflusses, da jeder Fortschritt im Kapitalismus sich allemal in einen öffentlichen Notstand verwandelt.

Beide Krisen stehen in engem Zusammenhang mit dem Weltkrieg. Dieser hat nicht nur das kapitalistische Weltwirtschaftsgefüge jahrelang zerrissen und in diesem selbst große Strukturstörungen verursacht, sondern er hat vor allem — dank der in ihm aufgehäuften Riesenprofite — eine sonst sich auf viele Jahrzehnte verteilende Entwicklung in wenige Jahre zusammengedrückt und damit die Laufbahn des Kapitalismus und sein Ende selbst entsprechend beschleunigt. Es sind dieselben Ursachen, die diese gewaltige Ausweitung der Produktivkräfte erst erlaubt haben, die nun auch ihrer Verwertung zum Nutzen der Allgemeinheit entgegenstehen. Der Krieg hat alle Länder mit fast unvorstellbaren Schulden überzogen, deren Verzinsung und Tilgung in allen kapitalistischen Ländern auf die besitzlosen Massen abgewälzt worden sind und diesen größte Entbehrungen auferlegen. Die Deutschland auferlegten Reparationen sind nur ein kleiner Teil-Ausschnitt dieser Gesamtverschuldung.

In ihrem Fortgang hat die Krise ständig weitere Bestandteile des kapitalistischen Wirtschaftssystems erschüttert. Nicht nur ist der Fluß der Kredite fast völlig ins Stocken ge-

kommen, sondern auch das Währungssystem ist aus den Fugen geraten, wodurch die Krise selber wieder neuen Auftrieb erhalten hat. Alle Länder ohne Ausnahme sind bestrebt, sich gegen die Folgen zu schützen, indem sie ihre Grenzen durch Zölle, Kontingentierungen, Devisenordnungen usw. gegen Einfuhren versperren, was zwar wohl dem einzelnen Land vorübergehend eine Entspannung gestatten mag, aber die Ueberwindung der Krise im Weltmaßstab nur um so schwieriger macht, da hierdurch der Weltmarkt verkleinert wird, demgemäß vergrößert sich wieder der allgemeine Zwang der kapitalistischen Länder, sich gewaltsam Tore zum Welthandel zu öffnen mit allen seinen Folgen, angefangen von der verstärkten Drosselung des inländischen Konsums bis zu einer riesigen Ausdehnung der Kriegsrüstungen und schließlich dem Uebergang vom wirtschaftlichen zum militärischen Krieg, wie überhaupt jede Wirtschaftskrise immer die Gefahr bewaffneter Auseinandersetzungen in sich trägt.

### II. Rußland.

Mit der russischen Oktoberrevolution ist ein völlig neuer Faktor in die Geschichte eingetreten. Die Kette, die der Kapitalismus um den Erdball geschmiedet hat, ist an einer entscheidenden Stelle gesprengt. Das Privateigentum an den großen Produktionsmitteln ist in Rußland aufgehoben und damit auch die Bourgeoisie. In Rußland herrscht das Proletariat und übt die Macht mittels einer Diktatur aus, die eine Diktatur für das Proletariat ist. Ein neues System der wirtschaftlichen Ordnung ist in Rußland im Werden. Rußland steht im Begriff, die Grundlagen für eine sozialistisch geordnete Wirtschaft zu schaffen.

Für den Weltkapitalismus wirkt sich der Bestand Sowjetrußlands als eine Schmälerung seines Betätigungsraumes aus. Die freien kapitalistischen Beziehungen sind zerrissen. Ein Außenhandelsmonopol regelt in Rußland Einfuhr und Ausfuhr und nimmt dem Kapitalismus die Möglichkeit, sich nach seinen eigenen Interessen zu entfalten.

Außer diesen, den Kapitalismus wirtschaftlich einwirkenden Wirkungen hat der Bestand von Sowjetrußland eine gewaltige psychologische und damit politische Bedeutung. Sowjetrußland ist ein unablässig herausfordernder Hinweis auf die Sterblichkeit und Vergänglichkeit des Kapitalismus.

Nicht zuletzt aus diesem Grunde ist stets die Gefahr einer geschlossenen Aktion aller kapitalistischen Staatengruppen gegen Sowjetrußland gegeben. Die Arbeiterklasse muß stets gerüstet sein, einem derartigen Angriff zu wehren. Sie muß sich in diesem Falle

rückhaltlos schützend vor Sowjetrußland stellen. Vor allem aber: sie muß wissen, daß der beste und einzig wirksame Schutz des proletarischen Rußlands der proletarische Sieg in jedem einzelnen Lande ist.

### III. Die deutsche Krise.

Unter allen industriellen Großstaaten wird Deutschland von der Krise am heftigsten gewürgt. Deutschland steht in seiner kapitalistischen und technischen Entwicklung in der vordersten Reihe aller Länder. Es ist nicht nur mit den meisten, sondern auch mit den mächtigsten Monopolen gebildet durchsetzt und hat die Rationalisierung am weitesten und intensivsten durchgeführt. Demgemäß sind in Deutschland die früheren Ausweichungsmöglichkeiten aus der Krise auch noch viel weniger gegeben als in den meisten übrigen Ländern, was sich besonders in der Starrheit des Preisniveaus auswirkt.

Verschärfend tritt hinzu, daß der deutsche Kapitalismus als Folge seiner seit Jahrzehnten durchgeführten Schutzzollpolitik eine technisch völlig in Rückstand geratene Großlandwirtschaft durchschleppen und unter ungeheuren direkten und indirekten Aufwendungen künstlich am Leben erhalten muß, wodurch einmal die öffentlichen Finanzen zusätzlich belastet und andererseits die Lebenshaltungskosten in Deutschland weit über das Weltmarktniveau hinaufgetrieben werden, was die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands auf dem Weltmarkt entsprechend mehr beeinträchtigt. Als ausgesprochenes Exportland ist es mehr als alle anderen Länder dem Druck ausgesetzt, der sich aus den allgemeinen gewollten und ungewollten Drosselungen des Welthandels ergibt.

Im Gegensatz zu den anderen führenden Großstaaten verfügt der deutsche Kapitalismus in Verhältnis zu seiner technischen Apparatur nur über eine schwache Kapital- und Kreditbasis. Wohl flossen auch in Deutschland die Kriegsgewinne, aber diese fanden den Weg fast ausschließlich in die Kriegsindustrie und verfielen mit dessen Abschluß und dem in Versailles diktierten Zwang zur Abrüstung größtenteils der Entwertung. Die Inflation wieder führte eine allgemeine Enteignung des Mittelstandes herbei und zehrte die inneren Kapitalreserven weitgehend auf.

Ein wesentlicher Faktor der Krise in Deutschland, dessen Staatsschuld hinter der anderer kapitalistischer Länder (Frankreich — England) zurückbleibt, ist die Verschärfung der Kreditkrise durch die nationalistische Revanchepolitik, die besondere Unsicherheit schafft und Entzug des Leihkapitals wie Kapitalflucht hervorgerufen hat.

Der Heftigkeit der wirtschaftlichen Krise entspricht in Deutschland die besondere Zuspitzung der sozialen und damit der politischen Krise. Unter allen industriellen Großstaaten hat sich darum die Herrschaftsform der Bourgeoisie am meisten der offenen Diktatur genähert, wie hier auch die Klassengegensätze die weitest schärfste Zuspitzung aufweisen.

#### IV. Die soziale Krise.

Überall hat die Wirtschaftskrise, je länger, desto mehr, in eine soziale Reaktion umgeschlagen. Mit ihr versucht der Kapitalismus die Folgen der Krise von sich auf die Schultern der wirtschaftlich Schwachen abzuwälzen, wobei in allen kapitalistischen Ländern der Staat als offener Sachwalter des Kapitals auftritt.

Die Not ergießt sich unterschiedslos über Arbeiter, Angestellte, Beamte und Kleingewerbetätige. Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit haben nie erlebte Ausmaße angenommen und gleichzeitig wird diesen Opfern des Kapitalismus der soziale Schutz ständig mehr entzogen. Die deutsche Arbeitslosenversicherung, noch vor wenigen Jahren der Stolz der deutschen Gewerkschaften und der Sozialdemokratie, wird fortgesetzt verschlechtert und erhält immer mehr den Charakter einer völlig unzulänglichen Fürsorge. Nicht anders ist es um die übrigen Sozialversicherungen bestellt. Vor allem aber: Es besteht keine Aussicht, daß diese Millionen Arbeitslosen im Kapitalismus jemals wieder zu Arbeit und Brot kommen. Die Arbeitslosigkeit ist zur Dauererscheinung geworden. Der von Marx beschriebene Zustand, daß die Kapitalisten ihre Sklaven ernähren müssen, statt von ihnen genährt zu werden, ist grausame Wirklichkeit.

Mit den Arbeitern, Angestellten und Beamten teilen auch die Bauern dieses Elends. Alle Maßnahmen, die angeblich zum Schutze der Landwirtschaft ergriffen werden, kommen heute immer nur dem Großgrundbesitz zugute, und ruinieren noch die Wirtschaftsbetriebe der Klein- und Mittelbauern. Während die Preise für Vieh und Viehprodukte tief gefallen sind, werden den Bauern die Futtermittel durch den der Aufrechterhaltung des lebensunfähigen Großgrundbesitzers dienenden Zollschatz immer mehr verteuert. Gleichzeitig hat der Bauer für landwirtschaftliche Geräte und Düngemittel überhöhte Monopolpreise zu bezahlen.

Nicht besser geht es dem Mittelstand. Auch er wird zwischen den Mühlrädern der Monopolgewaltigen aufgerieben und versinkt je länger desto rascher und unaufhaltsamer in die Reihen des Proletariats. Der Entwicklungsraum des Mittelstandes zwischen Monopolkapital und Proletariat ist immer mehr eingeengt worden. Große Teile der „Selbständigen“ sind tatsächlich nur Angestellte des Monopolkapitals. Kleinhandel und Kleingewerbe sind übersetzt und werfen nur noch Einkommen ab, die sich den proletarischen nähern, wenn nicht gar diese unterschreiten.

Der Anhäufung des Elendes auf der einen Seite entspricht die Anhäufung des Reichtums auf der anderen. Elend und Not der großen Massen stehen in schreiendem Widerspruch zum frohen Luxus der Besitzenden.

#### V. Die Krise der Parteien.

##### a) des Bürgertums

Im Maße ihres Fortschreitens hat die soziale Krise in Deutschland die alten Parteien des Bürgertums immer mehr aufgelockert. In hellen Scharen kehren ihnen die Wähler den Rücken und verfallen einem kleinbürgerlichen Radikalismus, der, keine Zukunft vor Augen, sich in die Vergangenheit flüchtet und kapitalistische Zustände zum Ideal erhebt. Im selben Maße verringert sich die gemeinschaftliche Basis des Kapitalismus. Demgemäß erweist sich auch die parlamentarische Demokratie als stets ungeeigneter zur Sicherung der Herrschaftstellung des Kapitalismus und wird immer offener durch das Mittel der Diktatur ersetzt. Gleichzeitig hat das Finanz- und Industriekapital in der nationalsozialistischen Bewegung eine Auffangstellung für die sich vom Kapitalismus abwendenden bürgerlichen Massen geschaffen, wobei nicht nur an die niedrigsten Instinkte des Nationalismus und Rassenhasses appelliert wird, sondern bewußt die Schuld an dem sozialen Abstieg dieser Schichten von dem wahren Urheber, dem Kapitalismus, abgelenkt und dem „Marxismus“ zugeschoben wird.

##### b) des Proletariats.

Niemals in der neueren Geschichte war der sozialistischen Bewegung eine solche Chance gegeben wie in dieser Krise. Als die einzige Bewegung, die zugleich diese Entwicklung seit Jahrzehnten vorausgesehen hat und den Weg zu einer neuen, zum historischen Zwang gewordenen Ordnung weist, war sie zum natürlichen Erben der sterbenden Parteien des Bürgertums erhoben. Statt dessen haben die Parteien, die bisher in Deutschland Träger der sozialistischen Bewegung waren, nicht nur nichts von dieser Auflösung des Bürgertums geerbt, sondern sind insgesamt noch geschwächt und zum Teil selbst von diesem Zerfall betroffen worden.

Das gilt vor allem von der größten Partei des deutschen Proletariats, der Sozialdemokratie, die sich aus einer revolutionären Partei immer mehr zu einer kleinbürgerlichen Reform-Partei entwickelt hat. Statt der Eroberung des Staates als Voraussetzung der notwendigen Umwandlung seiner Produktions- und Eigentumsordnung hat sich die Sozialdemokratie zur praktischen Aufgabe gestellt, diesen zu erhalten in der alle marxistische Erkenntnis verleugnenden Erwartung, diesen durch Einbau von Reformen mit den Interessen des Proletariats in Einklang bringen zu können. Der Ausbruch der Krise hat diese Erwartung endgültig in das Reich der Illusionen verwiesen. Nicht nur hat sich der Kapitalismus aller ihm abgenötigten Reformen schon unter dem ersten Druck der Krise entledigt, sondern diese Krise leitet für den Kapitalismus auch jene Phase ein, da er bei Strafe seines eigenen Untergangs zu der höchstmöglichen Steigerung der Ausbeutung gezwungen ist und keine soziale Rücksichten mehr gelten lassen kann. Andererseits hat sich die Sozialdemokratie in der Öffentlichkeit immer wieder so oft und so überschweblich ihrer entscheidenden Machtstellung in der Republik gerühmt, daß sie schon hierum den

breiten, durch die Krise aus ihrer politischen Ruhelage aufgeschreckten Volksschichten als verantwortliche erscheint. Dieser Geltung der Sozialdemokratie ist es auch zuzuschreiben, daß die vorliegende Behauptung, der „Marxismus“ habe den herrschenden wirtschaftlichen Niedergang entscheidend verursacht, heute auf einen so fruchtbaren Boden fällt.

So hat die Sozialdemokratie — wenn auch wider Willen — den Nationalsozialismus als Massenbewegung erst ermöglicht, und so ist sie, entgegen dem Klasseninteresse und dem Willen der Mehrzahl ihrer Mitglieder und Anhänger zu einer konservativen, gegen das Klasseninteresse des Proletariats vorstoßenden Kraft geworden und scheidet als Führerin des Proletariats aus. Nur unablässiges Ringen um die Gesinnung der sozialdemokratischen Mitglieder für den Klassenkampf des Proletariats und deren ebenso unablässige ideologische Aufrüttelung kann erwirken, daß diese sich der reformistischen Führung entwinden, und damit der Gefahr begegnen, daß die Sozialdemokratie im entscheidenden Augenblick dem um seine Befreiung kämpfenden Proletariat offen in den Rücken fällt.

##### c) Das Versagen der KPD.

Auf der anderen Seite ist es der Kommunistischen Partei weder gelungen, die Massen der Neoproletariat aufzufangen, noch die Führung der sozialistischen Massen zu gewinnen. Die Abhängigkeit von der durch die russische kommunistische Partei beherrschten Dritten Internationale, der immer wiederholte Versuch, die russischen Erfahrungen kritiklos auf Deutschland zu übertragen, die Abhängigkeit ihrer politischen Linie von den inner-russischen Fraktionskämpfen, ihre Bürokratisierung hatten dazu geführt, daß ihre Politik in sektiererischen Fraktionskämpfen aussartete. Sie hat sich von den Massen isoliert und Gelogenheit gegeben, sie von den Massen der Gewerkschaftsmitglieder zu isolieren; sie hat durch ihre Taktik die Sport- und Kulturorganisationen gespalten. Stark genug, um einen großen Organisationsapparat aufrecht zu erhalten, ist die kommunistische Partei doch nicht stark genug, um selbständige Kämpfe zur Abwehr des Faschismus, der politischen und wirtschaftlichen Reaktion durchzuführen. Aber sie sabotiert aus kurzfristigen Organisationsinteressen die Herausbildung einer Klassenfront des deutschen Proletariats, indem sie die sozialdemokratischen Arbeiter, die sie „Sozialfaschisten“ nennt, abstößt und deren Bürokratie die gewünschte Gelegenheit gibt, nun ihrerseits die Klassenfront zu sabotieren.

Durch Aufnahme nationalistischer Formeln und Parolen wie Weltrevolution, Befreiungskampf gegen die Tribute und sogar offene Bündnisangebote an die Nationalsozialisten, trägt die kommunistische Partei dazu bei, die Verwirrung im proletarischen Lager zu steigern und in ihm den Boden für den Nationalsozialismus vorzubereiten.

#### VI. Der kapitalistische Ausweg aus der Krise.

##### a) Niemals ausweglose Lagen.

Die Lage der Bourgeoisie ist niemals ausweglos. Auf Kosten des Proletariats wird sich immer ein Ausweg finden lassen, sofern nur das Proletariat gezwungen werden kann, diese Lasten zu tragen. Der Kapitalismus bricht nicht von selbst zusammen, sondern kann nur durch den organisierten Widerstand der Arbeiterklasse gestürzt werden. Jeder kapitalistische Ausweg, den die Bourgeoisie aber einschlägt kann nur dazu führen, daß die Krise auf höherer Stufenleiter wiederkehrt und noch umfassender und durchgreifender zur Auswirkung gelangt. Damit muß jede kommende Krise für die Bourgeoisie die Gefahr des Umschlagens der wirtschaftlichen und sozialen Krise in die politische und damit in die soziale Revolution verstärken.

##### b) Die Entschuldung des Kapitals.

Jede Krisenlösung muß letzten Endes eine ungeheure Kapitalvernichtung enthalten. Nur die Vernichtung des Kleinkapitals und Abschreibung des zinstragenden Leihkapitals kann neben der vermehrten Ausbeutung zu einer neuen Rentabilität des Kapitals und damit zu einer Ankurbelung der kapitalistischen Wirtschaft führen.

Je mehr dieser Entschuldungsprozeß künstlich durch Monopolorganisation verschleppt wird, desto mehr werden die nichtmonopolisierten Wirtschaftszweige von der Krise betroffen, desto größer wird schließlich die notwendige Kapitalvernichtung sein. Gelingt es nicht mehr, durch eine Deflation ausreichend diese Kapitalvernichtung durchzuführen, so wird diese in eine Inflation umschlagen müssen, um den Widerstand der Kapitalisten gegen die Gesetze ihrer eigenen Wirtschaftsordnung zu brechen.

##### c) Verständigung der Kapitalisten.

Die Erschütterung des Weltkredit-Systems, die Rebellion der Rentner gegen die kapitalistischen Gesetze, die gegensätzlichen Interessen der verschiedenen weit entwickelten und durchkapitalisierten Staaten macht eine Verständigung der Kapitalisten der verschiedenen kapitalistischen Länder unmöglich. Der Kampf zwischen den einzelnen Volkswirtschaften wird vielmehr immer heftiger und droht vom Handels-, Währungs- und Kreditkrieg in den politischen Krieg, schließlich in einen neuen Völkermord, umzuschlagen.

Daher versagen auch alle Friedenspakete und sonstigen Sicherungen des Weltfriedens. Der Völkerbund wird ersetzt durch direkte Konferenzen und Abmachungen der Regierungen; er wird immer einflussloser und immer mehr zu einem Deckmantel des Konkurrenzkampfes und der Kriegsvorbereitung.

##### d) Der imperialistische Krieg.

Auf der Suche nach einem Ausweg aus der Krise werden die imperialistischen Interessen der kapitalistischen Länder immer mehr in den Vordergrund der Außenpolitik der Länder gerückt. Die Erschließung neuer Märkte, die Niederhaltung kolonialer Freiheitsbewegung, die Beschlagnahme der Kolonialgebiete und ihre Neuverteilung werden auf die Tagesordnung der Außenpolitik gesetzt. Im krampfhaften Versuchen nach neuen Absatzgebieten für Waren- und Kapitalexport zur Sicherung

des Rohstoffexports werden keine Mittel, auch nicht die der Gewalt, abgelehnt.

Gleichzeitig wird die aktive Außenpolitik als Deckmantel für die innenpolitische Reaktion benutzt, um den Widerstand der Massen gegen ihre Ausbeutung abzulenken.

Im Rahmen der kapitalistischen Ordnung ist jeder Krieg ein imperialistischer Krieg. Das Proletariat kann sich daher auch nicht durch den Anschein eines Verteidigungskrieges darin beirren lassen, dem Krieg selbst den Krieg anzusetzen, dem Ausbruch des Krieges mit allen Mitteln entgegenzuarbeiten — wenn er dennoch ausbricht — ihn rücksichtslos zur Eroberung der Macht auszunützen.

Das Proletariat kann erst ein Land verteidigen, das von ihm selbst beherrscht wird.

##### e) Der Faschismus.

Welchen Ausweg die Bourgeoisie auch sucht und findet, sie kann nicht darauf verzichten, sich gegen den Widerstand des Proletariats durch ihre Gewaltmittel zu sichern. Sie baut daher ihren Staatsapparat immer mehr als Gewaltorgan ihrer Klassenherrschaft aus. Sie versichert sich ihres Polizei- und Militärapparates durch Sondervergünstigungen und durch Vorrechte für den gesamten Staatsapparat.

In dieser Hinsicht sind der Bourgeoisie durch die ständig weitere Kreise ziehende Finanzkrise Grenzen gezogen, die sie so gar zwingen, einen Teil der Krisenlast auf den unteren Verwaltungsapparat erstmalig abzuwälzen. Sie schafft sich daher an deren Stelle Bundesgenossen in der nationalsozialistischen Bewegung, deren Verbindung mit dem Staatsapparat gegenüber der bisherigen parlamentarischen oder doch scheinparlamentarischen Regierungsform zu einer offenen Regierung der Gewalt, zum Faschismus, führen wird als den politischen Ausdruck der wirtschaftlichen Uebermacht des zusammengeballten und monopolisierten Kapitals.

#### III. Teil: Der sozialistische Ausweg.

##### 1. Der Staat.

Der Staat ist der Apparat, den eine herrschende Klasse zur Niederhaltung einer anderen schafft, um deren Ausbeutung zu sichern. Die eigentlichen staatlichen Funktionen sind daher nicht die Verwaltungsaufgaben, die die Bürokratie, die Justiz, Polizei, die Armee zu erledigen haben, sondern die Sicherung von Ruhe und Ordnung, d. h. die Aufrechterhaltung der bestehenden Klassenordnung.

Da eine herrschende Klasse niemals freiwillig abdankt, kann der Kampf zwischen den Klassen niemals friedlich ausgetragen werden, sondern muß sich unvermeidlich in erbitterten Klassenkämpfen und schließlich in politischen Revolutionen entladen, sobald für die einer dauernden Revolutionierung unterworfenen Produktivkräfte der Gesellschaft die bestehenden Produktionsverhältnisse zu eng geworden sind.

##### 2. Die Machteroberung.

Der Charakter des Staates als Instrument der Unterdrückung ist unabhängig von seiner äußeren Form, da sich erfahrungsgemäß die herrschende Klasse sofort über alle verfassungsmäßigen Rechte hinwegsetzt, wenn sich diese gegen ihre Herrschaft kehren. Die SAP sieht daher die Aufgabe der Arbeiterklasse in der Herstellung einer klaren, anti-kapitalistischen Front, deren Ziel es ist, die Staatsmacht für das Proletariat zu erobern und den Staatsapparat so umzugestalten, daß er der Herstellung neuer, klassenloser sozialistischer Gesellschaft dienen kann. Sie betrachtet die drohenden Grundrechte der Presse-, Versammlungs- und Koalitionsfreiheit als Kampfmittel der Arbeiterklasse, die von ihr mit allen Kräften zu verteidigen sind, und ist entschlossen, sowohl im Parlament, wie vor allem mit außerparlamentarischen Mitteln auf die Überwindung der bestehenden kapitalistischen Diktatur hinzuwirken, der Gewalt und dem Terror d. s. verstecken wie des offenen, des legalen wie des illegalen Faschismus den gesammelten Widerstand der klassenbewußten Arbeiterklasse entgegenzustellen und im gegebenen Augenblick den Abwehrkampf umzuwandeln in den proletarischen Befreiungskampf, durch welchen im Interesse der großen Mehrheit der Bevölkerung die Macht der herrschenden Minderheit gebrochen wird und durch das zur Herrschaft gelangte Proletariat die klassenlose sozialistische Gesellschaft vorbereitet wird.

##### c. Der Faschismus darf nicht zur Macht.

Gelänge es dem Faschismus, zur Macht zu gelangen, so wird er die außenpolitische Lage Deutschlands erschweren, die Wirtschaftskrise verschärfen und die Versprechungen an seine Parteigänger daher auch nicht einhalten können. Vor die Gefahr des Abwärtsstiegs gestellt, wird er daher versuchen, sich mit den brutalsten Mitteln der Gewalt an der Macht zu halten. Er wird die Arbeiterorganisationen zerstören, ihre revolutionär-aktiven Kräfte vernichten. Es besteht daher die Gefahr, daß die Kampfkraft des Proletariats auf lange Zeit, ja auf Generationen hinaus geschwächt wird.

Unter keinen Umständen darf das Proletariat zulassen, daß es dem Faschismus gelingt, die Staatsmacht zu erobern. Der Faschismus muß vorher bereits geschlagen werden.

##### d. Parole: Klassenfront gegen den Faschismus.

Unbeschadet der sonstigen taktischen oder grundsätzlichen Gegensätze der politischen Gruppen des Proletariats haben sie außerdem doch ein gemeinsames Interesse zur Abwehr des Faschismus. Da die Gefahr besteht, daß der Faschismus zur Macht gelangt, ehe eine der bestehenden politischen Arbeiterorganisationen stark genug ist, um von sich allein den Kampf aufzunehmen und die ganze Arbeiterklasse in diesen Kampfeinzugliedern, muß die Kraft daran gesetzt werden, eine Einheitsfront der Arbeiterorganisationen aller Richtungen zu schaffen. Durch unablässige Propaganda dieses Gedankens und durch gemeinsame Aktionen für bestimmte gemeinsame Aufgaben muß erreicht werden, daß die Arbeiter in allen Organisationen, Betrieben und Stempelstellen für diese Klassenfront gewonnen werden und

den Druck auf ihre Organisationen und ihre Organisationsleiter in derselben Richtung ausüben.

##### e. Die Eroberung der Staatsmacht.

Nur ein geeintes Proletariat wird imstande sein, den Kampfwillen in den großen Massen zu erwecken, ihnen Selbstvertrauen zu geben und auch die proletarischen Randschichten, Bauern und Mittelständler, der politischen Führung des Proletariats zu unterstellen. In dem Maße, als es gelingt, in der gemeinsamen Aktion die Passivität der enttäuschten Massen zu überwinden, wird es auch möglich sein, den Abwehrkampf in einen Angriffskampf umzuwandeln.

Die Eroberung der Staatsmacht für das Proletariat, die Ausübung der proletarischen Klassenherrschaft ist die erste und grundlegende Voraussetzung für die Beseitigung des kapitalistischen Privateigentums an den großen Produktionsmitteln und die Umwandlung der kapitalistischen Marktwirtschaft in eine sozialistische Planwirtschaft. Dieser Periode der revolutionären Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaft in die sozialistische entspricht auch eine politische Uebergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann, als die revolutionäre Diktatur des Proletariats.

##### 3. Die Machtbehauptung.

Die Ausbildung der Räte als Organe des um die Staatsmacht kämpfenden Proletariats schon im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ist nur möglich, wenn durch die ökonomischen Verhältnisse vor dem Sturz der herrschenden Klasse eine Periode eintritt, in der die Bourgeoisie nicht mehr stark genug ist, allein die Macht auszuüben, das Proletariat noch nicht stark genug, allein die Macht zu übernehmen. In dieser Periode kann es dem Proletariat gelingen, unbeschadet der übrigen Besitzordnung bereits eine wirksame Produktionskontrolle auszuüben und die Räte der Arbeiterschaft zu fungierenden Organen ihrer Machtstellung auszugestalten.

In dem Maße, wie der Aufbau des Sozialismus fortschreitet, der Widerstand gegen das proletarische System schwindet und die Gefahr einer Gegenrevolution beseitigt ist, wird die Arbeiterklasse Schritt für Schritt die politische Demokratie herstellen und erweitern. Indem sie die Klassenordnung beseitigt, schafft sie schließlich eine gesellschaftliche Ordnung, in der die Massen sich selbst verwalten, der Gegensatz zwischen Hand- und Kopfarbeit schwindet, die Ungleichheiten des Einkommens und der Bildung aufhören; sie schafft damit die Voraussetzung für eine wirkliche politische Demokratie und ihre Vollendung in einer sozialen Demokratie.

Damit wird auch der staatliche Gewaltapparat überflüssig, der Staat stirbt ab und macht einem Gemeinwesen der Freien und Gleichen der kommunistischen Gesellschaft Platz. Die Menschheit hat den Sprung vom Reiche des Zwanges in das Reich der Freiheit vollzogen. Die Vorgeschichte der Menschheit ist beendet, die wirkliche Geschichte der Menschheit beginnt.

Zur Ausübung seiner Herrschaft kann sich das Proletariat des bürgerlichen Staatsapparates nicht bedienen, sondern muß andere Organe an dessen Stelle setzen. Entsprechend den Grundsätzen einer proletarischen Demokratie, die das tatsächliche Selbstbestimmungsrecht der Massen zu verwirklichen hat, ist die Neuorganisation der Uebergangsperiode auf der Grundlage des Räteystems in Angriff zu nehmen, wobei der Doppelaufgabe des wirtschaftlichen Aufbaus und Ausübung der politischen Macht auch ein doppelseitiger Aufbau der Räte als wirtschaftliche und politische Organe unter gemeinsamer Zusammenfassung entsprechen muß. In den Räten sind Gesetzgebung und Durchführung vereinigt. Um die Gefahr der Bürokratisierung auszuschalten und den ununterbrochenen Kontakt mit den Massen zu sichern, sind sie nach dem Prinzip der jeweiligen Abberufbarkeit ihrer Mitglieder aufzubauen.

Angesichts der großen Bedeutung, die den Räten schon im ersten Stadium der Uebergangsperiode zukommt, sind sie schon vor der Machteroberung zu fördern. Sie müssen nach Möglichkeit schon organisch aus den Kämpfen und Aktionen der Arbeiterklasse um die Eroberung der Macht heranwachsen und in den bereits vorhandenen Anfängen als Betriebsräte, Erwerbslosenräte auf die späteren Aufgaben hin ausgerichtet werden.

(Schluß folgt.)

#### Richterziehung fürs legale Dritte Reich

Der beim Berliner Landgericht II beschäftigte Gerichtsassessor Herr Fritz Rehn ergeht sich — unter Berufung darauf, daß ihm mit Rücksicht auf seinen Vater, einen Landgerichtsdirektor, nichts geschehen werde, — in Ausdrücken wie: „Saupack, republikanische Pölschweine, A...löcher.“ Von Stresemann u. a. sprach er als von „Schweinen“.

Auf Grund des Protestes der republikanischen Beschwerdestelle Berlin bei der Aufsichtsbehörde hat der Landgerichtspräsident II den Bescheid erteilt, daß „der Gebrauch dieser Ausdrücke eine schwere Verletzung der dem Gerichtsassessor Rehn außerdienstlich obliegenden Amtspflichten bedeutet. Ich habe das Erforderliche gegen ihn im Dienstaufsichtswege veranlaßt.“

Was der Herr Landgerichtspräsident für „erforderlich“ hielt, wird leider nicht gesagt ...

#### Adolf wird Ehrenbürger

Coburg, 27. Februar 1932.

Die Fraktion der NSDAP hat im hiesigen Stadtrat den Antrag gestellt, Adolf Hitler das Ehrenbürgerrecht der Stadt Coburg zu verleihen. Die Nationalsozialisten haben die absolute Mehrheit im Stadtrat; der Antrag wird also höchstwahrscheinlich angenommen werden. Zu den Ehrenbürgern der Stadt Coburg gehört u. a. auch der Reichspräsident,

## SAP Der tägliche Vormarsch

Sebnitz: Der sozialdemokratische Stadtverordnete Willy Miede erklärt in der Stadtverordnetenversammlung seinen Austritt aus der SPD und seinen Uebertritt zur SAP!

Lamsheim gründet eine Ortsgruppe der SAP mit 20 aktiven Genossen.

In kleinen Elmsborn konnten nach einer Versammlung mit Genossin Lüby vier Neuaufnahmen gemacht werden.

## Großfeuer in Rostock

Rostock, 26. Februar 1932 (Mitternacht).

Das große Gebäude der Mecklenburgischen Genossenschaftsbank in Rostock steht seit etwa zwei Stunden in hellen Flammen. Das Feuer nahm seinen Ausgang vom Dachstuhl, der ebenso wie die obere Etage des Gebäudes bereits völlig vernichtet ist. Bei der Bekämpfung des Brandes erlitten der Brandmeister und drei Feuerwehrleute schwere Rauchvergiftungen. Sie mußten dem Krankenhause zugeführt werden.

## Hotel niedergebrannt

Mülenen (Bermer Oberland), 27. Febr. 1932.

In dem Hotel Bad Heustrich brach gestern früh ein Brand aus, dem das ganze Gebäude zum Opfer fiel. Man vermutet Brandstiftung. Das Hotel enthielt gegen 300 Betten, war aber unbewohnt.

## Elf Todesopfer eines Brandes

Breytens (Transvaal), 27. Februar 1932.

In eine Hütte, in der eine Gesellschaft von Eingeborenen eine Hochzeit feierte, schlug der Blitz ein und steckte den leichten Bau in Brand. Elf Menschen kamen in den Flammen um.

## Lustmord?

Moers, 27. Februar 1932.

Die achtjährige Ludmilla Seuffert wurde heute bei Budberg ermordet aufgefunden. Das Kind war gestern früh in die Schule gegangen. Als es am Abend noch nicht nach Hause zurückgekehrt war, machte man sich auf die Suche. In einem Gestrüpp wurde dann das Mädchen an einem Eichenstrauch erhängt aufgefunden. Die Achtjährige ist allem Anschein nach einem Lustmord zum Opfer gefallen.

## Opfer des Militarismus

London, 27. Februar 1932.

Zwischen Malta und Carthage stießen zwei zu dem Flugzeugmutterstift „Courageous“ gehörende englische Kampfflugzeuge in einer Höhe von 900 m über dem offenen Meer mit voller Geschwindigkeit zusammen. Beide Maschinen stürzten brennend ab und versanken sofort in den Fluten. Die Flugzeugführer sind ertrunken. Damit hat sich die Zahl der schon in diesem Jahr tödlich abgestürzten englischen Marine-Kampfflieger auf sechs erhöht.

## „Kriegsandenken“

Zwei Arbeiter getötet

Saarbrücken, 27. Februar 1932

In Kembs (Lothringen) stießen Arbeiter auf eine aus dem Kriege stammende Granate. Als einer von ihnen versuchte, den Zünder zu entfernen und sogar mit einem Hammer auf die Granate schlug, flog sie in die Luft. Zwei Arbeiter wurden entsetzlich verstümmelt und waren sofort tot, während einem dritten ein Bein abgerissen wurde.

## Einträgliches Geschäft

Der in Paris lebende Fürst Jusupoff, der an der Ermordung des russischen Rasputins beteiligt war, hat die Emelka-Filmgesellschaft aufgefordert, entweder die Vorführung des neuen Rasputin-Films zu unterlassen oder aber ihm 50 000 Mark Schadenersatz dafür zu zahlen, daß er in dem Film als der alleinige Mörder dargestellt wird.

## Sprengstofflager

Hagen/Westf., 27. Februar 1932.

In Gelände am Funken-Park fanden am Freitag Polizeibeamte im Erdboden eingemauert 9½ kg Sprengstoff, 44 m Zündschnur, 52 Schuß Infanteriemunition und einen Trommelrevolver, Kaliber 12 mm. Die Munition befand sich in einem Zinkwaschkessel. Ueber dem Lager war ein Deckel mit Dachpappe, der mit Ziegelsteinen beschwert war, um Nässe und Feuchtigkeit abzuhalten. Zwei Personen wurden als „dringend verdächtig“ festgenommen, der eine ist ein Funktionär der KPD.

## Starke Kälte in der Krim

In der Krim herrscht außergewöhnlich starke Kälte. Die Temperatur ist auf 20 Grad unter Null gesunken. Der Schiffsverkehr an der Küste ist eingestellt. Ueber 18 Personen haben Frostverletzungen erlitten.

## So sieht bürgerlicher „Sport“ aus

# Der Gladiator ist tot!

Boxer Paul Völkner durch K. o. getötet

Am Freitag abend streckte im Spicherring in Berlin der Berufsboxer Sabottke seinen Gegner Paul Völkner durch einen Knock-out-Schlag nieder, von dem er sich nicht mehr erhob. Wahrscheinlich hat der Schlag einen Schädelbruch Paul Völkners zur Folge gehabt. Wenige Minuten nach der Einlieferung ins Achenbach-Krankenhaus

verstarb der junge Boxer, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben.

Paul Völkner hatte vor wenigen Monaten das 22. Lebensjahr vollendet.

Der „moderne Sport“ hat ein neues Opfer gefordert. Wer ist schuld an Völkners Tod? Sabottke? Nein, er war, nicht anders als Paul Völkner, nur eine Schachfigur in dem ganzen Profit-system dieses Box„sports“. Weil die Un-

ternehmer verdienen wollen und weil jetzt den Zuschauern das Geld nicht mehr so locker in der Tasche sitzt, wollen sie

„besondere Sensationen“

bieten, und das tun sie dadurch, daß sie körperlich Stärkere gegen Schwächere hetzen, so daß der schlimme Ausgang schon vorher nicht zweifelhaft ist. Die Sensation für das Publikum ist dann, zu sehen, wie der eine jämmerlich zugerichtet, buchstäblich zusammengeschnitten wird. So wie im alten Rom Löwen die Gladiatoren jämmerlich zerfleischten...

Oh, die Unternehmer verstehen es ausgezeichnet, die Menschen bei ihren niedrigsten Instinkten zu fassen, den Sadismus bei ihnen zu wecken.

Kultur? Kapitalistische Barbarei!

# Fromme Worte statt Geld

Vorspiel zum Devaheim-Prozeß

Berlin, 27. Februar 1932.

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte begann der Prozeß gegen Paul Runck, den Direktor der Evangelischen Zentralbank, die im Zusammenhang mit dem Devaheimskandal zusammengebrochen ist, und gegen seinen Bruder Adolf Runck. Den Angeklagten wird Depotunterschlagung, Bilanzverschleierung und Betrug zur Last gelegt.

Aus der Vernehmung des Angeklagten Paul Runck ergab sich, daß

von den 551 Genossen der Zentralbank

471 Pfarrer

waren. Kredite erhielten fast ausschließlich Mitglieder der Familie Runck und deren Freunde. Auf die meisten Fragen des Vorsitzenden blieb der Angeklagte die Antwort schuldig.

Er spielte den Naiven und behauptete sogar (als Bankdirektor!), das Depotgesetz nicht gekannt zu haben.

Dagegen habe sich der zweite Vorsitzende, der Wehrkreispfarrer (!) Irmer, gut eingearbeitet.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung sagte dieser als Zeuge aus, er habe lediglich ideale Zwecke und Ziele verfolgt und für die innere Mission und die Landeskirche ein Institut schaffen wollen, das zum eigenen Nutzen evangelischer Kreise gedacht sei. Er habe zu den Brüdern Runck das größte Vertrauen gehabt und stets angenommen, daß alles in Ordnung sei. Auch dann noch, als ein Pfarrer aus dem Reiche ihm geschrieben hatte, die

Brüder Runck speisten zwar die Pfarrer, die ihr Geld bei der Evangelischen Zentralbank hätten, mit christlichen Redensarten ab, ohne daß aber Zahlungen erfolgten, weil eben Zahlungsfähigkeit bereits vorhanden gewesen sei, schenkte Wehrkreispfarrer Irmer den Brüdern Glauben.

Der Zeuge Pastor Beutel erklärte, daß ursprünglich die Absicht bestanden habe, die evangelische Zentralbank zu einem Geldinstitut der evangelischen Kirche zu machen. Der Oberkirchenrat habe ihm aber erklärt, daß ein Abkommen zwischen der Zentralbank und der Kirche erst später beschlossen werden könne.

Die Zeugenvernehmung wird fortgesetzt.

## Hohe Politik im City-Ausschuß

# Der heilige Profit

Furcht vor der Sozialisierung

ZN. Berlin, 27. Februar 1932

Der „Berliner City-Ausschuß“ versendet ein Programm seiner Absichten, das vom 16. Februar datiert ist.

Gegründet von einem Interessentenkreise, um die Grundstückspreise in der Berliner Innenstadt, von den Herren „Deutsche City“ genannt, angesichts des Zuges der Ladengeschäfte nach dem Westen nicht allzu tief heruntergehen zu lassen, machte der City-Ausschuß zuerst von sich reden, als er sich 1928 bei der Vorbereitung einer Vergnügungsfahrt nach London als „City-Corporation“ einzuführen versuchte, weshalb man ihn dort für die Berliner Stadtverordnetenversammlung hielt. Danach hörte man, daß er unter dem Namen „Berliner City-Club“ wöchentliche Essen veranstaltet, zu denen er Mitglieder der kommunalen Behörden einlädt, wobei, nach gut bemessener Fidelitas, sachkennerische und durchaus nicht im Theoretischen steckenbleibende Gespräche über Grundstücksverwertung und Grundstücksverschiebung das Kernstück der Unterhaltung bilden.

Aus diesem Milieu wird nun ein Programm entwickelt, das aus dem Satze: „Der City-Ausschuß wurde so zum Mitstreiter für die Neuordnung von Recht und Wirtschaft in der Welt, für die Reform des Reiches und für die organische Gestaltung der Reichshauptstadt“ die Berechtigung der Mitglieder — Engros- und Detailkaufleute, Grundstücks- und Bauunternehmer, Architekten, Magistratsbeamte usw. — zur Leitung der deutschen, ja der Weltpolitik herleitet, ohne daß dieses „so“ durch irgend eine bisherige Betätigung in dieser Richtung begründet wird.

Seine wirtschaftspolitischen Absichten vertritt der City-Ausschuß in folgenden Ausführungen:

„Arbeitspolitisch betrachtet, ist für uns der Handel die Urzelle der Weltstadt. Sein Sitz ist die City. Hier stehen wir in einem elementaren Gegensatz zu den sowjetrussischen Entwicklungs- und Städtebau-Tendenzen, deren Grundsatz der Kollektivismus ist, die den Markt, den Handel aus ihrem Wirtschafts- und Kulturleben ausschalten wollen, und die deshalb die City als „Heilig-

tum des Kapitals“ ablehnen. Eine Ausschaltung des Handels aber macht aus den Städten tote Häuserzeilen mit Industrien ohne Absatz, mit Menschen ohne Arbeit, mit leerlaufenden Verwaltungen, Brutstätten der gesellschaftlichen Anarchie und politischen Auflösung.“

Entgegen dieser Sowjetwirtschaft, die derart die Geschäfte der Bodenspekulanten schädigt, will der City-Ausschuß eintreten

„für eine vertrauensvolle und entschlossene Zusammenarbeit von Wirtschaft und Verwaltung, neben den Parteien, losgelöst von ihnen, und durchdrungen von der Ueberzeugung, daß Verwaltung und Gestaltung im Dienste der Allgemeinheit schicksalsverbunden sind.“

Also: Neuaufgabe der Aera Böß! Sorge für hohe Profite beim Grundstücks-geschäft!

Man kann diesen Herren wohl nachfühlen, weshalb sie den Sieg des revolutionären Sozialismus in Deutschland fürchten...

## Milde gegenüber Devisenschleibern

Berlin, 27. Februar 1932

Die Zollfahndungsstelle Berlin-Brandenburg hat zwei neue Fälle von Verstößen gegen die Devisenordnung aufgedeckt. Es handelt sich einmal um einen Oesterreicher Karl Trumer, der in Berlin im Auftrage eines Holländers namens Wolff Effekten der I.G.-Farben in Höhe von mehr als 100 000 Mark verkauft

und den Erlös nicht, wie es die Devisenordnung vorschreibt, auf Sperrkonto angelegt, sondern zur Verfügung des in Antwerpen lebenden Holländers gestellt hat. Durch das Eingreifen der Zollfahndungsstelle konnte die erhebliche Provision, die Trumer erhalten hat, ebenso wie weitere Vermögenswerte sichergestellt werden. Von dem Erlaß eines Haftbefehls gegen T. hat der Vernehmungsrichter Abstand genommen.

## Tod in der Grube

Wieder zwei Kumpels tot

Oberhausen, 27. Februar 1932.

Auf der Zeche „Osterfeld“ der Gute-Hoffnungshütte ereignete sich gestern im Untertagebetriebe bei der Sprengarbeit ein schwerer Unfall, wobei zwei Bergleute, der Schießmeister Windschuh aus Sterkrade und der Hauer Lobrich aus Osterfeld, tödlich verunglückten und der Hauer Loose schwer verletzt wurde. Der Schießmeister Windschuh hatte einen Sprengschuß ordnungsgemäß zum Entzünden fertiggemacht, als der Sprengstoffbehälter, den er mit sich trug, explodierte, was die erwähnten schweren Folgen hatte.

★

Explosion in USA — 30 Bergleute vermißt

TU. New York, 27. Februar 1932.

In Pocahontas (Virginia) wurde die Kohlengrube Boiesevain durch eine schwere Explosion zum größten Teil zerstört. 30 Bergleute werden vermißt. Die Ursache der Explosion konnte noch nicht festgestellt werden. Die Washingtoner Bergbaubehörden haben im Laufe des Tages bereits mehrere Eisenbahnwagen mit Hilfsmaterial an die Unglücksstätte abgesandt.

## Katastrophale Lage der Bergarbeiter

Unzureichende Regierungsmaßnahmen

Berlin, 27. Februar 1932

Der Schrumpfungsprozeß im deutschen Kohlenbergbau hat sich in den letzten Monaten in erschreckendem Maße fortgesetzt. Während z. B. die arbeitstäglige Förderung an der Ruhr im Durchschnitt des Jahres 1929 rund 407 000 Tonnen betrug, ist sie im Februar d. J. bis auf etwa 240 000 T. gesunken.

Die deutsche Bergarbeiterschaft wird von dieser katastrophalen Entwicklung in unerträglicher Weise betroffen.

Die Belegschaft an der Ruhr, die im Jahre 1929 noch 361 000 Köpfe betrug, ist bis auf etwa 200 000 zurückgegangen und muß trotzdem häufige Feiertagen mit ihrem bei den gesunkenen Löhnen umso empfindlicheren Verdienstaufschlag in Kauf nehmen. Diese Lage hat den Reichskohlenkommissar veranlaßt, die Kohleneinfuhr für den Monat März um 50 000 Tonnen und für den Monat April d. J. um weitere 50 000 Tonnen zu kürzen.

★

Die Maßnahme des Kohlenkommissars kann keine wirkliche Erleichterung für die Lage der Bergarbeiter schaffen. Der deutsche Bergbau ist so weitgehend desorganisiert, daß hier endlich durchgreifende Änderungen geschaffen werden müssen. Der Beschluß des Bergarbeiterverbandes auf Sozialisierung der Bergwerke ist die einzig mögliche Lösung.

## Konterrevolution regiert in Portugal

Lissabon, 27. Februar 1932.

Wie verlautet, wollen die Gewerkschaften für kommenden Montag Kundgebungen veranstalten. Der Innenminister hat im Hinblick darauf Maßnahmen ergriffen, um die Arbeitsfreiheit und die öffentliche Ordnung aufrecht zu erhalten. In staatlichen Betrieben und in staatlich unterstützten Betrieben angestellte Arbeiter, die sich an den Kundgebungen beteiligen sollten, werden entlassen.

## 70 Arbeiter ertrunken?

Kalkutta, 27. Februar 1932.

In der Nähe Kalkuttas kenterte am Freitag ein Dampfboot, auf dem sich 100 Fabrikarbeiter befanden. Bis jetzt konnten nur 30 Personen gerettet werden. Es wird befürchtet, daß die übrigen 70 ertrunken sind.

## Eissholle mit 100 Fischern treibt umher

Stockholm, 27. Februar 1932

Die sowjetrussische Gesandtschaft in Helsingfors hat Blättermeldungen zufolge dem finnischen Außenministerium mitgeteilt, daß eine große Eissholle mit 100 russischen Fischern im Finnischen Meerbusen umhertreibt. Die Gesandtschaft bittet um die Erlaubnis für die russische Marinebehörde, den Bedrängten zu Hilfe zu kommen. Die finnischen Behörden behaupten jedoch, daß es unmöglich ist, daß es jetzt Treibeis im Finnischen Meerbusen gebe. Trotz beharrlicher Nachforschungen hat man die Eissholle noch nicht finden können.

## Kitsch ohne Ende

Im Zeichen Goethes

Berlin, 27. Februar 1932.

Die Deutsche Reichspost gibt zur Goethefeier zwei Postkarten zu 6 und 15 Rpf. mit einem Bildnis Goethes und mit besonderen Freimarkenstempeln aus. Die Postanstalten verkaufen die Karten vom 1. März an.

# Ein Hans im Glück

## Die Staatskassen werden privatisiert

Berlin, 27. Februar 1932.

„Am 22. Februar 1932 ist das deutsche Bankwesen sozialisiert worden.“ Es ist kein geringerer als Gustav Stolper, die nationalökonomische Leuchte der stramm in der „Eisernen Front“ marschierenden Staatspartei, der diese Entdeckung gemacht hat und sie mit Tränen in den Augen der Öffentlichkeit verkündet. Und ähnlich, wenn auch nicht mit solcher Absolutheit, verkündet es Naphtali im „Vorwärts“, freilich ohne Träne, sondern im Gegenteil mit dem freudigen Lächeln eines Hans im Glück. Zwar von Sozialisierung wagt Naphtali nicht zu sprechen, wohl aber von einem „Schritt vorwärts“, der jetzt zwangsläufig in der Ausgestaltung des öffentlichen Einflusses auf die Bankwirtschaft gegangen worden ist.“ („Vorwärts“ vom 23. Februar.) Daß diese „Ausgestaltung des öffentlichen Einflusses“ das Reich einen Betrag kostet, der nicht weit unter einer Milliarde RM liegt, erscheint Naphtali sekundär, die Tatsache, daß die „Ausgestaltung des öffentlichen Einflusses“ auch nicht entfernt dem Umfang dieser Aufwendungen entspricht, sondern gerade nur dort erfolgte, wo sie, wie im Falle der Dresdner — Danatbank einfach nicht mehr zu umgehen war, wird von ihm als ein Mangel gerügt. Sonst aber sitzt die Sache im Lot, denn „wenn auch dieses Fehlen klarer Zielsetzung in gewissem Umfange Verlegenheitslösungen an die Stelle einer planvollen und organischen Neugliederung des Bankwesens unter Zusammenfassung aller öffentlichen Zweige des Bankwesens gesetzt hat, so sind doch die hohen Funktionäre wider Willen zu Vollstreckern einer unvermeidlichen Entwicklung geworden.“ Immerhin: hundertprozentiges Vertrauen in die Unvermeidlichkeit dieser Entwicklung hat auch Naphtali wieder nicht, weshalb er am Schlusse erklärt: „Für uns Sozialisten gilt es, Macht zu gewinnen, um planmäßig im Einklang mit den Entwicklungstendenzen der modernen Wirtschaft die Führung auf dem Wege zur Überwindung des Kapitalismus und zum Aufbau des Sozialismus zu übernehmen.“

Die Frage, wer verstaatlicht, und wie und wie weit verstaatlicht wird, stellt Naphtali also zunächst zurück. Ihm genügt die Tatsache, daß überhaupt verstaatlicht wird, nicht, weil er dies selber schon mit Sozialismus gleichsetzt, wohl aber weil er darin eine Konzession an das Prinzip erblickt. Derartige Konzessionen an das Prinzip sind aber nun längst nicht seltenes. Wir haben ihrer in den letzten Jahrzehnten die Hülle und Fülle erlebt und hatte Naphtali beispielsweise schon im Kriege Beziehungen zum „Vorwärts“ gehabt, dann hätte er alljährlich wahre Triumphgesänge auf die Siege des Prinzips anstimmen können. Damals gab es wohl kaum noch einen Faktor der Wirtschaft, in den der Staat sich nicht irgendwie einmischte und zumeist war diese „Ausgestaltung des öffentlichen Einflusses“ noch weniger kostspielig als für Konzessionen an das Prinzip heute im allgemeinen und bei der Bankensanierung im besonderen bezahlt wird. Indessen hat die unter Bismarck erfolgte Verstaatlichung der Eisenbahnen die Entwicklung zum Sozialismus in Deutschland weder beschleunigt, noch für alle Zeiten Sicherungen gegen Reprivatisierung geschaffen. Tatsächlich sind die Reichsbahnen wenn auch nicht — was noch verhängnisvoller ist — wie Stinnes einmal vorschwebte — besitzmäßig, so doch verwaltungsmäßig wieder privatisiert worden. Siege im Prinzip sind also noch keine Siege des Prinzips und noch weniger ist ihr Bestand gewährleistet.

Aber handelt es sich bei dieser Bankensanierung überhaupt um eine Konzession an das Prinzip und ist sie tatsächlich „ein Schritt vorwärts“? Drei Merkmale geben ihr das Gepräge: einmal die forcierte Konzentration (durch Zusammenfügung der Danat- mit der Dresdner Bank sowie der Commerzbank mit dem Barmer Bankverein), zweitens der Uebergang der Dresdner-Danat an das Reich, und drittens die gewährte Reichshilfe.

Die Konzentration ist eine reine Frage der technischen Organisation und steht mit dem Prinzip des Sozialismus mittelbar in keiner Berührung, da der Sozialismus nicht eine Frage von wirtschaftlicher Organisation, sondern der gesellschaftlichen Ordnung, d. h. der Regelung aller menschlichen Beziehungen ist. Diese wird um so idealer sein, je reicher die Menschen an Produktivkräften sind, aber ob Konzentrationen an sich eine solche Ordnung fördert, ist in jedem Falle noch eine offene Frage, und ist es namentlich dann, wenn es sich um kapitalistische Konzentrationen handelt.

Was die erfolgte Verstaatlichung der Dresdner Bank angeht, so führt sie wohl zu einer Verstärkung des staatlichen Einflusses, aber wie weit dies auch ein „öffentlicher Einfluß“, d. h. ein Einfluß im Allgemeininteresse ist, hängt aufs engste mit dem Charakter des Staates selber zusammen. Ist der Staat, wie das heute sehr augenfällig in Deutschland demonstriert wird, ein Machtinstrument der Kapitalistenklasse, dann führt jede Verstaatlichung nur zu einer Verstärkung der Macht

dieser Klasse und damit unvermeidlich zu einer Schwächung der Klasse der Unterdrückten. Auch hier kann also von einem Sieg im Prinzip kein Ende sein, sofern man den Inhalt und nicht nur die äußere Form der Verstaatlichung meint. Soweit darum „die hohen Funktionäre des Reiches und der Reichsbank wider Willen zu Vollstreckern einer unvermeidlichen Entwicklung geworden“ sind, so würde die Verstaatlichung der Dresdner Bank nur beweisen, daß der Kapitalismus auf einer bestimmten Stufe äußere Formen annehmen muß, die unseren Vorstellungen von dem organisatorischen Aufbau des Sozialismus wohl entsprechen, aber doch eben nur in den äußeren Formen, und diese sind für sich allein nichts, sondern maßgebend ist der Inhalt. Schließlich ist es eine in der politischen Kinderstube ausgeheckte Idee, daß der Sieg des Sozialismus um so leichter sein werde oder auch nur um so näher sei, je größere Wirtschaftsbezirke der unmittelbaren Beherrschung eines kapitalistischen Staates unterstehen. Der Sieg des Sozialismus hat zur Voraussetzung die Niederwerfung der kapitalistischen Klasse und das ist eine ausschließliche Frage der Macht und hat mit dem Grad der im Kapitalismus vollzogenen Verstaatlichungsakte nichts auszustellen, es sei denn, daß in einem solchen Stadium die Kapitalistenklasse zugleich ängstlicher und rücksichtsloser darüber wacht, den Machtkegel des Staates nicht aus der Hand zu verlieren, und zu diesem Zwecke die Diktatur der Klasse zu ihrem Regierungssystem erhebt. Nicht nur wird also der Arbeiterklasse der Kampf um den Staat nicht erspart, sondern der Staat wird um so leidenschaftlicher gegen die anstürmende Klasse verteidigt. (Die gewaltige, zur dauernden Erscheinung gewordene Einengung aller Verfassungsrechte in Deutschland gibt einen Vorgeschmack hierfür.)

Schließlich bedeutet Sozialismus Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln als der Quelle nicht nur aller sozialen Ungleichheit, sondern vor allem auch als der letzten Ursache der die Menschheit immer wieder heimsuchenden Krisen und der sich in ihnen erweisenden Unmöglichkeit, die technischen Fortschritte der Menschheit auch in den Dienst des Allgemeinwohls zu stellen. Der erste Akt des Sozialismus kann darum nur sein: Enteignung der Enteigner und Ueberführung der großen Produktionsmittel in den Besitz der Allgemeinheit. Kann man nun von den beiden ersten Merkmalen der Sanierung allenfalls noch nachweisen, daß sie wenigstens in den äußeren Formen ein Sieg im Prinzip sind — bei der Frage der Konzentration haben wir das ausdrücklich offengelassen —, so wird bei dem dritten Merkmal das Prinzip völlig umgekehrt. Nicht die Enteigner werden enteignet, sondern die Enteigner enteignen den Staat. Statt Verstaatlichung privaten Eigentums also Privatisierung

staatlichen Eigentums, bzw. Beschlagnahmung der Staatseinkünfte durch Private! Soweit der Staat sich der Aneignung oder — wie Stolper sich ausdrückt — der Sozialisierung schuldig gemacht hat, so betrifft dies in allen Fällen nur die privaten Schulden, nie und nimmer den privaten Besitz, und wenn auch das ein Sieg im Prinzip und „ein Schritt vorwärts“ ist, so hat Naphtali entweder trotz jahrelanger Tätigkeit in der von Gewerkschaften und Sozialdemokratie unterhaltenen Forschungsstelle das Prinzip des Sozialismus noch immer nicht erforscht oder aber er sieht wie Faust, Helena in jedem Weibe.

Leider steht zu befürchten, daß der „Vorwärts“ schon in naher Zeit in die Lage kommen wird, noch sehr oft Triumphe solcher Art zu feiern. Wer auch nur etwas in die Mysterien der Banken eingeweiht ist, der weiß, daß von einer „Sanierung“ auch nach dem großen auf das Reich unternommenen Beutezug keine Rede sein kann. Die Pleite der deutschen Banken ist eine Pleite der deutschen Industrie und solange diese nicht kuriert ist, sind es auch die Banken nicht. Wer darum den Sanierungsprozeß bei den Banken beginnt, der spannt das Pferd hinter den Wagen. Aerger noch: es entsteht durch die ganze „Bankensanierung“ die Gefahr, daß die der Banken verschuldete Industrie die Stärkung der Banken benutzt, um ihre eigene Untat zu verschleiern und damit zu verärgern. Niemand unter den Kapitalisten wird auch einsehen, warum das, was dem einen recht ist, nicht dem andern billig sein soll, und warum also der Staat eines Tages nicht auch die Industrie nach dem bei den Banken angewendeten Prinzip „sozialisieren“ soll. Die den großen Reederen gemachten Zuwendungen liegen bereits auf dieser Linie, wie ja überhaupt die seit Jahren zur Uebung gewordenen Subventionen an Industrie und Landwirtschaft nichts anderes sind als Besitz- bzw. Einnahmeübertragungen vom Reich auf Private. Es ist ja längst so, daß das Reich als stiller Garant nicht nur hinter allen Großbanken, sondern auch hinter allen Großunternehmungen steht, weil die kapitalistische Wirtschaft in Deutschland einen solchen Schwächegrad erreicht hat, daß sie irgendwelche aus einem Konzern kommenden Stöße einfach nicht mehr verträgt.

Das Sanierungswerk der Banken kann darum allenfalls nur als der Anfang einer großzügigen Rettungsaktion des Reichs zugunsten der Privaten angesehen werden. Die neuen Interessenten drängeln schon im Büro des Reichsfinanzministers, und bestätigt der „Vorwärts“ ihm und Brüning weiter, daß sie „wider Willen zu Vollstreckern einer unvermeidlichen Entwicklung geworden“ seien, dann wird es ihnen um so leichter fallen, sich in das Unvermeidbare zu fügen, das eben etwas ganz anderes ist als Naphtali und mit ihm die Sozialdemokratie der Arbeiterschaft aufschwätzen will.

## Konstruktive Gewerkschaftsarbeit

### Wirtschaftsprogramm des Afa-Bundes

D. F. Berlin, 27. Februar.

Die Gewerkschaften sind in Unruhe geraten. Angesichts der vielen verschiedenen Vorschläge zur Behebung der Wirtschaftskrise, die jetzt von allen Seiten gemacht wurden, verlangen die Gewerkschaftsmitglieder stürmisch danach, zu erfahren, welche Mittel ihre Organisationen in dieser sich immer mehr zuspitzenden Situation vorzuschlagen haben.

Wir haben in letzter Zeit mehrfach auf das katastrophale Versagen des ADGB hingewiesen; unsere Leser wissen, daß sogar Leipart in der letzten Bundesausschubitzung zwar aus seiner olympischen Ruhe erwacht ist, aber einen durchaus unzureichenden Vorschlag gemacht hat.

Der zahlenmäßig viel schwächere aber erheblich aktivere Afa-Bund hat jetzt in Ausführung der Beschlüsse seiner Leipziger Tagung ein Wirtschaftsprogramm ausgearbeitet, das in einer Groß-Berliner Funktionärsversammlung des Z. d. A. zum ersten Male der Mitgliedschaft bekannt gegeben wurde. Einleitend berichtete Naphtali über alle Währungsreform- — sprich Inflationsprogramme von Gottfried Feder bis Tarnow-Woytinski, die er sämtlich ablehnte. Sein Referat glich einer nationalökonomischen Vorlesung für Anfänger; die volkswirtschaftlichen Grundbegriffe, die er umständlich auseinandersetzte, dürften Gewerkschaftsfunktionären allmählich bekannt sein. Sie wollen auch nicht länger hören, wie man es nicht machen kann, sondern verlangen endlich positive Vorschläge.

Diese gab der Bundesvorsitzende Aufhäuser in dem allgemeinen Ueberblick über das Wirtschaftsprogramm des Afa-Bundes. Der Grundgedanke seiner Ausführungen, der immer wieder zum Ausdruck kam, ist folgender: der Kampf der Gewerkschaften gegen die Krise, die sich seit dem 13. Juli klar erwiesen hat, als keine üblichen Krisen, sondern als Zersetzung des kapitalistischen Systems,

kann nicht enden mit einer bloßen Milderung der Not bei Wiederherstellung des alten Systems, sondern

jede Einzelmaßnahme muß auf den Umbau des kapitalistischen Systems im sozialistischen Sinne orientiert sein.

Die Aktivität der Massen erschöpft sich heute nicht im Abwehrkampf gegen den Faschismus, sie ist zugleich gerichtet auf den Angriff gegen das bestehende System. In der Uebergangszeit, in der wir heute leben, in der das alte System deutlich versagt hat, das neue aber noch nicht da ist, ist es die historische Aufgabe der Gewerkschaften, nicht passiv abzuwarten, sondern aktiv den Hebel zu diesem Umbau anzusetzen. Den Einwand, daß Zeiten der Not und der Depression ungeeignet zu aktiver Neugestaltung und zum Angriff seien, entkräftete Aufhäuser mit dem sehr richtigen Hinweis darauf, daß

alle großen Umwälzungen der Geschichte niemals in normalen Zeiten

erfolgt sind. Hinter dieser Bemerkung, wie eigentlich hinter dem ganzen Referat und dem Programm verbirgt sich deutlich eine scharfe Polemik gegen die Lethargie des ADGB.

Von diesem Grundgedanken ausgehend, schlägt der Afa-Bund zwei Maßnahmen vor, die unmittelbar und untrennbar von einander durchzuführen sind: Arbeitsbeschaffung als vordringlichste Aufgabe, und damit im engsten Zusammenhang der Umbau des kapitalistischen Systems.

In bezug auf die Arbeitsbeschaffung wachte sich Aufhäuser sehr energisch gegen jeden Plan, der auch nur die geringste Gefahr einer Inflation mit sich bringen könnte, gegen jene Vorschläge, die — das ging deutlich gegen Woytinski und Tarnow — in Konkurrenz mit den Wirtschaftsprogrammen der Nationalsozialisten stehen. Für die Beschaffung der zur Arbeitsbereitstellung nötigen Mittel propagiert der Afa-Bund eine

### Volksanleihe.

die als Akt der Solidarität alle heute ruhenden Spargelder flüssig machen soll. Die durch diese Anleihe aufzubringenden Millionen sind durch die öffentliche Hand zur Vergebung öffentlicher Arbeiten zu verwenden. Aufhäuser warnte davor, den Glauben zu erwecken, als könne durch diese Maßnahmen allein Hilfe kommen, ohne eine gleichzeitige grundlegende Umorganisation des Systems.

Diese muß ihren Anfang nehmen von der Produktionsseite her, d. h. es muß begonnen werden mit der

Ueberführung der Produktionsmittel aus dem Privatbesitz in die öffentliche Hand.

Zu beginnen ist mit den Schlüsselindustrien (Sozialisierung des Bergbaus) und den privaten Monopolen (Zigaretten, Margarinemonopol). Die Aenderung der Besitzverhältnisse allein genügt nicht. Sie muß verbunden sein mit einer öffentlichen Kontrolle der Verfügungsgewalt über die Kapitalgewinne. Hierzu liegen eine Reihe einzelner praktischer Vorschläge vor, ebenso über die öffentliche Kontrolle des Handels, des Absatzes, der Preisspanne und endlich des Bank- und Kreditwesens.

Ueber manche Einzelheiten dieses Programms wird noch ausführlich zu diskutieren sein. Die Grundgedanken, von denen es getragen ist, sind entschieden zu bejahen. Es handelt sich um die erste konstruktive Idee zur Krisenüberwindung, um einen Plan, der heute realisierbar ist und doch nicht auf die Funktion des „Arztes am Kapitalismus“, sondern auf die Beseitigung des Systems, auf die Totengräberfunktion des Proletariats hinausläuft.

Darum aber kann seine Erfüllung niemals mit Hilfe des kapitalistischen Bürgertums, sondern nur gegen dieses erreicht werden. Die zwangsläufig erfolgenden staatlichen Eingriffe werden schon jetzt, wie z. B. die letzten Aeußerungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie beweisen, von den kapitalistischen Machthabern keineswegs ruhig hingenommen, sondern heftig bekämpft. Das wird in erhöhtem Maße der Fall sein, wenn diese Maßnahmen sich wirklich im Interesse der breiten Massen auszuwirken beginnen und die Unternehmerrechte ernstlich bedrohen. Es wäre verhängnisvoller Fatalismus, sich auf die heute zwangsmäßig erfolgenden Einbrüche der öffentlichen Hand in das Gefüge des Privatkapitalismus zu verlassen. Sie werden vielmehr zu dem Punkte werden, an dem der Kampf der Klassen aufs Heftigste entbrennen muß. Das Wirtschaftsprogramm des Afa-Bundes zwingt also zur höchsten politischen Aktivierung der Massen, der heute sowohl die Politik des ADGB und der Sozialdemokratischen Partei als auch die — im Endergebnis konterrevolutionäre — Alles-oder-Nichts-Politik der Kommunisten als schwerstes Hemmnis entgegensteht.

Soweit im Afa-Bund noch Illusionen darüber bestehen, daß ein Programm ohne zielbewußten politischen Angriff gegen das bürgerliche System und seine Regierung zu verwirklichen ist, werden diese zerstört werden, sobald die ernsthafte Durchführung des Planes in Angriff genommen wird. In diesem Augenblick müssen sich die Klassenfronten klar herausstellen. Zielbewußt auf diesen Moment hinzusteuern und die sofortige Inangriffnahme des ganzen Plans, der — das sei nochmals mit aller Schärfe betont — ein unteilbares, wenn auch — wie es innerhalb des Kapitalismus selbstverständlich ist und auch von Aufhäuser betont wurde — unvollständiges Ganzes darstellt, zu fordern, ist die dringende Aufgabe unserer Mitglieder im Afa-Bund. Sie haben hier Gelegenheit — allen Verleumdungen zum Trotz — zu beweisen, daß sie die wirklichen Förderer der Gewerkschaften sind, denn nur wenn diese ernst machen mit der einzig revolutionären Aufgabe der Gegenwart,

zugleich mit der Krise das kapitalistische System zu überwinden,

werden sie vor der Geschichte und vor der Arbeiterschaft bestehen.

## Kreditausweitung in Amerika

### Aenderung der Währung beschlossen

Washington, 26. Februar 1932

Wie seinerzeit gemeldet wurde, ist vom Präsidenten Hoover gemeinsam mit den Führern beider Parteien den beiden Körperschaften ein Gesetzentwurf unterbreitet worden, der auf eine grundlegende Aenderung der Währungspolitik der Federal Reserve Banken hinzielt. Dieser Gesetzentwurf ist nun heute vom Senat angenommen worden.

Damit ist der neue Finanzplan zur Kreditausweitung in den Vereinigten Staaten in Kraft getreten.

## Ganz Deutschland im Dunkel?

Bei der Arbeitsgemeinschaft des Hamburger Einzelhandels haben Einzelhandelsorganisationen aus allen Teilen Deutschlands Erkundigungen über die Durchführung eines Lichtstreiks eingezogen. Es wird daraus geschlossen, daß in den nächsten Tagen in den verschiedensten Städten Deutschlands Abstimmungen über einen Lichtstreik stattfinden werden.

Das Reichskartell des selbständigen Mittelstandes hat zu Montag vormittag eine Sitzung einberufen, in der ein endgültiger Beschluß über die Durchführung eines Reichslichtstreiks gefaßt werden soll. Am Montag oder Dienstag wird sich auch das Berliner Mittelstandskartell mit dieser Frage befassen.